Erneuerbare Energien Wie Windräder die Meere vergiften **Seite 12**

Preußische Allgemeine

75 Jahre

Nr. 7 · 14. Februar 2025 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Flucht in eisigen Zeiten

Das Schicksal einer jungen Frau aus der Neumark vor 80 Jahren **Seite 3**

Interview Stehen wir vor einem baldigen Frieden in der Ukraine? **Seite 2**

Aufbruch Die Ostasien-Expedition des Grafen zu Eulenburg **Seite 18**

BILDER: PA/SZ PHOTO/SCHERL; MAURITIUS IMAGES/PICTORIAL PRESS LTD/ALAMY STOCK PHOTOS; MAURITIUS IMAGES/SUNNY CELESTE/IMAGEBROKER

REGIERUNGSBILDUNG

Die Deutschen können sich auf eine neue „Groko“ einstellen

Wenige Tage vor der Bundestagswahl scheint klar, welche Parteien die Geschicke des Landes künftig führen werden. Der Versuch eines Ausblicks

VON RENÉ NEHRING

Die Würfel scheinen gefallen. Wenn nicht noch Gravierendes passieren sollte, dürfte der nächste Bundeskanzler nicht nur Friedrich Merz heißen. Vielmehr dürfen sich die Deutschen spätestens seit dem TV-Duell zwischen Merz und Noch-Kanzler Olaf Scholz am vergangenen Sonntag darauf einstellen, dass sie demnächst wieder von einer rot-schwarzen Koalition regiert werden.

Zwar sind im Wahlkampf 2025 nicht nur die programmatischen Unterschiede zwischen Christ- und Sozialdemokraten ungleich größer, sondern auch die wechselseitigen Attacken deutlich schärfer als vor vier Jahren. Doch bleibt angesichts der seit Monaten stabilen Umfragen wie auch der Tatsache, dass die Spitzen der Union sowohl an der Brandmauer zur AfD festhalten als inzwischen auch eine deutliche Abgrenzung zu den Grünen vollziehen, nur eine Neuauflage der vormals Großen Koalition für die Bildung einer Bundesregierung übrig. Womit sich die Frage stellt, was eine abermalige „Groko“ den Deutschen bringen würde.

In diesem Zusammenhang fällt zunächst auf, dass viele wichtige Themen wie die Rente im gegenwärtigen Wahlkampf kaum eine bis gar keine Rolle spielen. Was den potentiellen Partnern, die in ihren Wahlprogrammen zwar recht unterschiedliche Ansätze zur Verbesserung der Lage des Landes, aber kaum unvereinbare Punkte präsentieren, einige Spielräume bietet, sich schnell zu verständigen.

Besonders aufschlussreich ist, dass Merz im TV-Duell auf Scholz’ Forderung nach einer behutsamen Modernisierung der Schuldenbremse im Grundgesetz antwortete, dass man über alles reden könne. Was darauf schließen lässt, dass die Union längst selbst überlegt, wie sie die strengen Haushaltsregeln, die der Ampel manch teures Wunschprojekt vermasselten, lockern kann, sobald sie selbst wieder in der Verantwortung steht. Den Steuerzahlern von morgen bleibt nur zu hoffen, dass „Modernisierung“ hier nicht bedeutet, dass all jene Grundsätze, dank derer Deutschland heute deutlich solider dasteht als die meisten seiner Partner, schon bald wieder über Bord geworfen werden.

Interessant sind die Positionen beider Lager beim Schwerpunktthema Migration. Zwar gab es hier zuletzt große Verwerfungen, weil die Union für einen Gesetzentwurf die Stimmen der AfD in Kauf nahm und die SPD darauf mit einem scharfzüngigen Antifa-Wahlkampf reagierte, doch liegen die Volksparteien in dieser Frage inhaltlich kaum auseinander. So entgegnete Scholz auf die jüngsten Vorstöße der CDU mit dem Hinweis, dass unter seiner Ägide die Zuwanderung stark gesenkt worden sei. Und da beide Parteien aus den Kommunen längst wissen, dass die Verhältnisse im Land unhaltbar sind, könnte es durchaus zu einer baldigen wirksamen Begrenzung der unregulierten Zuwanderung kommen.

Kurswechsel oder Niedergang

Zum Teil erheblich erscheinen derzeit die Unterschiede in der Außenpolitik. Zwar betonen Union und SPD ihre Verbundenheit zu EU und NATO, doch gibt es in Details wie der Frage von „Taurus“-Lieferungen an die Ukraine klar entgegengesetzte Auffassungen. Allerdings könnte ein baldiger Friedensschluss zwischen Russland, der Ukraine und den USA dafür sorgen, dass derlei umstrittene Fragen schon bald nicht mehr auf der Tagesordnung stehen.

Wo eine schwarz-rote Koalition schnell zu Ergebnissen kommen könnte, ist die Lage der Bundeswehr. Hier haben Union und SPD mit dem Beginn des Ukrainekriegs gleichermaßen dringenden Handlungsbedarf erkannt. Allerdings wurde Verteidigungsminister Boris Pistorius bei der Umsetzung der von Scholz selbst ausgerufenen „Zeitenwende“ allzu oft im Regen stehen gelassen (siehe die von Pistorius geäußerten Ideen für eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, die mangels Unterstützung durch den Kanzler in einer Pflicht für junge Männer endeten, einen Fragebogen auszufüllen). Bei entsprechendem Willen könnten die künftigen Regierungspartner tatsächlich eine Zeitenwende für die deutschen Streitkräfte wie für die generelle Sicherheitspolitik unseres Landes einläuten.

Viel wird in den kommenden Jahren davon abhängen, ob sich die CDU nach der programmatischen Erneuerung unter Merz auch in ihrem Regierungshandeln vom grün geprägten Zeitgeist der letzten zwanzig Jahre befreien kann, oder ob sie unter dem Druck Grünen-naher Leitmedien und NGOs sowie auch im Bewusstsein manch unzuverlässigen Mitstreiters in den eigenen Reihen den Weg des geringsten Widerstandes fortsetzt. Zu den notwendigen Schritten wird insbesondere auch gehören, all jene Organisationen finanziell trockenzulegen, die – von Rot-Grün üppig mit Staatsgeld aufgebaut – im Namen der Demokratie und im Interesse der Regierung die Opposition bekämpfen, was gegenwärtig vor allem bedeutet, Kandidaten, Wahlkampfstände und Geschäftsstellen der CDU zu attackieren. Falls die Union hier die Auseinandersetzung scheuen sollte, wäre ihr nicht mehr zu helfen.

Interessant wird aber auch der künftige Kurs der Sozialdemokraten sein. Sollte es für die Genossen am 23. Februar bei den Werten der bisherigen Umfragen bleiben, dürfte nicht nur die Ära Scholz vorbei sein, sondern auch die der übrigen Parteispitzen. Diese haben zu verantworten, dass Deutschlands älteste Partei nicht nur ihr historisch schlechtestes Ergebnis einfahren, sondern obendrein nur noch halb so stark wie die Union werden dürfte. Anfangen mit der Sinnsuche könnte die neue Führung der vormaligen Arbeiterpartei bei der Erkenntnis, dass die von ihr gehasste AfD – deren Zuspruch im Wahlvolk sich seit Bildung der Ampel verdoppelt hat – zumeist dort stark ist, wo einst die SPD ihre Hochburgen hatte.

Der Zuspruch für die AfD zeigt denn auch, wohin sich unser Land bewegen dürfte, falls Union und SPD ihren Kurs der letzten Jahre, der den Willen von Millionen Bürgern in grundsätzlichen Fragen wie der Zuwanderung und der inneren Sicherheit ignorierte, fortsetzen sollten.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Staatlich geförderte Gruppen im Kampf gegen Union, AfD und FDP
Seite 5

Kultur
Immer der Mutter Natur nach – Der Visionär Friedensreich Hundertwasser
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Die Zukunft von Königsbergs Innenstadt nach dem Abriss des Hauses der Räte
Seite 13

Die Pommersche Zeitung
Tourismus, Naturschutz und Energiegewinnung vor Pommerns schönster Küste
Seite 19

Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 304401 07

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Könnten sich schon bald über die Köpfe der Europäer hinweg einigen: US-Präsident Donald Trump (r.) und sein russischer Kollege Wladimir Putin, hier 2019 beim G20-Treffen in Japan *Bild: mauritius images/Pictorial Press Ltd/Alamy/Alamy Stock Photos*

INTERVIEW

„Europa muss den Mut zur Selbstbehauptung aufbringen“

Über die Pläne der neuen US-Administration zur Ukraine und zu anderen Regionen der Welt – und wie sich die Europäer dazu positionieren sollten

IM GESPRÄCH MIT HARALD KUJAT

Grönland, Kanada, Panama und zuletzt Gaza. Seit seinem Amtsantritt sorgt der neue US-Präsident Donald Trump fast täglich für Schlagzeilen. Auch seine Vorstellungen zum Ukrainekrieg zeichnen sich ab – allerdings deutlich leiser, was dafür spricht, dass es schon bald zu einer Lösung des Konflikts kommen könnte. Fragen an einen Experten, der in seinen Analysen seit Ausbruch des Krieges weitgehend richtig lag.

Herr Kujat, bevor wir über die politische Situation rund um den Ukrainekrieg sprechen, sollten wir vielleicht die Lage auf dem Schlachtfeld betrachten. Wie sieht es dort aus?
Es ist offensichtlich, dass die russischen Streitkräfte seit Monaten auf dem Vormarsch sind und die ukrainischen Verteidiger langsam, aber stetig zurückweichen. Russland nähert sich zusehends seinem Ziel, die vier annektierten Verwaltungsgebiete vollständig zu erobern.

Trotz der Unterstützung des Westens mit erheblichen Finanzmitteln und mit immer leistungsfähigeren Waffensystemen ist die Situation der Ukraine kontinuierlich schlechter geworden. Ihre Streitkräfte sind in einer äußerst kritischen Lage. Die personellen Verluste sind hoch. Die Moral der Truppe ist auf einem Tiefpunkt. Die Zahl der Fahnenflüchtigen steigt dramatisch an. Und die Unterstützung der Bevölkerung schwindet. Wenn man die sich abzeichnende Niederlage abwenden will, dann muss es rechtzeitig vorher zu einem Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen kommen. Das ist auch das Ziel, das der neue amerikanische Präsident verfolgt.

Bevor wir zu Trump kommen: Gibt es inzwischen valide Zahlen zum Ausmaß der ukrainischen Tragödie? Bisher rankten sich um die Verlustzahlen ja meist Spekulationen.
Trump hat vor wenigen Tagen eine Zahl genannt, die in der Öffentlichkeit kaum registriert wurde. Er sprach von Gesamtverlusten beider Kriegsparteien in Höhe von 1,7 Millionen Soldaten. Diese Zahl umfasst nicht nur die gefallenen, sondern auch die verwundeten und dauerhaft nicht mehr einsatzfähigen Soldaten. Wenn man sich die Mobilisierungen beider Streitkräfte ansieht, dürften die Verluste auf ukrainischer Seite deutlich höher sein. Doch auch für die Russen sind sie enorm.

Die Zahl der ukrainischen Fahnenflüchtigen ist im letzten Jahr massiv gestiegen. Seit Beginn des Krieges gibt es angeblich 120.000 Fälle von Fahnenflucht und unerlaubter Abwesenheit von der Truppe. Man muss allerdings von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Wie dramatisch die Lage auch hier ist, zeigt das Beispiel der 115. Brigade, einer sogenannten Elitebrigade, die in Frankreich ausgebildet und ausgerüstet wurde. Von diesem Verband, der etwa 4000 Mann umfasste, sind bereits in Frankreich 50 Soldaten fahnenflüchtig geworden, bei der Rückkehr waren es nochmal 1700 Mann. Die Brigade verlor also fast die Hälfte ihres Personalbestands ohne eine einzige Kampfhandlung. Das zeigt symptomatisch, wie es um die Moral der ukrainischen Streitkräfte steht.

Der neue US-Präsident ist bei all seiner lautstarken Rhetorik auffallend still in Bezug auf den Ukrainekrieg. Kann dies als Zeichen gedeutet werden, dass es hinter den Kulissen bereits Kontakte der neuen US-Administration zur Führung in Moskau gibt?
Durchaus. Trump hatte während des Wahlkampfs immer wieder davon gesprochen, dass er das Töten innerhalb von 24 Stunden beenden werde. Das ist natürlich nicht geschehen. Allerdings gab es offenkundig schon seit Trumps Wahl im November Kontakte zwischen seinem Team und ukrainischen Vertretern sowie auch nach Moskau.

Inzwischen zeichnet sich sogar ein konkreter Zeithorizont ab. Trumps Sonderbeauftragter, der ehemalige General Keith Kellogg, sprach von hundert Tagen, binnen denen der Konflikt gelöst werden soll. Es heißt, dass es bereits ein Telefonat zwischen Trump und dem russischen Präsidenten Putin gab. Möglicherweise kommt es dann zu einem trilateralen Treffen Trumps mit dem russischen Präsidenten Putin und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj, bei dem Eckpunkte der Friedensvereinbarung festgelegt werden, die anschließend von den Verhandlungsdelegationen im Detail schlussverhandelt wird.

Konkrete Vorstellungen hat Trump bisher nicht veröffentlicht, was er damit begründete, dass wenn er dies täte, die Wirkung verloren gehen würde. Aber es sind Elemente bekannt geworden, beispielsweise durch Vizepräsident Vance und den Sonderbeauftragten Kellogg. Dazu gehört, dass die Ukraine nicht NATO-Mitglied wird, sondern neutral bleibt. Dafür soll sie Mitglied der Europäischen Union werden. Die EU soll auch die Verantwortung für den Wiederaufbau des Landes übernehmen. Was die von Russland besetzten Gebiete angeht, soll Kiew jeden militärischen und diplomatischen Versuch aufgeben, diese zurückzugewinnen. Allerdings wird keine völkerrechtliche Anerkennung der russischen Annexion verlangt. Interessant ist auch, dass nach Abschluss der Friedensverhandlungen die Sanktionen gegen Russland gelockert und später ganz aufgehoben werden sollen. Das alles spricht dafür, dass das Trump-Lager ziemlich präzise Vorstellungen hat.

Es gibt noch Punkte, die Probleme bereiten können. Zum Beispiel hat Russland zwar vier ukrainische Verwaltungsgebiete annektiert, diese aber noch nicht vollständig erobert. Wenn es also zu einem Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinie kommt, wird man abwarten müssen, wie das gelöst wird. Ein weiteres Problem ist, dass es eine demilitarisierte Zone geben soll, in der ein militärisches Kontingent den Waffenstillstand überwacht. An diesem Kontingent sollen auf keinen Fall US-Soldaten beteiligt sein, vielmehr sollen das die Europäer übernehmen. Das würde bedeuten, dass zwar keine NATO-Truppen zwischen den Kriegsparteien stünden, aber gleichwohl Truppen aus NATO-Staaten. Ich sehe das kritisch. Denn durch ein menschliches oder technisches Versagen könnte sich eine Eskalation entwickeln, die politisch nicht mehr beherrschbar ist und die zu einer militärischen Auseinandersetzung mit Russland führt. Schließlich werden jedoch beide Kriegsparteien entscheiden, welche Staaten Friedenstruppen stellen, und es ist fraglich, ob Russland Truppen aus NATO-Staaten akzeptiert.

Gibt es Signale aus Moskau, wie Russland auf die jüngsten Initiativen aus Washington reagiert?
Es gibt Äußerungen, die eine Bereitschaft zu Verhandlungen erkennen lassen. Aber es werden natürlich auch Bedingungen formuliert. So hat Putin kürzlich erklärt, dass Selenskyj kein legitimer Vertreter seines Landes sei, offenbar weil seine Amtszeit im vergangenen Jahr abgelaufen ist und keine turnusmäßigen Neuwahlen stattgefunden haben. Putins Bemerkung bezieht sich anscheinend nicht auf die Verhandlungen, sondern darauf, dass Selenskyj seiner Ansicht nach als „illegitimer“ Präsident nicht befugt ist, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Diese Frage könnte jedoch durch baldige ukrainische Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nach Abschluss der Verhandlungen gelöst werden.

Ein wichtiges Argument auf russischer Seite ist, dass mit einem Friedensschluss auch die Ursachen beseitigt werden müssten, die aus Moskauer Sicht für diesen Krieg verantwortlich sind. Dazu gehört vor allem der NATO-Beitritt der Ukraine, der nach den bekanntgewordenen Überlegungen der Amerikaner ohnehin vom Tisch ist. Zudem haben russische Vertreter erklärt, dass sie sich an dem chinesischen Vorschlag vom Februar 2024 orientieren, was unter anderem bedeutet, dass jegliche Vorbedingungen beider Seiten zunächst beiseitegestellt wären, und dass die Gespräche beim Stand der Verhandlungen von Istanbul im Frühjahr 2022 wiederaufgenommen würden. Allerdings sollen auch die inzwischen entstandenen militärischen Realitäten berücksichtigt werden, was vor allem die russischen Geländegewinne meint.

Insgesamt scheint mir das, was sich bis jetzt abzeichnet, verhandelbar. Das heißt nicht, dass die Einigung schon erreicht wäre. Aber ein vernünftiger Anfang auf dem Weg zum Frieden scheint möglich.

Wie reagiert man in Kiew auf die neuen Verhältnisse?
Es ist nicht immer einfach herauszufinden, was die Ukraine will, weil ihr Präsident wiederholt in seinen Positionen schwankt. So hat Selenskyj noch im Dezember einen Waffenstillstand vollkommen abgelehnt. Dann hat er erklärt, dass es eine NATO-Mitgliedschaft seines Landes geben müsse. Zudem hat er gefordert, dass auf jeden Fall die Amerikaner an der Friedenstruppe beteiligt sein müssten, was nicht nur die Russen ablehnen würden, sondern die Amerikaner selbst ausgeschlossen haben.

Unabhängig davon kann es meines Erachtens für die Ukraine jetzt nur darum gehen, das Bestmögliche herauszuholen – und nicht einen sinnlosen Krieg fortzusetzen, der ohne Aussicht auf eine Wende nur eine Fortsetzung des Tötens, der Zerstörung und des weiteren Verlustes von Territorium bedeuten würde.

Wo bleibt in dieser Konstellation Europa, vor allem die Europäische Union?
Uns Europäern wird einiges zugemutet werden. Die Ukraine soll wohl schon bald Mitglied der EU werden, wir sollen die Kosten für den Wiederaufbau tragen und ansonsten kaum mitreden dürfen.

Allerdings haben die Europäer diese Lage auch selbst zu verantworten. Seit Ausbruch des Krieges gab es weder von der Europäischen Kommission noch von einem Regierungschef eines großen europäischen Nationalstaats eine Initiative zur Beendigung des Krieges. Im Gegenteil wurde im vergangenen Jahr der ungarische EU-Ratspräsident Orbán für seine Gespräche in Kiew, Moskau, Peking und Washington geradezu verteufelt.

Auch jetzt, wo sich abzeichnet, welche neuen Belastungen auf Europa zukommen dürften, ist nichts zu hören. So kann es nicht verwundern, wenn über die Köpfe der Europäer hinweg entschieden wird.

Welche Rolle spielt eigentlich die neue Großmacht China in dem Konflikt?
China spielt seit Beginn des Krieges eine nicht unerhebliche Rolle, auch wenn sich Peking aus den Schlagzeilen weitgehend heraushält. Neben dem bereits erwähnten Vorschlag von Februar 2022 hat China im vergangenen Jahr zusammen mit Brasilien noch einmal einen konkreten Sechs-Punkte-Plan für ein Kriegsende vorgelegt. Insofern wäre es von großem Vorteil, wenn Trump in seinen Bemühungen für einen Frieden in der Ukraine den Schulterschluss mit China suchen würde.

Hinzu kommt, dass Trump unbedingt einen neuen Vertrag über interkontinentalstrategische Nuklearsysteme, das „New START“-Abkommen, mit Russland verhandeln will. Dabei will er auch China mit einbeziehen. Das alte Abkommen wäre am 5. Februar 2021 ausgelaufen, aber es enthielt die Möglichkeit einer Verlängerung um fünf Jahre, was denn auch geschehen ist. Doch am 5. Februar 2026 läuft der Vertrag aus.

Wenn China bei der Friedensregelung in der Ukraine mit einbezogen würde, könnte das Land mit seiner enormen Wirtschaftskraft einen großen Beitrag für deren Wiederaufbau leisten. Und nicht zuletzt dürfte eine Beteiligung Chinas es den Russen erschweren, die gefundene Lösung hinterher infrage zu stellen oder gar nach substanziellen Investitionen Chinas die Ukraine noch einmal anzugreifen.

Was bedeuten die hier skizzierten jüngsten Entwicklungen für die NATO? Immerhin hat Trump mit seinen Ideen, Kanada und das zu Dänemark gehörende Grönland in die USA zu integrieren, zwei der ältesten Mitglieder des Bündnisses offen brüskiert.
Trumps Forderungen würden der NATO im Falle einer Umsetzung erheblichen Schaden zufügen. Der Schutz der territorialen Integrität der Mitgliedstaaten und die Solidarität untereinander sind zwei tragende Säulen des Bündnisses. Sie zeigen aber ebenso wie seine Forderung, die Verteidigungsaufwendungen auf fünf Prozent des BIP anzuheben, dass der amerikanische Präsident offenbar in Hemisphären denkt und zu einer Politik des *Disengagements* gegenüber Europa und damit auch gegenüber den europäischen NATO-Verbündeten bereit ist. Dies erklärt auch seine offenkundige Bereitschaft, Russland das bereits seit Mitte der neunziger Jahre verfolgte Ziel einer strategischen Pufferzone, eines „Cordon sanitaire“, gegenüber der NATO zuzugestehen.

Für die europäischen NATO-Staaten und für Europa insgesamt entstünden erhebliche Herausforderungen. Europa müsste nicht nur in den wesentlichen Politikbereichen eigenständiger werden, sondern auch im Verhältnis zu Russland und China einen „modus vivendi“ finden. Oder mit anderen Worten: den Mut und die Kraft zu politischer, wirtschaftlicher, technologischer und nicht zuletzt militärischer Selbstbehauptung aufbringen. Die NATO wäre gut beraten, auf dem europäischen Kontinent ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte herzustellen, das durch politische Maßnahmen wie Abrüstung, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen sowie Dialog und wirtschaftliche Zusammenarbeit für einen tragfähigen Frieden stabilisiert wird.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

Das Schicksal einer neumärkischen Frau

Vor 80 Jahren führte die junge Maria von Wedemeyer ihre Geschwister von dem elterlichen Familiengut östlich der Oder nach Westen. Nebenbei rettete sie ein Gedicht, das später zum Text eines der bedeutendsten Kirchenlieder unserer Zeit wurde

VON ROGER TÖPELMANN

BILDER: ULLSTEIN BILD; WIKIMEDIA

Unmögliche Liebe in Zeiten der Diktatur: Maria von Wedemeyer und ihr Verlobter Dietrich Bonhoeffer

Von Maria von Wedemeyer ist in der allgemeinen Öffentlichkeit zumeist nur bekannt, dass sie die Verlobte von Dietrich Bonhoeffer war, dem evangelischen Theologen im Widerstand gegen Adolf Hitler. Doch die 1945 zwanzigjährige Frau war weit mehr: ein Beispiel für vorbildliche Courage in schlimmen Zeiten. In diesen Tagen jährt sich die von ihr geführte Flucht ihrer Familie aus dem Osten zum 80. Mal – wie auch die Hinrichtung Dietrich Bonhoeffers am 9. April 1945.

Noch bevor ihre Familie das Rittergut in Pätzig bei Schönfließ in der Neumark – das ist der heute polnische Teil Brandenburgs östlich der Oder – verlassen musste, hatte ihr Vater Hans von Wedemeyer, der als Regimentskommandeur an der Ostfront kämpfte, seiner Frau geschrieben: „Wenn die Russen kommen, dann schick' die Kinder rechtzeitig in den Westen." Alles weitere müsse sie Gott überlassen. Die Mutter entschied dann, dass die gerade erwachsene Tochter Maria den Treckwagen mit den Kindern anführen solle. Diese war seit Kindesbeinen mit Pferden vertraut, hatte die täglichen Ausritte des Vaters begleitet und galt als hervorragende Reiterin.

Der kalte Winter '45

Ende Januar 1945 war nun die letzte Möglichkeit, vor der heranrückenden russischen Front zu fliehen. Verbände der Nationalsozialisten hatten zuvor jede Flucht untersagt, vor allem, weil sie Straßen und Wege für militärische Operationen freihalten wollten. Auch das Wetter spielte eine entscheidende Rolle: Noch herrschte eisige Kälte, aber die Temperaturen konnten jederzeit umschlagen. Schnee und Eis oder auch Tauwetter konnten ein Fortkommen verhindern. Auf dem Weg in den Westen waren die Oderbrücken zu queren, von denen niemand sagen konnte, ob sie überhaupt benutzbar oder für zivile Trecks gesperrt waren. Für alle Fälle hatte die Mutter Ruth von Wedemeyer noch einen ortskundigen polnischen Kutscher gewonnen, den sie allerdings zum Dank für die riskante Fahrt neu einkleiden musste.

Der Treck der Familie bestand aus einem mit Planen bespannten Ackerwagen, drei Pferden, Ersatzgeschirren, Rädern, Wagenteilen und Handwerkszeug. Unentbehrlich auch das Pferdefutter, das mitgeführt werden musste. Jedes der vier Geschwister Marias durfte einen Koffer packen, darin ein persönliches Erinnerungsstück. Wenig Gewicht war dabei das Motto. Und doch: Als Maria das Tafelsilber der Familie sah, schüttete sie es kurzerhand in einen offenen Koffer. Fast alles, was die Familie später noch besitzen sollte, war dieser Entscheidung zu verdanken.

Rettung eines einzigartigen Schatzes

Maria war erst einen Tag zuvor aus Berlin, wo sie Bonhoeffer so oft wie möglich im Sicherheitsgefängnis der SS besuchte, nach Pätzig zurückgekommen, um den Treck zu führen.

Einen knappen Monat erst war es her, dass der 38-jährige Bonhoeffer ihr, seinen Eltern und seinen Geschwistern aus dem Sicherheitsgefängnis der Gestapo in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße heraus das später berühmt gewordene Gedicht „Von guten Mächten" geschrieben hatte. Heute liegt dort der Erinnerungsort „Topographie des Terrors" vis á vis, und Besucher können die Reste der Gefängniszellen sehen. Das großartige Poem zum Weihnachtsfest 1944 sollte ein Weihnachtsgruß sein und hatte die Familie noch zum Fest erreicht:

„Von guten Mächten treu und still umgeben
behütet und getröstet wunderbar
so will ich diese Tage mit euch leben
und mit euch gehen in ein neues Jahr.
Noch will das Alte unsre Herzen quälen
noch drückt uns böser Tage schwere Last.
Ach Herr, gib unsern aufgeschreckten Seelen
das Heil, für das du uns bereitet hast.
Von guten Mächten wunderbar geborgen
erwarten wir getrost, was kommen mag.
Gott ist bei uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiss an jedem neuen Tag."

In den folgenden fünf Strophen erinnert Bonhoeffer an die Freude und das Licht, das Gott in die Dunkelheit der Welt sende. Es gelte das Vergangene dankbar zu erinnern und die Hoffnung nicht aufzugeben, dass alle wieder zusammengeführt würden.

„Von guten Mächten" hatte Bonhoeffer in einen Brief vom 19. Dezember 1944 integriert. Denn auf einem gesonderten Blatt Papier hätte es die Gefängniszensur vielleicht gar nicht passieren lassen. Es wäre, so der Berliner Altbischof und Theologieprofessor Wolfgang Huber, kein Brief mehr gewesen, und „das Gedicht hätte die Nachwelt nie erreicht", so der Bonhoeffer-Spezialist. Sicher ist, dass das Gedicht noch vor Weihnachten 1944 bei Maria von Wedemeyer ankam, die damals bei den Eltern Dietrichs in der Marienburger Allee in Charlottenburg wohnte.

Tage der Bewährung

Als die Front heranrückte, galt es, den Beweis zu liefern, dass die Familienbande untrennbar waren und die Bewahrung sich bewahrheitete: Mit Maria saßen neun weitere Menschen auf dem Wagen. Die Mutter blieb auf dem Gut zurück. Später schrieb sie über die gewagte Unternehmung: „Eine Aufgabe, die das menschliche Maß sprengte. Aber Maria – ihr konnte ich all meinen Reichtum in die Hände legen." Dass der christliche Glaube für alle eine wichtige Rolle spielte, wird aus einer anderen Quelle deutlich: Der eigens dafür aus der Nachbarschaft herübergeholte Pastor Reck reichte in der Dorfkirche allen das Abendmahl. Auch den Kindern, die noch nicht konfirmiert waren und für den Empfang des Sakraments an sich noch nicht berechtigt waren.

Die Reise startete bei nassem Schneesturm und 12 Grad Minus und sollte ein erstes Ziel nahe an der Oder erreichen. Dort war ein Quartier für alle Mitfahrenden zu suchen und nicht zuletzt das für die Pferde. Die Fahrt war in allem lebensgefährlich: Die Landstraßen waren verstopft mit Militärkolonnen, Jagdflugzeuge konnten jederzeit angreifen, sodass die Flüchtenden Schutz im Straßengraben oder unter den Wagen suchen mussten.

Tatsächlich setzte Tauwetter ein und verwandelte die Wegstrecke in gefährliche Eisesglätte. Die Pferde hatten Mühe, ihren Schritt zu halten. An jedem Morgen hielt Maria eine Andacht ab, ihre Lieblingslieder „Großer Gott, wir loben dich" und der Choral „Lobe den Herren" waren dabei. Sie betete ihren Lieblingspsalm 103, der die Barmherzigkeit Gottes besingt. Für die Kinder soll sie während der Fahrtpausen Clownerien aufgeführt und als Clown fürchterliche Grimassen geschnitten haben.

Doch der existentielle Ernst des Flüchtlingstrecks holte alle bald wieder ein. Sollten sie die Oder über die noch vorhandenen Brücken überqueren – oder war dies zu gefährlich? Schnell kam dem Tross aus Pätzig eine Flut von Fliehenden entgegen, die an den Brücken abgewiesen worden waren. Maria entschied, den Strom bei Güstebiese (heute Gozdowice) auf dem Eis zu überfahren. Niemand konnte garantieren, dass das Eis tragkräftig genug sein würde. Alle mussten absitzen und zwischen Eisschollen hindurch einen Weg suchen. In einer Quelle heißt es: „Die bibelkundigen Kinder fühlten sich dabei an die Durchquerung des Roten Meeres durch das Volk Israel erinnert. Bei jedem Knacken, Knirschen und Knistern zuckten sie zusammen." Zuletzt folgte Maria auf dem Wagen mit dem polnischen Kutscher. Sie erreichten nach etwa 160 Metern auf dem Eis tatsächlich das westliche Flussufer.

Ankunft im Westen und Rückkehr in das kriegszerstörte Berlin

Nun galt es zu entscheiden, wie es weitergehen konnte. In südwestlicher Richtung lag Berlin in etwa 60 Kilometern Entfernung. Maria entschied, die schon sehr zerstörte Hauptstadt nördlich zu umgehen. Lange Reisetage folgten. Endlich, nach 17 Tagen und 500 Kilometern erreichte der Treck das Dorf Oppershausen bei Celle in Niedersachsen. Es war der 13. Februar 1945. Fast unglaublich: Auf ihrem Gefährt gab es bei der Ankunft noch Proviant. Maria hatte sich als perfekte Verwalterin erwiesen.

Weit gefehlt, wenn man annimmt, Maria habe sich nun eine Ruhepause gegönnt. Umgehend brach sie nach Berlin auf, um schon am 14. Februar im Haus der Bonhoeffers anzukommen. Die junge Lebensretterin machte sich schon am folgenden Morgen auf, um ihren Verlobten Dietrich in der Prinz-Albrecht-Straße aufzusuchen. Nach den verheerenden Bombenangriffen vom 3. Februar lagen weite Teile Berlins in Trümmern, auch das Hauptquartier der Gestapo war schwer beschädigt. Hier erfuhr Maria von Kriminalkommissar Sonderegger, dass der Gesuchte nicht mehr in Berlin sei. Ziel für die Gefangenen sei vermutlich eines der Konzentrationslager Buchenwald oder Flossenbürg. Tatsächlich wurde Bonhoeffer im bayerischen Flossenbürg nach dem Urteil eines Schnellgerichtes am 9. April 1945 durch Erhängen hingerichtet.

Mit Maria saßen neun weitere Menschen auf dem Wagen. Die Mutter blieb auf dem Gut zurück. Später schrieb sie über die gewagte Unternehmung: „Eine Aufgabe, die das menschliche Maß sprengte. Aber Maria – ihr konnte ich all meinen Reichtum in die Hände legen"

Leben in einer neuen Welt

Für Maria von Wedemeyer schloss sich ein bewegtes Leben an. Nach dem Kriegsende übernahm sie als Hauslehrerin in Bayern mehrere Schulklassen. In der Folge studierte sie Mathematik in Göttingen, war zeitweise befreundet mit dem Mitstudenten Hartmut von Hentig, dem späteren Reformpädagogen. Sie verlobte sich mit dem Studenten Paul-Werner Schniewind (1923–2011), und 1948 zog Maria – ohne richtig Englisch zu können, in der Schule hatte sie Französisch und Latein gelernt – in die USA. In Pennsylvania an der amerikanischen Ostküste schrieb sie sich am Quäker-College Bryn Mawr, einer Hochschule für Mädchen, ein.

Beruflich zeigte Maria sich sehr erfolgreich: Beim Unternehmen Remington-Rand-Univac in Philadelphia avancierte sie zur Gruppenleiterin in der Abteilung „Angewandte Mathematik". Doch ihre Ehe geriet in eine Krise, sodass sie sich 1958 trennte. Die beiden Kinder zog sie allein groß. 1959 heiratete sie erneut, doch scheiterte auch diese zweite Ehe 1965.

Maria wechselte nach Boston, wo sie beim Unternehmen Honeywell eine neue Abteilung für Computertechnik „System Analysis" leitete. Ihr neuer Lebenspartner wurde Bob Graham, Professor für Computerwissenschaft am Massachusetts Institute of Technology. Unermüdlich setzte sich Maria für andere Menschen ein: „She was standing up for the people ... she did'nt wear it on her sleeve" (Sie hat sich für die Menschen eingesetzt ... sie hat es nicht offen zur Schau gestellt), kommentierte es ein Zeitgenosse, der sie zudem ein Beispiel für die Gleichberechtigung der Geschlechter nannte: „very meaningful mixture between being a boss and being a caring women" („eine sehr bedeutsame Mischung aus Chefin-Sein und Fürsorgliche-Frau-Sein").

Wegen dieser Verantwortung im Leben und im Unternehmen verdrängte Maria wohl auch die Anzeichen ihrer ernsten Krebserkrankung. An dieser verstarb sie am 16. November 1977 in Boston.

Wer sich vertiefter mit dem Schicksal Maria von Wedemeyers befassen möchte, findet weitere Informationen in ihrem unter dem Titel „Brautbriefe Zelle 92" herausgegeben Briefwechsel mit Dietrich Bonhoeffer, in der von Wolfgang Seehaber verfassten Biographie „Maria von Wedemeyer. Bonhoeffers Verlobte. Ein Lebensbild", in den Erinnerungen „In des Teufels Gasthaus. Eine preußische Familie 1918–1945" von Ruth von Wedemeyer, in dem Eintrag zu ihrer Person im Biographisch-bibliographischen Kirchenlexikon (BBKL) sowie im Nachlass 299 (D. Bonhoeffer) in der Staatsbibliothek zu Berlin.

● **Dr. Roger Töpelmann** ist freier Journalist. Zuvor war der studierte Theologe Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragter in der Evangelischen Militärseelsorge und in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Lehrbeauftragter an der Universität Frankfurt und Abteilungsleiter im Medienhaus der EKD.
www.rogertoepelmann.de

MELDUNGEN

70 Brücken droht Abriss

Berlin – Mindestens 70 Berliner Brücken müssen wegen Einsturzgefahr abgerissen werden. Bei 57 Brücken im Ostteil Berlins resultiert dies aus der Verwendung von Hennigsdorfer Spannstahl, welcher auch für den Teileinsturz der Dresdner Carolabrücke sorgte. Dazu kommen aktuell 13 Brücken im Westen Berlins, wo Sigma-Stahl aus Rheinhausen zum Einsatz gelangte, der ähnlich korrosionsanfällig ist. Weil auch wichtige Straßenzüge und die Ringstrecke der S-Bahn um das Stadtzentrum betroffen sind, droht ein enormes Verkehrschaos. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Finanzierung der ebenso umfangreichen wie komplizierten Abriss- und Neubauvorhaben. Gerade erst musste die schwarz-rote Landesregierung den geplanten 40-Milliarden-Euro-Haushalt für 2025 um drei Milliarden zusammenstreichen, womit auf den Verkehrssektor Kürzungen in Höhe von 660 Millionen Euro zukommen. *W.K.*

Steuergelder für linke Omas

Berlin – Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Bernd Schattner geht hervor, dass die 2017 gegründete parteiunabhängige Initiative „Omas gegen Rechts“ seit 2022 mit Steuergeld gefördert wurde. Insgesamt flossen 23.300 Euro. Davon kamen 5000 Euro aus dem Bundeskanzleramt und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, während das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 18.300 Euro zur Verfügung stellte. Die linken Omas engagieren sich gegen die AfD und erreichten im Sommer 2024 eine Kündigung des Spendenkontos der Partei bei der Berliner Volksbank. Die Initiative selbst gibt an, „keine institutionelle Förderung aus Steuermitteln oder von Stiftungen“ zu erhalten. Allerdings hätte das BMFSFJ „über die Jahre ... einzelne Projekte von wenigen Regionalgruppen“ bezuschusst. *W.K.*

Kein Corona-Tribunal

Erfurt – Am 31. Januar fasste der Thüringer Landtag den Beschluss, einen Corona-Untersuchungsausschuss einzurichten. Damit folgte er einem Antrag des BSW und Teilen der CDU, dem letztlich auch die AfD zustimmte, nachdem sie ihren eigenen Antrag von der Tagesordnung genommen hatte. Kritik an der angeblich nun drohenden „tribunalartigen“ Aufarbeitung kam hingegen von der Linkspartei. Der frühere rote Ministerpräsident Bodo Ramelow erklärte: „Ich schäme mich für keine der Entscheidungen, auch wenn sie falsch waren.“ Dabei wollen das BSW und die CDU nicht als Richter auftreten oder „Hexenjagden“ veranstalten, sondern vermeidbare Fehler aufdecken und daraus Empfehlungen für die Zukunft ableiten. Dahingegen geht es der AfD zugleich darum, „Unrecht aufzuklären“, „die damaligen Entscheidungsträger zur Verantwortung zu ziehen“ und „Kritiker der Corona-Einschränkungspolitik zu rehabilitieren“. *W.K.*

BILD: IMAGO/FRANK GAETH

Schaurig-schöne Stimmung bei der SED-Nachfolgepartei Die Linke mit Jan van Aken, Ines Schwerdtner und Heidi Reichinnek

ÜBERRASCHUNGSTREND

Die Linke mit Profil nach oben

Während die Postkommunisten die Kurven kriegen, zerfleischt die FDP sich selbst

VON PETER ENTINGER

In der letzten Woche ist der Linkspartei das gelungen, was viele lange nicht mehr für möglich hielten. Drei Wochen vor der Bundestagswahl hat sie tatsächlich wieder das Bündnis Sahra Wagenknecht überholt und in einer bundesweiten Umfrage im Auftrag von RTL damit auch die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen. Das war ihr zumindest bei RTL-Umfragen im gesamten vergangenen Jahr verwehrt geblieben.

Vor allem bei jungen Wählern kommt die Partei derzeit gut an. In der Altersklasse der 18- bis 29-Jährigen sind Grüne und Linke derzeit fast gleichauf stärkste Parteien. Das liegt auch an der Social-Media-Strategie der Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek. Ihre Videos gehen auf der Plattform TikTok viral, wie es neudeutsch heißt. Unterschätzen sollte man das nicht. Auch der AfD-Kandidat Maximilian Krah konnte während des zurückliegenden Europawahlkampfes auf diesem Kanal Stimmen sammeln. Demoskopen tun sich derzeit schwer damit, die Erfolgsaussichten der Postkommunisten nach einer Serie von Wahlniederlagen einzuschätzen. Fest steht nur, sie sind besser geworden.

Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass es die „Alten“ richten müssen. Mit der „Aktion Silberlocke“ und der Grundmandatsklausel wollten der 76-jährige Gregor Gysi, der 68-jährige Bodo Ramelow und der 66-jährige Dietmar Bartsch die Partei retten. Dass Gysi im Berliner Osten ein Direktmandat erringt, scheint gesichert. Ramelow hat Chancen, Bartsch eher weniger. In Leipzig könnte es noch Sören Pellmann schaffen.

Die Linke trifft einen Nerv

Aber möglicherweise braucht es diese nach Verzweiflung riechende Aktion gar nicht. Während Reichinnek den Nerv der Großstadtjugend trifft, pflegen Gysi und Co. das soziale Gewissen der Republik. In den urbanen Milieus ist die Linke plötzlich eine Alternative für die, denen die Grünen zu „regierungsgeil“ und die SPD zu altbacken sind. In den ländlichen Gegenden ist die Linke plötzlich wieder eine Alternative für diejenigen, die keine Lust auf eine Juniorpartnerschaft der SPD in einer Großen Koalition haben. „Wir gemeinsam gegen die da oben“, lautet das Wahlprogramm. Und es scheint anzukommen. Als sich die Partei nach der Wagenknecht-Abspaltung gefühlt in der Auflösung befand, hatte sie noch rund 60.000 Mitglieder. Mittlerweile sind es wieder zehntausend mehr. „Es ist unglaublich, was die Klärung unserer Positionen und eine klare Fokussierung für eine Energie freisetzt“, sagte Parteichefin Ines Schwerdtner. „Viele haben offensichtlich nur darauf gewartet, dass es wieder eine Linke mit klarem Kurs gibt, bei der man sich engagieren kann.“ Sollte die Linkspartei tatsächlich in den Bundestag kommen, dafür das BSW nicht, wäre das wohl eine der absurdesten Geschichten des bundesdeutschen Parlamentarismus.

> „Unglaublich, was klare Positionen für Energie freisetzt ...“
>
> **Ines Schwerdtner**
> Parteichefin Die Linke

Während sich die Linken berechtigterweise Hoffnungen auf einen Wiedereinzug machen, geht bei der FDP die nackte Angst um. Nach ihrem Zick-Zack-Abstimmungskurs in Sachen Migration sitzt die Partei mal wieder zwischen allen Stühlen. Dabei wollte Parteichef Christian Lindner seine Partei als gemäßigte Alternative zur AfD positionieren und setzte auf die Stimmen frustrierter Bürgerlicher. Doch in liberalkonservativen Kreisen dürfte die FDP einmal mehr als Umfaller gelten. Und in der linksliberalen Großstadt-Schickeria, die mal grün, mal gelb wählt, hat man die Nase über eine gemeinsame Abstimmung mit der AfD gerümpft. Er sei fassungslos über das Abstimmungsverhalten mancher Kollegen, zürnte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki, nachdem sich mehr als 20 Abgeordnete im Bundestag dem von der CDU eingebrachten „Zustrombegrenzungsgesetz“ verweigerten. Darunter Parteiprominenz wie der stellvertretende Bundesvorsitzende Johannes Vogel oder der niedersächsische Landeschef Konstantin Kuhle. Sie gelten als Sozial-Liberale, die eine zu starke Anbindung an die Union ablehnen. Und eine irgendwie geartete Annäherung an die AfD ist mit ihnen nicht zu machen.

Als vor Jahresfrist eine fragwürdige Recherche über das Treffen von Potsdam für Aufsehen sorgte, schlossen sich an vielen Orten Vertreter der Jungen Liberalen den Antifa-Protesten an. Die Nachwuchsorganisation der FDP war schon immer eine Kaderschmiede der Parteilinken, und Vogel lange Zeit ihr Vorsitzender. Er gilt als potentieller Drahtzieher eines möglichen Aufstandes gegen Lindner. Öffentlich vermeiden Kuhle und Vogel Kritik. Ihre Abwesenheit im Bundestag ließen sie unkommentiert, nahmen Wahlkampftermine wahr, als sei rein gar nichts passiert.

Auf dem Parteitag am letzten Wochenende versammelten sich alle Führungskräfte noch einmal symbolisch hinter dem Chef. Doch alle wissen: Die 11,4 Prozent von 2021 sind Stand heute Utopie. Sollte es die Hälfte werden, würde man das aus dem Stand unterschreiben. Doch Lindner kann es drehen und wenden, wie er will. Er wird am Wahlabend das Gesicht einer Verlierer-Partei sein. Schafft es die FDP doch noch knapp, könnte sich Lindner am Ende eventuell im Amt halten. Auch, weil weder Vogel noch Kuhle als Königsmörder gelten wollen. Doch scheitert die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde, dann dürfte ihre Stunde sehr schnell schlagen. Wenn auch in der Rolle der politischen Konkursverwalter.

VERSCHLUSSSACHE

Wie „gesichert rechtsextrem“ ist die AfD wirklich?

Ein geheimes Gutachten lässt große Zweifel an der neutralen Beurteilung des Verfassungsschutzes aufkommen

Ende Februar 2021 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Alternative für Deutschland (AfD) als „rechtsextremen Verdachtsfall“ ein, weil es „tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“ sah. Diese Einschätzung beruhte auf einem rund 1000 Seiten umfassenden Gutachten mit dem Geheimhaltungsgrad „Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch“, welches jetzt an das Internetportal Netzpolitik.org durchgestochen und so publik gemacht wurde.

Das Papier basiert auf Äußerungen von etwa 650 AfD-Funktionären auf Bundes-, Landes- und Kreisebene, darunter auch Personen, die 2021 gar nicht mehr der Partei angehörten. Im Raum stehen vier Hauptvorwürfe: Die AfD missachte die Menschenwürde von Zuwanderern, sei islam- beziehungsweise muslimfeindlich, stelle das Rechtsstaatsprinzip in Frage und verunglimpfe den Staat sowie die „demokratischen“ Parteien. Dabei beruht das Urteil des BfV vielfach auf fragwürdigen Schlussfolgerungen oder selbst entwickelten Definitionen statt auf anerkannten rechtlichen Normen.

So heißt es, die AfD spreche Immigranten die Menschenwürde ab, weil sie einen „völkisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff“ propagiere, durch den „Zugezogene von vornherein pauschal ausgeschlossen“ würden. Des Weiteren lehne sie die Einbürgerung von Ausländern ab, wenn diese „zu einer ethnisch-kulturellen Strukturverschiebung“ führe. Außerdem betrachte die AfD die Einwanderungsgesellschaft als Sicherheitsrisiko und konstruiere einen „diametralen Gegensatz zwischen Einheimischen und Zugewanderten“. Als Beleg für die „gegen den Islam gerichtete Grundtendenz“ der Partei zitiert der Verfassungsschutz unter anderem Sätze wie: „Das Konzept des Multikulturalismus hat sich als Illusion erwiesen.“ Im Übrigen, so das BfV weiter, unterstelle die AfD dem Islam, dass er eine totalitäre Ideologie sei, die Religionsfreiheit ablehne und zur Gewalt gegenüber Ungläubigen aufrufe, obwohl es im Islam bekanntlich ganz unterschiedliche Strömungen gebe.

Ebenso behauptet das BfV, die Berufung auf ein „vermeintlich legitimes Widerstandsrecht“ nach Artikel 20 des Grundgesetzes von Seiten einiger AfD-Funktionäre untergrabe das Gewaltmonopol des Staates und dessen Rechtsordnung. Dabei wird auf Äußerungen verwiesen, in denen es um die Möglichkeit der Aufstellung von Bürgerwehren zur Durchsetzung des geltenden Rechts gegen kriminelle Migranten ging.

Gleichermaßen konstruiert ist der Vorwurf, die AfD verunglimpfe den Staat und andere Parteien, indem sie „kritikwürdige Zustände bewusst entstellt und überspitzt verallgemeinert“ sowie den Ausdruck „System-“ oder „Blockparteien“ verwende. Parallel stört sich das BfV auch an Vergleichen der Bundesrepublik mit der Volksrepublik China.

Ansonsten fehlt in dem Gutachten nahezu jeglicher Hinweis darauf, ab wie vielen Aussagen von AfD-Vertretern die kritische Schwelle überschritten wäre und Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen in hinreichender Anzahl vorlägen. *Wolfgang Kaufmann*

PARTEIENSTREIT

Brutaler Wahlkampf von links

Auch staatlich geförderte Gruppen beteiligen sich an Attacken gegen Union, AfD und FDP

VON HERMANN MÜLLER

Wahlkampf mit Steuermitteln? Demo gegen die CDU vor der Berliner Partei-Bundeszentrale *Bild: picture alliance/dts-Agentur*

Erst im Dezember hatten sich SPD, CDU, CSU, Grüne, FDP und Linkspartei auf ein Fairnessabkommen für den Bundestagswahlkampf verständigt. Ziel der Vereinbarung war ein respektvoller Wahlkampf ohne Desinformation. Distanziert haben sich die beteiligten Parteien auch von jeder Gewalt in der politischen Auseinandersetzung.

Die Unionsparteien erleben nun stattdessen einen ganz anderen Wahlkampf. Seit sie im Bundestag einen Antrag zur Migrationspolitik eingebracht haben, der die Zustimmung von AfD und Teilen der FDP gefunden hat, schlagen CDU/CSU massive Straßenproteste, Hass und sogar Gewalt entgegen. Beim CDU-Bundesparteitag auf dem Berliner Messegelände am 3. Februar waren 100 Organisationen zu insgesamt elf Gegendemonstrationen aufmarschiert. Unter anderem waren auch Greenpeace-Aktivisten vor Ort, die eine Rede von CDU-Chef Friedrich Merz störten. Gegenüber dem Veranstaltungsort auf dem Messegelände war auf einer LED-Leinwand „Mitte-statt-Merz.de“ zu lesen. Laut „Tagesspiegel“ war dies eine Aktion der SPD.

Noch am Tag, an dem die Unionsfraktion im Bundestag den Antrag zur Migrationsbegrenzung zur Abstimmung gestellt hatte, versammelten sich Tausende von Demonstranten vor der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Nachdem das Konrad-Adenauer-Haus regelrecht belagert wurde, empfahl die CDU ihren Mitarbeitern, die Bundesgeschäftsstelle vorzeitig zu verlassen.

Bis hin zu einer Morddrohung

Einen Tag später besetzten vermummte Aktivisten in Charlottenburg ein CDU-Büro. In Berlin-Dahlem konnte eine Veranstaltung der Jungen Union nur unter dem Schutz einer Polizeihundertschaft stattfinden. Angriffe gegen die CDU wurden mittlerweile auch aus Hannover, Hamburg, Lüneburg, Oldenburg, Höxter, Bochum, Recklinghausen, Dortmund, Trier, Jena und Freiburg gemeldet.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann erklärte angesichts dieser Entwicklung: „Die Pöbeleien, die Schmierereien, die Übergriffe bis hin zu einer Morddrohung, die von der Antifa und von Aktivisten gegen unsere Wahlkämpfer ausgeübt werden, haben mit Protest nichts mehr zu tun.“ Linnemann forderte auch die SPD auf, angesichts der Gewalt gegen die Union Farbe zu bekennen: „Es ist deutlich überfällig, dass die Parteispitze der SPD und Olaf Scholz sich in aller Klarheit davon distanzieren.“

Für die AfD und andere nicht-linke Kräfte sind solche Übergriffe seit Jahren Normalität. Der Umstand, dass die CDU nun zum Opfer von Hass und Gewalt wird, kann langfristig gravierende politische Folgen zeitigen. Aktuelle Wahlprognosen lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass CDU und CSU als Wahlsieger aus dem Rennen gehen. SPD und Grüne können bestenfalls mit einer Rolle als Juniorpartner rechnen. Beide Parteien müssen dann darauf gefasst sein, dass ihnen die Unionsparteien mit einigem Misstrauen begegnen.

Eine CDU in Regierungsverantwortung könnte geneigt sein, auch die staatliche Förderung der sogenannten Zivilgesellschaft gründlich unter die Lupe zu nehmen. Das Vorhaben eines „Demokratiefördergesetzes“ dürfte mit der CDU kaum noch Chancen haben. Einen Entwurf für ein solches Gesetz hatten Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Familienministerin Lisa Paus (Grüne) bereits im Dezember 2022 vorgestellt. Erklärtes Ziel von SPD und Grünen war es, mit dem Gesetz, eine langfristige staatliche Förderung der „Zivilgesellschaft“ über den Bundeshaushalt zu etablieren. SPD, Grüne und FDP hatten bereits zum Start ihrer „Fortschrittskoalition“ vereinbart, „bis 2023 nach breiter Beteiligung ein Demokratiefördergesetz“ einzubringen.

Verfassungsrechtlich brisant

Bis zum Bruch der Ampelkoalition ist dies allerdings nicht gelungen. Dies lag unter anderem daran, dass die FDP eine Extremismusklausel gefordert hatte. Diese sollte verhindern, dass linksradikale Gruppen mit Steuergeldern gefördert werden. Die CDU/CSU kritisierte am Gesetzentwurf von Faeser und Paus zudem die Förderbedingungen: „Für ein Gesetz, das ausgerechnet den Namen Demokratiefördergesetz trägt, mangelt es dem vorliegenden Entwurf erheblich an Transparenz“, so im Jahr 2022 die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Silvia Breher.

Union und FDP können sich mit ihrer skeptischen Einschätzung mittlerweile voll bestätigt fühlen. Unter anderem durch die Berichterstattung von „Nius“ und der „Bild“-Zeitung wird nun auch der breiten Öffentlichkeit bewusst, dass hinter den Protesten gegen die CDU zum Teil Akteure stehen, die beispielsweise von Grün-geführten Ministerien mit Staatsgeldern gefördert werden. Dies soll laut Darstellung von „Bild“ etwa für den BUND gelten. Im Raum steht damit der verfassungsrechtlich brisante Vorwurf, dass Regierungsparteien mit Staatsgeld Organisationen fördern, die dann gegen die politische Opposition agieren.

KULTUR

So läuft Kulturarbeit ohne Subventionen

Es geht also: Denkmalschutz-Verein „Berliner Unterwelten“ kommt auch ohne Steuergelder aus

Als der Berliner Senat vergangenen Herbst ankündigte, im Kulturetat 130 Millionen Euro einsparen zu wollen, gingen Tausende Vertreter der hauptstädtischen Kunstszene auf die Straße. Keine Rolle bei den Protesten gegen die geplanten Kürzungen spielte allerdings der Verein „Berliner Unterwelten“. Dieser hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1997 insbesondere im Bereich des Denkmalschutzes und der Erinnerungskultur zu einer wichtigen Größe im Kulturleben der Hauptstadt entwickelt.

Geschafft hat „Unterwelten“ dies, ohne sich von Zuschüssen aus dem Kulturetat des Berliner Senats abhängig zu machen. Der gemeinnützige Verein, der sich um die Erforschung und den Erhalt unterirdischen Bauten in Berlin kümmert, finanziert seine Projekte regelmäßig aus eigenen Mitteln. Lediglich während der Corona-Zeit benötigte auch der Unterwelten-Verein Hilfe, weil Einnahmen durch Ausstellungen, etwa durch die Dauerausstellung „Hitlers Pläne für Berlin: Mythos Germania“, und Besucherführungen durch unterirdische Anlagen gefehlt haben.

Erst Anfang Februar erinnerte der Verein an den verheerenden Bombenangriff auf Berlin am 3. Februar 1945. Der schwerste Luftangriff auf Berlin im Zweiten Weltkrieg hatte Tausende Todesopfer zur Folge. 120.000 Berliner waren überdies durch den Luftangriff von 958 Flugzeuge der US Army Airforces obdachlos geworden. Laut Dietmar Arnold, dem Vorsitzenden der „Berliner Unterwelten“, hat es im Februar 1945 wie auch beim Bombenangriff auf Dresden in der Berliner Innenstadt einen sogenannten Feuersturm gegeben, der nicht löschbar war. Der Verein geht nach Auswertung von Archivunterlagen mittlerweile davon aus, dass durch den Bombenangriff mindestens 5000 Berliner starben.

Anlässlich des 80. Jahrestages des Bombenangriffs las die Schauspielerin Martina Gedeck aus Erinnerungen einer Mutter, die bei dem Feuersturm vor achtzig Jahren ihre vier Kinder verloren hatte. Ort der Lesung war eine historische Bunkeranlage unter der Dresdner Straße. Der Verein konnte den ehemaligen Luftschutzbunker anmieten und unter Denkmalschutz stellen lassen.

Mittlerweile wird die frühere Bunker- und Tunnelanlage vom Verein als Lern- und Gedenkort hergerichtet. Dem Verein ist es ebenfalls zu verdanken, dass Besucher einen originalen Fluchttunnel aus den Zeiten der deutschen Teilung oder unvollendete U-Bahnhöfe besichtigen können. Eine frühere Schutzanlage unter dem U-Bahnhof Gesundbrunnen haben Vereinsmitglieder zum Berliner Unterwelten-Museum ausgebaut.

Bereits bei der Gründung des Vereins in den 1990er Jahren war es das Ziel, unterirdische Anlagen vor dem Verschwinden zu retten. Hintergrund war der nach dem Fall der Mauer grassierende Bauboom in der Hauptstadt, durch den einige historische Orte völlig umgekrempelt wurden. Mittlerweile hat der Verein mehr als 540 Mitglieder und ist zum Arbeitgeber für 125 Menschen geworden. 2006 erhielt er die Silberne Halbkugel, Deutschlands höchste Auszeichnung im Bereich Denkmalschutz. *H.M.*

KOLUMNE

Welche Gefahr?

VON VERA LENGSFELD

Seit Tagen kommt Berlin vor lauter Demonstrationen nicht mehr zu Ruhe. Nicht die dramatisch verschlechterte Sicherheitslage beunruhigt die Demonstranten, nicht die zunehmende Vermüllung der Stadt, auch nicht der antisemitische Mob, der in mehreren Stadtteilen, auch im Regierungsbezirk Mitte, unübersehbar Präsenz zeigt.

Im Gegenteil, als ein Demonstrationszug besorgter Bürger auf einen Palästinenser-Aufmarsch stieß, wurde dem stillschweigend Platz gemacht. Denn die „Omas gegen Rechts“ und ihre Gesinnungsgenossen wollen die „Brandmauer“ bewahren. So auch am vergangenen Sonntag. Rund 1600 Menschen haben an zwei Demonstrationszügen zur CDU-Parteizentrale teilgenommen.

Eine der Versammlungen begann an der SPD-Parteizentrale, dem Willy-Brandt-Haus in der Wilhelmstraße, und trug das Motto „Gegen die Normalisierung von Transfeindlichkeit und Faschismus“. Die andere nahm ihren Ausgangspunkt an der FDP-Bundesgeschäftsstelle und warb für die „Bekämpfung des rechtspopulistischen Brandherdes in der CDU-Zentrale“. Dazu riefen verschiedene Organisationen und Kollektive auf.

Das hat es meines Wissens im Nachkriegsdeutschland noch nicht gegeben, dass eine demokratische Partei einer anderen im Wahlkampf „Faschismus“ vorwarf. Freilich, die AfD macht diese Erfahrung schon länger, die Union hat auch nicht gezögert, in diese Rufe einzustimmen. Plötzlich sind sie selbst die Faschisten und können es nicht fassen. Hatte doch ihre stellvertretende Vorsitzende auf dem CDU-Parteitag eine Woche zuvor beteuert, Antifaschismus gehöre zur DNA der CDU.

Karin Prien hatte mit dieser absurden Behauptung nur ihre fehlende Geschichtskenntnis offenbart, nicht jedoch die gratismutigen „Nie wieder“-Kämpfer beeindruckt, die überall Nazis sehen, wo auch nur die leiseste Kritik an der völlig verfehlten Regierungspolitik geäußert wird. Wes Brot ich ess, des Lied ich sing, wussten schon unsere opportunistischen Ahnen. Wer Staatsknete empfängt, wird willfährig dafür sorgen, dass es so bleibt.

MELDUNG

Studentenstreit eskaliert völlig

Potsdam – Nach wochenlangem Streit zwischen dem Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) und dem Studentenparlament der Uni Potsdam haben die beiden Vorsitzenden des AStA ihren Rücktritt erklärt. Einer sprach von einer „beispiellosen Hetzkampagne“, unterstützt von der Initiative „AStA Retten“, die bis hin zu „Morddrohungen und privaten Angriffen“ geführt habe. Beide Ex-AStA-Chefs erklärten, sie hätten das Ziel gehabt, zunehmenden „Machtspielen, politischen Lagerbildungen und unkontrollierten eigenen Strukturen“ entgegenzuwirken. Im Streit geht es unter anderem um das studentische Kulturzentrum (KuZe) an der Uni. Der AStA-Vorstand hatte den Mitarbeitern des Zentrums die Veruntreuung von Geld vorgeworfen. Im Oktober war der Streit so weit eskaliert, dass eine Sitzung des Studentenparlaments unter Polizeischutz stattfinden musste. *H.M.*

MELDUNGEN

Veteranen als Bedrohung

Warschau – Der nationalkonservative polnische Präsident Andrzej Duda warnte in einem Interview mit der „Financial Times“ vor einer „Explosion des internationalen organisierten Verbrechens“, wenn nach dem Ende des Krieges in der Ukraine unzählige demobilisierte Soldaten Kiews vor dem Nichts stünden. Dabei verwies er auf die Situation in Russland Anfang der 1990er Jahre, als die dortige Mafia vom Zustrom desillusionierter Afghanistan-Kämpfer profitierte und sich über ganz Europa ausbreitete. Um eine ähnliche Entwicklung in der Ukraine zu verhindern, empfahl Duda massive Hilfen des Westens beim Wiederaufbau der Wirtschaft des zerstörten Landes sowie der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit. Das Außenministerium in Kiew reagierte auf die Äußerungen des polnischen Staatsoberhauptes mit Protest: „Ukrainische Soldaten und Veteranen sind keine Bedrohung, sondern ein Sicherheitsfaktor für die Ukraine, Polen und ganz Europa.“ *W.K.*

Italien will aus WHO heraus

Rom – Mit Blick auf den angekündigten Austritt der USA und Argentiniens aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat der italienische Vizepremier und Lega-Chef Matteo Salvini dem Parlament in Rom jetzt einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der vorsieht, dass auch Italien der WHO den Rücken kehrt. Sein Land, so Salvini, solle sich „nicht länger mit einem supranationalen Machtzentrum herumschlagen müssen“, welches italienische Steuermittel verschlinge und „Hand in Hand mit internationalen Pharmakonzernen“ agiere. Stattdessen könnte der eingesparte Mitgliedsbeitrag von rund 70 Millionen Euro pro Jahr dazu verwendet werden, „um die Patienten in Italien zu unterstützen und unsere Krankenhäuser und Ärzte zu finanzieren“. Die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni kommentierte Salvinis Vorschlag bislang noch nicht näher, obwohl es in ihrer Partei Fratelli d’Italia ebenfalls etliche scharfe WHO-Kritiker gibt. *W.K.*

Russen planen Sudan-Basis

Moskau – Russland verhandelt derzeit mit dem Souveränitätsübergangsrat des Sudan unter General Abdel Fattah Burhan über die Einrichtung eines Marinestützpunktes in Port Sudan am Westufer des Roten Meeres. Nach dem Verlust der Basis Tartus an der syrischen Mittelmeerküste infolge des Sturzes des Assad-Regimes könnte Moskau mit Port Sudan nicht nur einen gleichwertigen Ersatz, sondern sogar ein noch besseres Sprungbrett für militärische Operationen im Nahen Osten gewinnen. Russland beruft sich bei den Gesprächen in Khartum auf ein altes Abkommen von 2017, für dessen Wiederbelebung der sudanesischen Armee unter anderem das Langstrecken-Boden-Luft-Lenkwaffensystem S-400 Triumf angeboten wurde. Parallel dazu versucht Moskau, seine Flottenpräsenz in Libyen und Kuba wieder auf das Niveau des Kalten Krieges zu bringen. *W.K.*

Ein Drehpunkt des Projekts der Neuen Seidenstraße: Wichtige Handelsrouten führen über Aserbaidschan und Georgien

GEORGIEN

Am Scheidepunkt zwischen Westen und Osten

Nach der „Richtungswahl“ spricht vieles dafür, dass die Regierung in Tiflis sich vom europäischen Weg verabschieden und neue Partner suchen wird

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Seit der Präsidentenwahl im Oktober kommt Georgien nicht zur Ruhe. Täglich protestieren Menschen in Tiflis und anderen Städten des Landes gegen die als „pro-russisch“ und „EU-feindlich“ empfundene Politik der Regierungspartei „Georgischer Traum“ von Präsident Micheil Kawelaschwili und deren Regierungschef Irakli Kobachidse. Viele befürchten, dass Georgien auf eine Autokratie zusteuert. Dafür spricht ein rigides Vorgehen gegen Oppositionelle mit Verhaftungen, Misshandlungen und hohen Geldstrafen.

Weil die EU als Reaktion auf die Unterdrückung Oppositioneller in Georgien mit Sanktionen gegen Politiker und Diplomaten reagiert hatte, kündigte Kobachidse Ende November an, die Beitrittsgespräche mit der EU bis 2028 auszusetzen. Da aber laut Umfragen 85 Prozent der Georgier einen EU-Beitritt befürworten und der „Georgische Traum“ in Umfragen deutlich verlor, ruderte der Ministerpräsident schnell zurück, indem er sagte, er halte einen EU-Beitritt bis 2030 durchaus für möglich.

Erstmals nicht in Davos

Der Ton zwischen Brüssel und Tiflis wird indessen rauer. Kobachidse wies die Kritik als unbegründet und heuchlerisch zurück. Ungarns Außenminister Peter Szijártó sprang ihm zur Seite, indem er behauptete, Georgien werde nur deshalb ins Visier genommen, weil anstatt liberaler Kräfte eine patriotische und konservative Partei regiere.

Der „Georgische Traum“ wird sich nun eventuell im Osten erfüllen. Tiflis hat erstmals seit seiner Unabhängigkeit nicht am Wirtschaftsforum in Davos teilgenommen und will auch der Münchner Sicherheitskonferenz fernbleiben. Dass die EU ihre Direkthilfen an die Umsetzung demokratischer Reformen knüpft und bereits 121 Millionen Euro zurückgehalten hat, treibt Georgien in die Arme anderer. Die jüngste Hinwendung nach Osten birgt die Gefahr, dass das Land an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien sich gänzlich von der EU abwendet. Zwar ist die Wirtschaft stark vom Westen abhängig, doch das könnte sich bald ändern.

Ende Januar besuchte Kobachidse die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). 2023 hatten Georgien und die Emirate das „Comprehensive Economic Partnership Agreement“ (CEPA) unterzeichnet, das am 27. Juni 2024 in Kraft trat. Zentrales Ereignis des Januar-Treffens Kobachidses mit dem Präsidenten der VAE, Scheich Nahyan bin Mubarak al Nahyan, und Wirtschaftsvertretern war die Unterzeichnung eines Investitionsabkommens in Höhe von sechs Milliarden US-Dollar. Es sieht die Entwicklung multifunktionaler Infrastrukturen in Tiflis und Gonio vor mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und weitere Investoren anzuziehen.

Georgien kann durch das Abkommen auch sein Exportvolumen steigern. Die VAE haben ihren Markt für georgische Produkte wie Mineralwasser, Honig, Nüsse, Frucht- und Gemüsekonserven geöffnet. Die Abu Dhabi Ports Group hält 60 Prozent der Anteile am Bauprojekt eines Trockenhafens nahe Tiflis. Er soll als Schlüsselinitiative zur Stärkung des Mittleren Korridors werden, der Westasien mit Osteuropa verbindet.

Auch Russland bleibt ein wichtiger Handelspartner Georgiens. Trotz politischer Spannungen stieg etwa der Bierexport von Russland nach Georgien im vergangenen Jahr um gut 40 Prozent. Allerdings will Tiflis die diplomatischen Beziehungen mit Moskau nicht erneuern. Die Erinnerung an den Kaukasuskrieg von 2008 sowie Russlands Unterstützung und Anerkennung der Unabhängigkeit von Georgiens abtrünnigen Republiken Abchasien und Süd-Ossetien ist noch zu allgegenwärtig.

Teil der Seidenstraße

Als Teil der alten Seidenstraße, einem Netz von Karawanenstraßen, deren Hauptroute den Mittelmeerraum auf dem Landweg über Zentralasien mit Ostasien verband, hat Georgien auch eine wichtige Bedeutung bei Chinas Mega-Projekt „one belt, one road“, der Neuen Seidenstraße. China verfolgt mit der Anknüpfung an eine alte Tradition knallharte geostrategische Interessen, und Georgien soll ein Drehkreuz der Handelsroute werden. Für Ankara wiederum ist Georgien ein wichtiges Transitland für aserbaidschanisches Öl in die Türkei

Mit dem Westen hingegen findet der „Georgische Traum“ keine gemeinsame Sprache. Es liege an der europäischen Bürokratie und der Politik gegenüber Georgien. Würde diese sich ändern, könnte sich auch alles zum Besseren wenden, so Kobachidse.

Während Georgien für westliche Investoren zusehends unattraktiv wird, wachsen die Investitionen aus dem Osten. Weder arabische Scheichs noch die Türken oder die Chinesen hegen dabei besondere Ansprüche an die demokratische Entwicklung Georgiens.

ASYLKRISE

Der große Austausch

Der grüne Ideologe Cohn-Bendit wechselt plötzlich in die Sprache der Neuen Rechten

Für die meisten ist es eine dramatische Asylkrise, für den Mitbegründer der deutschen Grünen Daniel Cohn-Bendit, einst Galionsfigur der 68er Studentenrevolte, ein „großer Austausch“. Mit seinen jüngsten Äußerungen zur Migrationslage im Überseedepartement Mayotte, zwischen Madagaskar und Afrika gelegen, hat der Ideologe für Wut und Entsetzen in der französischen Linken gesorgt. Nach einem Erdbeben auf dieser französischen Insel, die seit 2014 auch Teil der EU ist, ist die Debatte um die illegale Einwanderung nach Mayotte wieder aufgeflammt. Der ehemalige Vordenker der Grünen benutzte in einer Talkshow die Rhetorik der nationalistischen Rechten, um die Problematik auf Mayotte, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus Flüchtlingen und Illegalen besteht, zu beschreiben.

Der grüne Ex-Europaabgeordnete, der wie jede Woche mit dem ehemaligen Bildungsminister Luc Ferry auf dem TV-Kanal LCI diskutierte, urteilte, dass die Situation auf der Inselgruppe im Hinblick auf die Migration außergewöhnlich sei. „Man darf das Problem nicht ideologisch diskutieren, man muss Mayotte sehen, es ist nicht Frankreich, man darf es nicht verwechseln“, bekräftigte er, obwohl das ultramarine Departement seit dem 19. Jahrhundert dem Mutterland angegliedert ist.

Angesichts des Ausmaßes der hoheitlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen auf der Insel ging Cohn-Bendit sogar noch einen Schritt weiter. Er mahnte, indem er die Thesen aufgriff, die er noch vor kurzem bekämpft hat, „diese Einwanderung, die einen großen Austausch der Bevölkerung darstellt, zu bremsen und unmöglich zu machen“. Großer Austausch ist ein politischer Kampfbegriff der Neuen Rechten. Damit wird die Einwanderung von Nichtweißen und Muslimen auf das Ziel zurückgeführt, die weißen Mehrheitsbevölkerungen in westlichen Staaten zu ersetzen. „Ich bin nicht blind“, hämmerte Cohn-Bendit und verurteilte die Stellungnahme der Minister Bruno Retailleau (Inneres), Manuel Valls (Überseegebiete) und Sébastien Lecornu (Streitkräfte), die zuvor zu einer „migratorischen Entschlossenheit“ aufgerufen hatten, ohne die „Mayotte auf Sand wiederaufgebaut“ werde.

Diese Einschätzungen hat mehrere Figuren der Neuen Volksfront, die im französischen Parlament die Mehrheit hat, stark verärgert, die sich darüber aufregen, dass eine ihrer Führungsfiguren die Sprache ihrer politischen Gegner benutzt. Die Grünen-Abgeordnete Sarah Legrain spottete: „In aller Ruhe übernimmt Cohn-Bendit das Konzept des ‚großen Austauschs‘“ und bezog sich damit auf die umstrittene These des Essayisten Renaud Camus über die Folgen der nächsten Einwanderungswellen in Europa. Die Pariser Abgeordnete fügte hinzu: „Er wird uns wahrscheinlich bald Lektionen darüber erteilen, wie man die extreme Rechte bei den nächsten Wahlen richtig besiegt.“

Der linksgrüne Parlamentarier Arnaud Saint-Martin bezeichnete den 79-Jährigen Cohn-Bendit als „68er-Boomer auf dem Weg zur faschistischen Radikalisierung“. Für einen Teil der Linken ist Daniel Cohn-Bendit damit inzwischen endgültig von „Dany dem Roten“ zu „Dany dem Braunen“ geworden. *bob*

BILD: PICTURE ALLIANCE/ZUMAPRESS.COM/WIKTOR DABKOWSKI

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen befindet sich in der Interessenszwickmühle und damit im klimapolitischen Zwiespalt

EU-PARLAMENT

Brüssels Rettungsversuch zum „Clean Industrial Deal“

Ursula von der Leyen versucht sich im gewagten Interessen-Spagat zwischen grünem Klima-Ehrgeiz und Machbarkeit für Industrie und Wirtschaft

VON HERMANN MÜLLER

Egal ob „Sofortprogramm“, „Regierungsprogramm“ oder „Wirtschaftswende“ - im Wahlkampf zum neuen Bundestag haben fast alle Parteien versucht, mit dem Thema Wirtschaft zu punkten. Über wichtige Weichenstellungen auf diesem Gebiet wird aber längst nicht mehr in Berlin entschieden – sondern in Brüssel.

Dort wird die EU-Kommission bald ihre Vorstellungen zum „Clean Industrial Deal“ vorlegen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will damit den Spagat schaffen, an der bisher verfolgten „Klimapolitik“ festzuhalten und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu sichern.

Die Kritik am Green Deal war bereits vor der Europawahl im Mai 2024 laut geworden. Vor allem die Industrie und Stimmen in der Europäischen Volkspartei, der Partei von der Leyens, bemängelten, der Versuch, die EU bis 2050 „klimaneutral“ zu machen, sei zu ehrgeizig. Echte Wut schlug der EU bei den EU-weiten Massenprotesten der Landwirte entgegen.

Mittlerweile hat sich die Lage zugespitzt. Die EU-Kommission warnte vor wenigen Wochen selbst, die Wirtschaftslage in Deutschland und neun weiteren EU-Ländern sei so schlecht, dass dies negative Folgen für die ganze EU haben könnte. EU-Wirtschaftskommissar Valdis Dombrovskis mahnte sogar an: „Wir müssen dringend handeln.“ Aus Sicht des Letten steht die EU vor „schwerwiegenden strukturellen Herausforderungen, die unseren langfristigen Wohlstand bedrohen“. Tatsächlich vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht irgendwo in Europa eine Werksschließung oder Entlassungen ankündigt werden. Obendrein hat US-Präsident Trump angekündigt, Zölle auf Importe aus mehreren Ländern einzuführen. Frankreich will darauf mit einer harten Antwort reagieren. Damit kündigte sich auch noch ein Handelskrieg zwischen den USA und der EU an.

Klimaneutralität unwirtschaftlich

Von der Leyen hatte bereits im Juli 2024 angekündigt, innerhalb der ersten 100 Tage ihrer neuen Amtszeit einen „Clean Industrial Deal“ für eine klimafreundliche Industrie vorzulegen. Angedeutet hat sie bereits die Möglichkeit, Leitmärkte für „klimafreundlich“ hergestellte Produkte, etwa Stahl oder Zement, zu schaffen. Hebel dazu könnten Vorschriften sein, solche „grünen“ Produkte etwa über Produktverordnungen zur Pflicht zu machen. Frankreichs Regierung schwebt wiederum vor, bei staatlichen Ausschreibungen Vorgaben zu „klimafreundlichen Produkten“ zu machen. In einem Positionspapier zum „Clean Industrial Deal“ hat Frankreichs Führung auch die Möglichkeit genannt, Vorgaben zum Kauf europäischer Produkte zu erlassen. Faktisch bedeutet dies ein Abkoppeln vom Weltmarkt und einen Rückgriff auf einen in Frankreich traditionell bevorzugten Protektionismus.

Hinter der Idee von „grünen Leitmärkten“ steht die Absicht, Herstellern Marktperspektiven zu schaffen. Bislang rechnet es sich nämlich für viele Unternehmen nicht, auf „klimafreundliche“ Produktion umzustellen. Bei einer Umfrage des Institut der Deutschen Wirtschaft (IW Köln) unter 550 deutschen Produktionsunternehmen gab 2024 lediglich ein Drittel der Befragten an, der Übergang zur „klimaneutralen“ Produktion sei für sie bereits gängig. Zwei Drittel sahen dagegen ihr Geschäftsmodell durch notwendige Preiserhöhungen gefährdet. Befürworter der Idee von Leitmärkten, etwa Stahlhersteller, argumentieren, dass erst eine sichere Nachfrage erforderlich sei, um in entsprechende Produktionsstätten zu investieren.

Angst um Wettbewerbsfähigkeit

Mit der Schaffung von Leitmärkten ist allerdings die Kostenfrage noch nicht gelöst. Zement oder Stahl, die unter Vermeidung von CO_2-Emmissionen hergestellt werden, gehen mit höheren Produktionskosten einher. Das bedeutet Preiserhöhungen für die Verbraucher. Betroffene Unternehmen müssen zudem damit rechnen, dass sie auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig sind, wenn ihnen die Politik kostentreibende Produktionsverfahren aufzwingt. Resultat könnte die dauerhafte Subventionierung solcher Produkte in der EU sein.

Kurt Vandenberghe, Leiter der Generaldirektion Klima in der EU-Kommission, räumte bereits ein, dass sich die Entscheidungsträger der EU und die Mitgliedstaaten wohl auf eine „große Debatte über die Finanzierung“ zubewegen.

Angekündigt hat die EU-Kommission die Präsentation des „Clean Industrial Deal“ für den 26. Februar. Egal, ob Absicht oder Zufall, die Kommission legt ihre Vorstellungen zur künftigen Wirtschaftspolitik in Europa damit kurz nach der Bundestagswahl vor. So bleibt es einigen deutschen Politikern vermutlich erspart, dass sie von Bürgern angesprochen werden, warum sie Wahlaussagen zur Wirtschaft machen, während die wichtigen Punkte ohnehin in Brüssel festgelegt werden.

INTERNATIONALER HANDEL

Warnschuss vor Trumps Grönland-Ambitionen

Dänemark erlaubt Gazprom plötzlich an Nord Stream-Leitungen zu arbeiten

Dänemarks Energieverwaltungsbehörde hat der zum Gazprom-Konzern gehörenden Nord Stream 2 AG die Erlaubnis erteilt, Erhaltungsmaßnahmen an den Leitungen der beiden Nord Stream-Pipelines vorzunehmen. Durch einen Anschlag im September 2022 sind die beiden Rohre der Gas-Pipeline Nord Stream 1 sowie eines der beiden Rohre von Nord Stream 2 so stark beschädigt worden, dass über sie kein Erdgas nach Deutschland geliefert werden kann. Bei den von Dänemark genehmigten Arbeiten geht es um das Verschließen der durch den Sprengstoffanschlag offenen Rohrenden. Experten gehen davon aus, dass die beschädigten Pipelines derzeit noch in einem Zustand sind, in dem sie repariert werden können.

Offiziell begründete die dänischen Energieagentur die Genehmigung der Arbeiten an den beschädigten Pipelineröhren mit der Absicht, die Umwelt zu schützen. Demnach soll durch das Verschließen der Röhren ein weiterer Gasaustritt verhindert werden. Laut Schätzung befinden sich noch bis zu zehn Millionen Kubikmeter Gas in den Leitungen.

Einige Kommentatoren sehen hinter der Entscheidung der dänischen Behörde einen politischen Schachzug. US-Präsident Donald Trump hat ganz offen großes Interesse an einer Übernahme Grönlands durch die USA bekundet. Trump schloss dabei auch die Anwendung militärischer Mittel nicht aus. Grönland ist offizieller Teil des Königreichs Dänemark.

Die überraschende Genehmigung zu Wartungsarbeiten für die Gazprom-Tochter könnte vor diesem Hintergrund tatsächlich ein Warnschuss Dänemarks an die Adresse des US-Präsidenten sein. Gemäß dieser Interpretation deuten die Dänen mit ihrer Genehmigung für das Gazprom-Unternehmen an, dass sie bei einer Zuspitzung des Streits um Grönland notfalls auch aus der westlichen Sanktionsfront gegen Russland ausscheren können. Möglicherweise ist Dänemarks Schritt aber auch Teil einer Kehrtwende in der Sanktionspolitik der EU insgesamt.

Ende Januar berichtete die „Financial Times“, dass EU-Beamte überlegen, als Teil eines Friedensplans für die Ukraine die Sanktionen gegen russisches Pipelinegas wieder aufzuheben. Die Idee ist dabei, Russland ein Ende der Sanktionen in Aussicht zu stellen, um die Führung im Kreml an den Verhandlungstisch zu bringen und zur Einhaltung eines Waffenstillstands zu bewegen. Gleichzeitig würden die EU-Mitgliedsländer profitieren, weil ihre hohen Energiekosten wieder sänken. Laut dem Bericht der „Financial Times“ wird die Idee, die Wiederaufnahme von russischen Gaslieferungen mit einer Friedenslösung für die Ukraine zu koppeln, von einigen deutschen und ungarischen Beamten in Brüssel befürwortet und auch von Regierungsvertretern in anderen EU-Ländern unterstützt.

Die Zeitung zitiert einen nicht namentlich genannten EU-Beamten: „Einige große Mitgliedstaaten verspüren den Druck bei den Energiepreisen, und dies ist natürlich eine Möglichkeit, diese zu senken.“ Berichtet wird auch, dass Beamte und Diplomaten einiger osteuropäischer Länder auf die ersten Gespräche über die Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen erzürnt reagiert hätten. *H.M.*

MELDUNGEN

TurkStream meldet Rekord

Anapa – Da die Ukraine den Transit von russischem Gas über ihr Territorium zum Jahresbeginn 2025 untersagt hat, profitiert nun die von der russischen Stadt Anapa durch das Schwarze Meer ins türkische Kiyiköy führende Gaspipeline TurkStream, da Russland sein Pipelinegas jetzt nur noch über die Türkei nach Europa liefern kann. Im Januar verbuchte TurkStream laut „Reuters“ ein Rekordhoch von knapp 51 Millionen Kubikmetern in den Westen gelieferten Gases pro Tag gegenüber knapp 40 Millionen Kubikmetern im Vorjahresmonat. 1,57 Milliarden Kubikmeter russisches Gas gelangten auf diesem Weg im Januar insgesamt nach Europa, im Dezember waren es noch 1,54 Milliarden Kubikmeter. Im vergangenen Jahr hatten die russischen Pipelineexporte nach Europa gegenüber 2023 um 13 Prozent auf 32 Milliarden Kubikmeter zugenommen, worin auch der Transit über die Ukraine enthalten war. Berichten zufolge wird Kiew sich auch über TurkStream mit russischem Gas versorgen müssen. *MRK*

EU-Dünge-Zoll gegen Russland

Brüssel – Die Europäische Kommission hat Ende Januar einen Vorschlag zur Einführung von Strafzöllen auf Dünger aus Russland und Weißrussland vorgestellt. Laut dem Vorschlag der Kommission sollen die Zölle für Düngemittel über eine Zeitspanne von drei Jahren von derzeit 6,5 Prozent auf 100 Prozent steigen. Für die Sanktionen hatten sich die Düngemittelindustrie in der EU sowie die nordischen und baltischen EU-Staaten eingesetzt. Andere Staaten befürchten allerdings einen Anstieg der Produktionskosten im Agrarbereich. Auch COPA und COGECA, die beiden großen landwirtschaftlichen Dachverbände europäischer Landwirte, warnen, dass die geplanten Zölle die Kosten bereits in der nächsten Saison in die Höhe treiben werden und den ohnehin schwächelnden Agrarsektor zusätzlich unter Druck setzen dürften. Die EU-Kommission hat Landwirten Ausgleichsmaßnahmen versprochen, falls die Düngerpreise ansteigen sollten. *H.M.*

West-Firmen als Steuerzahler

Moskau – Laut dem US-Magazin „Newsweek“ sind US-amerikanische Unternehmen die größten ausländischen Steuerzahler in Russland. Im Jahr 2023 entrichteten sie insgesamt 1,2 Milliarden US-Dollar an Gewinnsteuern. Mit 693 Millionen Dollar stehen deutsche Firmen an zweiter Stelle, gefolgt von österreichischen mit 579 Millionen Dollar. Zu den größten US-Steuerzahlern in Russland gehören der Zigarettenproduzent Philip Morris International (220 Millionen Dollar) und die Lebensmittelkonzerne PepsiCo (135 Millionen Dollar) und Mars (99 Millonen Dollar). Zu den größten deutschen Steuerzahlern in Russland zählt Sportartikelhersteller Adidas. Er zahlte 2023 gut 42 Millionen US-Dollar Gewinnsteuern an den russischen Staat, obwohl er laut eigenen Angaben seine Geschäftstätigkeiten in Russland fast vollständig eingestellt hat. *MRK*

ANALYSE

Francos langer Schatten

BODO BOST

Nach einem dreijährigen Bürgerkrieg (1936–1939), der mehrere hunderttausend Tote forderte, regierte General Francisco Franco, der damals mit dem deutschen NS-Regime verbündet war, Spanien 36 Jahre lang mit eiserner Hand. Die Feierlichkeiten zum 50. Todestag des Diktators und zum Beginn des Übergangs zur Demokratie 1975, eine Initiative der linksgerichteten Regierung, spalten die politische Klasse Spaniens bis heute.

Die rechte Opposition beschloss, die erste der von der Exekutive unter Ministerpräsident Pedro Sánchez organisierten Feierlichkeiten zu boykottieren, was verdeutlicht, dass die Wunden fast ein halbes Jahrhundert nach dem Ende der Diktatur noch nicht verheilt sind. Ministerpräsident Sánchez, ein Sozialist, hatte die Initiative des Gedenkjahres erst im Dezember angekündigt und erklärt, ihr einziges Ziel sei es, die „große Transformation“, die in diesem halben Jahrhundert der Demokratie erreicht wurde, hervorzuheben. Er wies darauf hin, dass „unsere Straßen, Schulen, Universitäten und Museen“ zum Schauplatz werden würden. Das vollständige Programm wurde allerdings noch nicht veröffentlicht.

Boykott durch einen Teil der politischen Klasse

Die erste Zeremonie unter dem Vorsitz von Sánchez wird im Nationalmuseum Reina Sofía in Madrid stattfinden, in dem Pablo Picassos berühmtes Gemälde „Guernica“, eines der größten Symbole des Anti-Franco-Kampfes, ausgestellt ist. Die Initiative des Premierministers begeisterte den Rest der politischen Klasse jedoch eher nicht. Alberto Núñez Feijóo, der Vorsitzende der Volkspartei (PP), der größten rechtsgerichteten Oppositionspartei, ist der Ansicht, dass es sich um politischen Opportunismus handelt und dass das Programm nur dazu dient, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Problemen von Sánchez abzulenken. Das Programm stamme von einer Regierung, „die in ihrer Verzweiflung ständig in die Vergangenheit blickt“, sagte Feijóo, der sich entschlossen hatte, der Zeremonie fernzubleiben.

Die Sozialisten werfen der PP hingegen vor, dass sie 1976 von einem ehemaligen Minister Francos gegründet worden war. Die „Verzweiflung“, auf die sich Feijóo bezieht, ist eine Anspielung sowohl auf die Gerichtsverfahren wegen Korruption gegen mehrere Personen aus dem Umfeld von Sánchez, darunter seine Ehefrau, als auch auf seine schwierige politische Situation im Parlament, in dem er keine Mehrheit hat und um die Unterstützung kleinerer linksgerichteter Regionalparteien, die zum Teil aus Terrorbewegungen hervorgegangen sind, feilschen muss, um Gesetzesentwürfe durchzubringen.

Echte Erinnerung und falsche Amnestie

Wie die PP wird auch die rechte Partei Vox, die mit 33 Abgeordneten die drittstärkste Kraft im Land ist, die Zeremonie boykottieren. Kritik an der Initiative von Sánchez kam jedoch auch noch von der extremen Linken, die der Regierung vorwirft, dass Spanien ihrer Meinung nach bisher nicht viel für die Wiedergutmachung für die Opfer der Diktatur getan hätte.

Sánchez ließ 2022 ein „Gesetz der demokratischen Erinnerung“ verabschieden, das unter anderem die Einrichtung eines Registers der Opfer des Franquismus und die Entfernung von Symbolen der Diktatur vorsieht. Das Gesetz hat jedoch nicht dazu geführt, dass die noch lebenden Folterer vor Gericht gestellt werden, da sie von dem Amnestiegesetz profitieren, das während des Übergangs zur Demokratie verabschiedet wurde.

Francos politisches Erbe und der Bürgerkrieg spalten nach wie vor die öffentliche Meinung in Spanien. Das liegt daran, dass das Ende der Diktatur in Spanien nicht brutal war, wie das Ende der deutschen, portugiesischen oder italienischen Diktaturen. Außerdem hatte sich Franco einst strikt geweigert, Truppen für Hitler und seinen Vernichtungsfeldzug zur Verfügung zu stellen, dadurch blieb dem Land im Süden Europas viel Leid erspart. Franco starb am 20. November 1975 im Alter von 82 Jahren nach einem langen Todeskampf friedlich in einem Madrider Krankenhaus. Zwei Jahre später feierte Spanien demokratische Wahlen, und 1978 wurde die aktuelle Verfassung in einem Referendum angenommen. Eine offene Vergangenheitsbewältigung hat man jedoch seither immer wieder verschoben.

BILD: PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS/NICK WASS

Groß, größer, riesig – das Star-Spangled Banner der USA bedeckt das komplette NFL-Spielfeld beim American Football

LEITARTIKEL

So feiert sich eine Nation

JENS EICHLER

Am letzten Montag war es wieder so weit: Der Super Bowl fand statt. Beim weltgrößten Sportereignis, dem Endspiel im American Football, schalteten weltweit wieder über 180 Millionen Menschen den Fernseher ein. Über 62 Millionen waren es außerhalb der USA – auch in Ländern, wo Football gar nicht so verbreitet und beliebt ist wie in den USA. Vielleicht, weil Sport hierbei nur eine Seite der Medaille ist. Die andere ist Show und Pathos. Pathos, der ansteckt und selbst diejenigen stolz macht, die gar keine US-Amerikaner sind. Denn keine Nation feiert sich so gekonnt, inbrünstig und opulent wie es die USA tun. Mit allem, was dazu gehört und einer Nation wie Deutschland beinahe fremd ist – weil es über Dekaden hinweg regelrecht aberzogen wurde!

Da wird eine gigantische US-Flagge über das ganze Spielfeld ausgerollt, Thunderbirds der US Air Force fliegen donnernd übers Stadion und malen in den Himmel die US-Farben Rot, Weiss und Blau. Es ertönen die Hymnen „America, the beautiful“ und natürlich die US-Nationalhymne. Beides gesungen von echten Mega-Stars – ohne Gage. Natürlich fehlerfrei und nicht mit peinlichen Texthängern wie 2005 bei Sarah Conner. In der Halbzeit wird ein Feuerwerk der Superlative abgebrannt. Mit dabei noch größere Superstars. Honorar? Von wegen! Die Stars reißen sich darum, zu Ehren ihres Landes kostenlos aufzutreten.

Super Bowl – das ist USA pur. Ein 30-Sekunden-Werbespot kostet rund acht Millionen US-Dollar. Und die Clips werden alle in der Regel Renner und im Internet millionenfach erneut angeklickt. Weil sie lustig sind, unterhaltsam und den Nerv des Publikums treffen. Der Endverbraucher weiß, warum er danach ein Produkt kauft. Nicht wie in Deutschland, wo mittlerweile jedes Waschmittel von einem Mann, Waschmaschinen nur noch von doof grinsenden Typen bedient werden, die woanders auch gleich noch den Besen schwingen. Denn Hausarbeit ist in Deutschland reine Männerangelegenheit. War es früher ungerechterweise reine Frauensache, läuft’s nun andersherum. Nicht besser, nur anders. Familien sind gefühlt nur noch als Patchwork-Truppe zu sehen, mit stets einem „People-of-colour-Quoten-Kind“, oder doch gleich ein schwules Pärchen mit buntem Babyglück. Hauptsache keine „normale“ Familie. Divers ist Pflicht in der medial grünen antideutschen Republik. Auf diesen falschen Pfad hat sich die US-Biermarke Budweiser 2023 auch kurz begeben. Man wollte „in“ sein – und war dann „out“. Denn nach dem Spot mit einer Transgender-Influencerin brach der Umsatz ein. Danach hieß das Motto in der US-Werbeindustrie: Go woke, go broke (Wirb woke und du gehst kaputt!). Vorbei sind diese Woke-Dummheiten. Es ist und bleibt eine nervtötende Randerscheinung und kein breites Gesellschaftsphänomen. Auch wenn es linksgrüne Agitatoren noch nicht wahrhaben wollen und deutsche Medien mitmachen.

In den USA ist man stolz auf sein Land – trotz Vietnam, trotz Schulden, trotz Problemen, trotz Rassismus, trotz Armut und trotz vieler Fehler, die diese großartige Nation zweifelsohne hat. Trotzdem ist man stolz – oder vielleicht deswegen? Wie gut würde uns in Deutschland so ein „trotzdem“ auch endlich einmal tun.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:
Commerzbank AG,
IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01,
BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

PORTRÄT

Die erste Frau von Mexiko

„Kontinuität mit eigener Handschrift“ – so lautet Motto von Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum Pardo, die am 1. Oktober 2024 zu Mexikos erstem weiblichen Präsidenten gewählt wurde.

Sie selbst sieht sich als eine moderne fortschrittliche Frau, die sich den Problemen der Umwelt, der Frauen und der sozialen Gerechtigkeit annehmen will. Hierbei hat sie angekündigt, die bisher durchaus erfolgreiche Sozialpolitik ihres Vorgängers und Parteikollegen Andrés Manuel López Obrador weiterführen zu wollen.

Und wenn es um die Umwelt geht, hat Mexiko durchaus so manches Problem zu lösen – von der schlechten Luftqualität, die allein Mexiko-Stadt nahezu täglich in einen dichten Smognebel hüllt, bis zu Mülldeponien, die in ihrer Größe nicht mehr zu bewältigen sind. Auch die mangelhafte Wasserversorgung des Landes stellt ein immer größeres Problem dar. Insofern ist der Akzent auf Umweltpolitik in der zweitgrößten Volkswirtschaft Lateinamerikas mehr als gerechtfertigt.

Aktuell aber hat sie mehr mit ihrem nördlichen Nachbarn und dessen Präsidenten zu kämpfen. Denn in Donald Trump hat sie vor allem einen erbitterten Gegner, der Mexiko primär wegen der illegalen Einwanderer in die USA mit heftigen Strafzöllen belegen will. Doch bisher weiß sich die mitte-links stehende Sozialdemokratin, die Nachfahrin von um 1920 aus Litauen eingewanderten säkularen Juden ist, erfolgreich zu wehren. Gegenüber Trump zeigte sie sich als zähe und extrem hartnäckige Verhandlerin, die in angeblich stundenlangen Telefonaten den US-Präsidenten vorerst von den schädlichen Strafzöllen abgebracht haben soll – jedenfalls vorerst für einen Monat. Trump wirft Mexiko vor, die eigenen Grenzen zu wenig zu schützen und die USA mit der verheerenden Droge Fentanyl durch brutale Kartelle zu fluten. Sheinbaums Taktik: Verständnis zeigen, Maßnahmen in Aussicht stellen, Pläne ankündigen und ganz nach kluger Frauentaktik Trump als Sieger dastehen lassen, was ihn vor seinen Wählern glänzen lässt. Echt schlau, diese Frau! *Jens Eichler*

BILD: WIKIMEDIA

Claudia Sheinbaum Pardo ist Mexikos erste Frau im Präsidentenamt

Immer der Mutter Natur nach

Bunt und geschwungen wie die Botanik – Vor 25 Jahren starb der österreichische Visionär Friedensreich Hundertwasser

VON STEPHANIE SIECKMANN

BILD: IMAGO/IMAGEBROKER

Eingebettet in die hügelige Natur: Die Hundertwasser-Therme Rogner Bad Blumau mit ihren bunten Hotelfenstern

Ein Gegner der geraden Linie – so könnte man Friedensreich Hundertwasser bezeichnen. Seine Werke sind geprägt von einer Linienführung, die rechte Winkel so weit wie möglich vermeidet und die das Runde feiert. Sowohl seine Bilder und seine Graphiken, seine Tapisserie wie auch seine Architektur feiern das Gebogene und Ungerade. Doch Hundertwasser, als Friedrich Stowasser am 15. Dezember 1928 in Wien geboren, war weitaus mehr als ein Architekt und Künstler.

Ähnlich wie der Spanier Antonio Gaudi (1852–1926), der Schöpfer der Basilika Sagrada Família von Barcelona, erhob Hundertwasser die gebogene Linie zu seinem Prinzip in der Architektur. Beide Männer sahen die Natur als Vorbild für ihre Arbeit. Gaudi formulierte seine Philosophie mit den Worten: „In der Natur gibt es keine geraden Linien oder scharfen Ecken. Daher sollten Gebäude auch keine haben.“ Hundertwasser folgte dem gleichen Prinzip, er wird mit den Worten zitiert: Die gerade Linie ist gottlos.

Durch und durch Künstler, strebte Friedrich Stowasser nach größtmöglicher Freiheit im Ausdruck. Der Lehrplan der Wiener Akademie für bildende Künste erschien ihm zu starr, zu einengend – Hundertwasser brach seine Ausbildung deshalb nach wenigen Monaten ab. Er nahm sich persönliche Freiheiten heraus: Während seiner Ausbildung an der Hochschule änderte er seinen Namen in Friedrich Hundertwasser. Die Änderung des Vornamens von Friedrich zu Friedensreich erfolgte deutlich später, und zwar während seiner Zeit in Japan.

Seine Suche nach Inspirationen, sein Interesse an Natur und Ökologie, führten ihn immer wieder in ferne Länder. Waren es zunächst Begegnungen in Italien und Frankreich, wo er zeitweilig lebte, führten ihn seine Wege später nach Marokko, Tunesien, Japan, Kalifornien und Neuseeland. Seine Reisen prägten sein Leben. Neben Deutsch und Englisch sprach er Französisch, Italienisch, zudem etwas Japanisch, Russisch und Arabisch.

Hundertwasser entwickelte einen einzigartigen Stil, geprägt von organischen Formen, Spiralen und kräftigen, bunten Farben. Doch ging es ihm keineswegs nur um Farbe und Form. Er legte bei seinen Architekturentwürfen großen Wert auf ökologische Bauweise und Nachhaltigkeit. Eine Überzeugung, der er Zeit seines Lebens treu blieb und die er konsequent lebte. Hundertwasser setzte sich vehement für die Ökologie, den Naturschutz, den Erhalt des Regenwaldes und die Rettung der Meere ein, hielt Vorträge zum Naturschutz und forderte ein Leben im Einklang mit den Gesetzen der Natur.

Er selbst wohnte bescheiden. Ökologisch musste sein Wohnhaus sein, das war sein Anspruch. Eingebettet in die Natur, wenn möglich in ihrer ursprünglichen Form. Zeitweise lebte er auf einem Bauernhof im Norden Frankreichs. Später zog er in das niederösterreichische Waldviertel, wo heute ein Wanderweg zu verschiedenen Stationen führt, die von Hundertwasser gestaltet und geprägt wurden.

Im Jahr 1973 führte ihn eine Reise nach Neuseeland, wo er das vorfand, wonach er lange gesucht hatte: eine Möglichkeit seinen Traum zu verwirklichen. Hundertwasser erwarb rund 370 Hektar Land, das er mit 100.000 einheimischen Bäumen bepflanzte. Für seinen Wohnbereich nutzte er Solarkollektoren und Windkraft zur Erzeugung von Energie. Auch das Abwasserproblem löste er visionär – mit einer Humustoilette. Damit war der Künstler seiner Zeit weit voraus und kann als Visionär und Pionier in diesem Bereich der Sanitärtechnik betrachtet werden.

Tod vor Australien

Doch bekannt wurde er nicht als Vorreiter einer ökologischen Lebensführung, sondern als Künstler und Architekt, der Häusern durch geschwungene Linien ein besonderes Aussehen verlieh. Zu seinen bekanntesten Architekturwerken gehört das nach ihm benannte Hundertwasser-Haus in Wien. Der soziale Wohnbau mit der auffällig unregelmäßigen Fassade und den bepflanzten Dächern ist eines der meistfotografierten Häuser in Wien.

Mit seiner Vorliebe für die Gestaltung von Nutzgebäuden brachte sich Hundertwasser auch beim Gymnasium in der Lutherstadt Wittenberg ein und drückte einer Markthalle in der Schweiz seinen stilistischen Stempel auf. Der Bahnhof im norddeutschen Uelzen, der anlässlich der Expo im Jahr 2000 umgestaltet wurde, zählt ebenfalls zu den bekannten Werken des Österreichers.

Die öffentlichen Toiletten, die Hundertwasser im neuseeländischen Kawakawa erbaute, sind dagegen weit weniger bekannt. Das Müllverbrennungs- und Fernheizwerk Spittelau wurde durch seine künstlerische Gestaltung zu einem Wahrzeichen von Wien. Die Autobahnraststätte Bad Fischau (1990) und die Kindertagesstätte in Frankfurt-Heddernheim stattete Hundertwasser zwischen 1988 und 1995 mit begrünten Dächern aus. Damals visionär, heute zeitgemäß.

Hundertwassers Ideen sind aktuell wie nie. Vieles, was er im Laufe seines Lebens entwickelte und in seinen architektonischen Projekten zum Einsatz brachte, sehen wir heute als gutdurchdachte Lösungen für Probleme an. Sogenannte Nachhaltigkeit, ökologische Bauweise und Umweltbewusstsein sind ohne Frage zentrale Themen der Zeit.

Hundertwassers Ausspruch „Wenn wir die Natur zerstören, zerstören wir uns selbst“ gilt heute mehr denn je. Seine Vision einer harmonischen Verbindung von Mensch, Kunst und Natur ist heute aktuell wie nie zuvor. Der Todestag des Künstlers jährt sich in diesem Monat zum 25. Mal. Ironischerweise starb Hundertwasser über dem Wasser, nämlich am 19. Februar 2000 an Bord des Kreuzfahrtschiffs „Queen Elizabeth 2“ vor Brisbane.

AUSSTELLUNG

Ein „Kind des Meeres“

Partnerin John Lennons – Düsseldorf stellt die Künstlerin Yoko Ono vor, die im Februar Geburtstag hat

Im Japanischen bedeutet das Wort „Yoko“ „hübsches Kind“, aber auch „Kind der Sonne“ oder „Kind des Meeres“. Die japanische Künstlerin Yoko Ono bevorzugt letztere Version. Weltweit bekannt und berühmt wurde das „Kind des Meeres“ durch die Ehe mit dem Sänger und Komponisten John Lennon. Am 20. März 1969 heiratete Yoko den damals noch 28-jährigen „Beatle“ im britischen Gibraltar.

Doch nicht erst durch diese Ehe ist sie bekannt geworden. Die gebürtige Tokioterin, die am 18. Februar ihren 92. Geburtstag feiern wird, hatte sich nämlich schon Anfang der 1960er Jahre in der Kunstszene von New York und in London einen Namen als Künstlerin der sogenannten „Fluxusbewegung“ und als Konzeptkünstlerin gemacht.

Werke dieser Kunstrichtung kann man sich nicht zu Hause an die Wand hängen oder ins Zimmer stellen. Die räumlich und zeitlich begrenzten (vergänglichen) Aktionen (Performances) und „Happenings“ werden aber mit Fotos und Videos unbeteiligten Zeitgenossen und der Nachwelt zugänglich gemacht.

Auch die 200 Werke umfassende Ausstellung „Music of the mind“ (Musik des Geistes) der Kunstsammlung NRW/K20 in Düsseldorf zeigt einige der frühen Aktionen Yoko Onos. Zum Beispiel das Video „Cut Piece“ (Schneide-Stück) von 1964. Eine Frau sitzt auf dem Boden, und nach und nach treten einige Frauen und – deutlich mehr – Männer mit einer Schere an sie heran. Dabei zerschneiden sie gemeinsam ihre Kleidung. Manchmal zaghaft, manchmal beherzt werden Teile der Bluse und schließlich auch der BH weggeschnitten. Schamhaft bedeckt die Frau am Ende ihre entblößten Brüste. Ono prangerte damals damit sehr subtil die Gewalt gegen Frauen an.

BILD: CLAY PERRY

„Yoko Ono mit Glass Hammer“, 1967

Der Film No. 4, „Bottoms“ (Hintern, vulgo „Ärsche“) von 1966/67, zeigt in Dauerschleife 200 Gesäße. Nicht mehr und nicht weniger. Obwohl das ermüdend langweilige Video nicht sexistisch ausgelegt ist, wurde es zensiert und war in Großbritannien zeitweise verboten.

Mit ihrem Ehemann John Lennon setzte sich Yoko Ono engagiert für Frieden und Humanität ein. Damals tobte noch der Angriffskrieg der USA gegen Vietnam. Geschichte schrieb damals der weltweit verbreitete Lennon-Song „Give peace a chance“. Er wurde zu einer Art Hymne der Friedensbewegung. Das Lied entstand während einer legendären „Bed-In for peace“-Aktion. Ono und Lennon legten sich 1969 eine Woche lang in einem Hotelzimmer im kanadischen Montreal ins Bett. Begleitet von Journalisten und Kameras warben sie für Frieden. Onos Licht-Installation „Peace is power“ (Frieden ist Stärke) von 2017 wird während der Ausstellung auf die Museums-Fassade projiziert.

Auch als Musikerin machte sich Yoko Ono einen Namen. Die „Plastic Ono Band“ mit John Lennon produzierte Pop-Musik. Später, nach der Ermordung John Lennons am 8. Dezember 1980, wandte sich Ono mehr und mehr der „Music for the mind“ (Musik für den Geist) zu, „ganz ohne Ton, alle saßen herum und stellten sich Klänge vor“. *Siegfried Schmidtke*

● Yoko Ono. Music of the Mind (bis 16. März). Kunstsammlung NRW, K20, Grabbeplatz 5, 40213 Düsseldorf, Eintritt: 16 Euro, ermäßigt 14 Euro; Katalog: 42 Euro. Die Ausstellung wandert anschließen nach Berlin und ist im Gropius-Bau vom 11. April bis 31. August zu sehen
www.kunstsammlung.de

● MELDUNG

Kandinskys Abstraktionen

Potsdam – Das Museum Barberini am Alten Markt präsentiert vom 15. Februar bis zum 18. Mai die Ausstellung „Kosmos Kandinsky. Geometrische Abstraktion im 20. Jahrhundert“. Die Schau macht die Verbindungslinien zwischen Strömungen geometrisch-abstrakter Kunst wie Konstruktivismus, De Stijl oder Optical Art deutlich und nimmt den russischen Maler Wassily Kandinsky (1866–1944) als Zentralfigur der expressionistischen Abstraktion in den Fokus. Die Ausstellung schlägt einen Bogen über sechs Jahrzehnte und zeigt, wie die Geometrische Abstraktion in all ihren Spielarten in Europa und den USA immer wieder einen neuen Ausdruck fand. Im Museum Barberini sind 125 Werke von 70 Künstlern zu sehen, darunter neben zwölf Gemälden Kandinskys auch Arbeiten von Josef Albers, Sonia Delaunay, Barbara Hepworth, El Lissitzky, Agnes Martin, Piet Mondrian, Bridget Riley, Frank Stella und Victor Vasarely. Informationen im Internet: www.museum-barberini.de *tws*

DDR

Heldenkult im Sozialismus

Vor 50 Jahren starb der vom SED-Regime zum Helden der Aktivistenbewegung erkorene Hauer Adolf Hennecke

VON HEIDRUN BUDDE

Eine Partei- und Staatsführung und ihr Held: Der SED- und DDR-Chef Walter Ulbricht (M.) mit seinem Nachfolger Erich Honecker (l.) und Adolf Hennecke bei einem Empfang anlässlich des 20. Jahrestages der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der DDR im Jahr 1968

Foto: ullstein bild

Möchte die politische Führung das Bruttosozialprodukt steigern, besteht eine Möglichkeit darin, der Bevölkerung vor Augen zu führen, dass sie noch viel fleißiger sein, noch viel mehr arbeiten könnte, wenn sie denn nur wollte. Zur Veranschaulichung bieten sich Werktätige an, die öffentlichkeitswirksam ihre Arbeitsnorm um ein Mehrfaches übererfüllen. In Josef Stalins Vaterland der Werktätigen übernahm diese Aufgabe Alexeij Stachanow. Vor knapp 90 Jahren, am 31. August 1935, förderte der Bergmann als Hauer in einem Steinkohlenbergwerk im Donezbecken mit 102 Tonnen Kohle in einer Schicht das 13-Fache der damals gültigen Arbeitsnorm.

Nachdem Mitteldeutschland als Folge des Zweiten Weltkrieges Bestandteil des sowjetischen Machtbereichs geworden war, wurde dort getreu dem Motto „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!“ versucht, diese Methode zu kopieren. Bei der Kopie übernahm die Rolle des Sowjetmenschen Stachanow der Deutsche Adolf Hennecke. Im Karl-Liebknecht-Schacht des Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers baute der gebürtige Westfale am 13. Oktober 1948 in einer gut vorbereiteten Schicht statt der üblichen 6,3 Kubikmeter 24,4 Kubikmeter Kohle ab. Das war zwar nicht wie bei Stachanow das 13-Fache, aber doch immerhin mehr als das Vierfache. Dass der neu gekürte Held nur ein Ersatzmann für Franz Franik war, der diese Politinszenierung aus Sorge um die Reaktionen seiner Kollegen auf einen Normbrecher ablehnte, fand keine Erwähnung. Auch die technisch besseren Voraussetzungen blieben unerwähnt.

Sowjetisches Vorbild

Was folgte, war nun eine analog zur Stachanow-Bewegung in der UdSSR Hennecke-Bewegung genannte Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der SBZ. Hennecke wurde mit Orden überhäuft. So erhielt er noch im Gründungsjahr der DDR 1949 als einer der Ersten den Nationalpreis der DDR I. Klasse. 1964 kam die bedeutendste und am höchsten dotierte Auszeichnung der DDR, der 1953 gestiftete Karl-Marx-Orden, hinzu. Den 1954 gestifteten Vaterländischen Verdienstorden in Gold bekam er gleich zweimal, 1965 und 1970. Schulen und Straßen wurden nach ihm benannt. Der 13. Oktober war fortan der „Tag der Aktivisten“.

Heldenverehrung, verbunden mit einer unglaublichen Flut an Orden und Titeln, war ein fester Bestandteil der DDR-Politik. Ein politisches Regime, das seinen Bürgern materiell nicht viel bieten konnte, musste einen idealistischen Ausgleich schaffen, um die Masse ruhig zu stellen. Dafür wurden Helden gebraucht, die politisch nützliche Botschaften verkündeten. Im Kern ging es darum, das von Moskau aufgezwungene politische System mit solchen inszenierten Aktionen zu legitimieren. Den Menschen wurde suggeriert, dass alle Entbehrungen für den Aufbau einer besseren Gesellschaft erforderlich seien.

Abgesehen von Zeitgenossen wie Adolf Hennecke oder Josef Stalin wurden auch gerne historische Persönlichkeiten, die sich gegen eine Vereinnahmung nicht mehr wehren konnten, in den Mittelpunkt gestellt, wie beispielsweise Karl Marx. Die Heldenverehrung dieses Mannes kannte keine Grenzen. Jeder Student, egal, ob er Zahnarzt, Ingenieur oder Jurist werden wollte, musste einen erfolgreichen Abschluss im Fach „Marxismus-Leninismus“ (umgangssprachlich „ML“) vorweisen. Marx war allgegenwärtig, als Denkmal, Straßenname, Schiffsbezeichnung, und sogar eine ganze Stadt war nach ihm benannt, das vormalige und heutige Chemnitz.

In einem Schreiben der SED-Bezirksleitung Rostock, Abteilung Agitation/Propaganda, vom 30. Juni 1982 mit dem Vermerk „Persönliche Verschlußsache“ heißt es zum gebürtigen Westdeutschen und Preußen: „Am 14. März 1983 jährt sich zum 100. Mal der Todestag von Karl Marx, und am 05. Mai 1983 begehen wir gemeinsam mit allen Kommunisten und den fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt die 165. Wiederkehr des Geburtstages des größten Sohnes des deutschen Volkes, des genialen Begründers des wissenschaftlichen Kommunismus, des hervorragenden Führers der deutschen und internationalen Arbeiterklasse, des glühenden Revolutionärs, des unermüdlichen Kämpfers für die Sache des Proletariats“. Die SED-Genossen schufen sich in ihrer Fantasie wieder einen „Führer“, den sie bejubeln konnten.

Instrumentalisierung der Medien

Keine staatliche Heldenverehrung funktioniert in einer modernen Massengesellschaft ohne Einbindung der Medien. Die völlig übertriebenen Lobeshymnen mussten in die Öffentlichkeit gebracht werden. Theoretisch hätte dieses Unterfangen der SED-Genossen am Widerstand der Medien scheitern können, denn im Artikel 27, Absatz 2 der dritten und letzten DDR-Verfassung aus dem Jahre 1974 hieß es: „Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.“ Doch zeigen die Akten heute auf, dass Theorie und Praxis weit auseinanderklafften. Die Medien erwiesen sich als willfährige Gehilfen des politischen Systems. Wenn SED-Genossen eine propagandistische Heldenverehrung wünschten, so war nicht die Frage, ob die Medien diesem Anliegen folgen wollten, sondern nur wie.

Die Allmacht der SED-Funktionäre erwählte Helden, beaufsichtigte deren Vermarktung, und wer sich willig einbinden ließ, hatte davon entsprechende Vorteile. Hennecke machte eine Karriere zum SED-Parteifunktionär. 1950 wurde er Mitglied der Volkskammer und später leitender Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission und Mitglied des Zentralkomitees der SED. Hennecke starb am 22. Februar 1975. Seine letzte Ruhestätte fand er auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin.

OPERATION GOLD

Spionagetunnel zwischen West- und Ost-Berlin

Vor 80 Jahren stellten die Westalliierten einen Geheimtunnel fertig, mit dem sie ostzonale Telefonleitungen anzapften

Vor 70 Jahren, am 25. Februar 1955, konnten der britische Auslandsgeheimdienst SIS (MI6) und dessen US-Pendant CIA den Rohbau eines 800 Meter langen Tunnels von Berlin-Neukölln nach Berlin-Treptow fertigstellen. Mit dessen Hilfe sollte das in Ost-Berlin im Zuge der Schönefelder Chaussee verlaufende Telefonkabel angezapft werden. Dieses verlief in einer Tiefe von nur 47 Zentimetern. Der Tunnel hingegen hatte eine Tiefe von etwa sechs Metern. Diese Tiefe sollte den Baulärm dämpfen, damit im wahrsten Sinne des Wortes nichts nach oben drang.

Vorbild dieser sogenannten Operation Gold war die ähnlich gestrickte Operation Silber, welche die Briten und US-Amerikaner unmittelbar nach Kriegsende im ebenfalls geteilten Wien durchgeführt hatten. Die Angloamerikaner versprachen sich davon Erkenntnisse, ob und gegebenenfalls wann die Sowjets und deren Verbündete einen Krieg gegen die NATO beginnen würden.

Die große Tiefe des Tunnels in Berlin war verlorene Liebesmüh. Denn als im August 1954 die Bauarbeiten begannen, hatte der sowjetische In- und Auslandsgeheimdienst KGB bereits Kenntnis von dem Unternehmen. Während des Zweiten Weltkrieges, als die Sowjetunion und Großbritannien noch verbündet waren, und schon davor hatte der KGB zahlreiche Doppelagenten, sogenannte Maulwürfe, bei den britischen Geheimdiensten installiert. Einer davon war George Blake. Schon während des Planungsstadiums informierte der hohe SIS-Mitarbeiter seinen KGB-Führungsoffizier über die Absicht des Baus eines Abhörtunnels. Blake war bei der entscheidenden Besprechung in London Protokollführer und übergab in einem Nahverkehrsbus der Metropole eine Kopie seinem Verbindungsoffizier Sergeij Kondraschow, der damals als 1. Botschaftssekretär an der sowjetischen Botschaft arbeitete. Obwohl der KGB also Bescheid wusste, unternahm er nichts. Einerseits sollte der Informant Blake geschützt werden. Andererseits bot die Abhöraktion dem Osten die Möglichkeit, dem Westen falsches Material zuzuspielen.

BILD: BUNDESARCHIV, BILD 183-37695-0020 / JUNGE, PETER HEINZ / CC-BY-SA 3.0

Nach der Aufdeckung zeigt ein Vopo der Presse die freigelegte Anzapfstelle

Nach der Fertigstellung des Tunnels wurde ein Schacht senkrecht nach oben gegraben und die technische Abhörausrüstung herbeigeschafft. Sprengladungen sollten im Falle einer überraschenden Entdeckung alles vernichten.

Am 11. Mai 1955 konnten erstmals die Kabel angezapft werden. Die abgehörten Gespräche wurden auf 50.000 Magnetbandspulen gespeichert und in London von 300 und in den USA gar von 350 Geheimdienstmitarbeitern ausgewertet.

1956 beendeten die Sowjets das Katz-und-Maus-Spiel. Damit im Westen nicht der Verdacht aufkam, dass ein Maulwurf die Operation Gold verraten und der KGB möglicherweise schon länger von der Operation gewusst habe, wurde die Enttarnung des Tunnels als Zufallsfund inszeniert. Nachdem es in den Tagen zuvor durch starke Regenfälle zu Störungen an verschiedenen Telefonleitungen gekommen war, dienten scheinbare Reparaturarbeiten als Vorwand, in den Morgenstunden des 22. April 1956 die Straße justement über dem Tunnel aufzureißen. So kamen die Spionageeinrichtungen zum Vorschein.

Frank Bücker

DEUTSCHE SCHUTZGEBIETE

„Zeit, Güte und Gerechtigkeit“

Die Kolonialherrschaft in Deutsch-Samoa unter Gouverneur Wilhelm Solf setzte Maßstäbe

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika und Ozeanien sowie im Pachtgebiet Kiautschou an der chinesischen Ostküste war deutlich besser als ihr Ruf, der vor allem aus den böswilligen Negativdarstellungen der damaligen Gegner des Deutschen Reiches sowie kolonialkritischer Historiker von heute resultiert. Das galt auch und gerade für das Schutzgebiet Deutsch-Samoa, das faktisch vom 17. Februar 1900 bis zum 29. August 1914 existierte. Die durch den Samoa-Vertrag vom 14. November 1899 (siehe *PAZ* vom 25. Oktober 2024) Deutschland zugesprochenen westlichen Samoa-Inseln Upolu, Savai'i, Apolima, Manono, Fanuatapu und Namu'a kann man einerseits wenigstens teilweise als exemplarisch für die gesamte Kolonialherrschaft des deutschen Kaiserreiches ansehen. Andererseits agierten dessen Repräsentanten vor Ort derart milde und zurückhaltend, dass die pazifische Kolonie auch als Sonderfall betrachtet werden muss.

Wie überall im deutschen Kolonialreich entstanden auf Samoa Krankenhäuser und Schulen. Die Zahl der Letzteren lag 1914 bei 320. Darüber hinaus flossen Zuschüsse aus Berlin, um die Wirtschaft vor Ort anzukurbeln. Im Falle Samoas war dies so erfolgreich, dass die Kolonie ab 1908 finanziell auf eigenen Füßen stand. Ebenso investierte das Reich in die Infrastruktur. Davon zeugten die Straßenbeleuchtung mit Gaslaternen, das Telefonnetz, eine Telegrafen-Großfunkstation sowie eine Schmalspureisenbahn für den Gütertransport. Außerdem liefen 1914 Vorarbeiten für die Verlegung von Wasserleitungen und den Bau eines Elektrizitätswerkes.

„Alle Radikalmittel sind von Übel“

Der erste deutsche Gouverneur, Wilhelm Solf, der bis 1911 amtierte und dann als Staatssekretär an die Spitze des Reichskolonialamtes trat, verfuhr nach dem Grundsatz: „Alle Radikalmittel sind von Übel. Zeit, Güte und Gerechtigkeit sind die besten Regierungsmittel in Samoa.“ Also verbot Solf den Vollzug der Prügelstrafe an den einheimischen Arbeitern auf den Plantagen der Europäer. Darüber hinaus entsprach er am 25. Juni 1903 auch dem Wunsch der Häuptlinge, die Samoaner von jeglichem Arbeitszwang zu befreien. Deswegen mussten die Farmer chinesische Kontraktarbeiter auf die Inseln holen. Solf wurde hierfür von vielen Siedlern kritisiert, und der von Richard Deeken geführte deutsche Pflanzerverein forderte schließlich die Einsetzung einer Militärregierung zur Durchsetzung der Arbeitspflicht. Daraufhin sorgte Solf für Deekens Verbannung aus Samoa.

Ein weiteres Entgegenkommen der Kolonialmacht bestand in der Erhebung des beliebten samoanischen Stammesführers Mata'afa Josefo zum Oberhäuptling und Kopf der einheimischen Selbstverwaltung aus lokalen Distriktvorstehern und Vertretern angesehener Familien. Mata'afa und einige Häuptlinge wurden später sogar als deutsche Beamte vereidigt. Die Selbstverwaltungsorgane in der Kolonie verfügten nicht zuletzt über das Recht, sämtliche Einnahmen aus der 1901 eingeführten Kopfsteuer nach eigenem Gutdünken zu verwenden. Ebenso durften die Samoaner die Gerichtsbarkeit untereinander nach ihren überkommenen Regeln ausüben.

Und auch sonst stand ganz offensichtlich der Schutz der traditionellen einheimischen Lebensformen im Vordergrund. Deswegen heißt es gelegentlich, dass die deutschen Kolonialbeamten in der Südsee eher wie Museumskuratoren aufgetreten seien als wie Bevollmächtigte der Zentralmacht in Berlin. So wurden beispielsweise Gesetze erlassen, die den Verkauf von samoanischen Immobilien verboten und jedem Einheimischen 1,3 Hektar Land verschafften. Die Gegenleistung bestand lediglich im Anbau von 50 Kokospalmen pro Jahr auf brachliegendem Grund. Der Bewahrung der Werte der Bevölkerung der Samoa-Inseln diente zudem das Verbot des Glücksspiels und des Handels mit Alkohol und Waffen.

Das ausgesprochen fortschrittliche und humane Agieren führte dazu, dass es in Deutsch-Samoa keine Aufstände wie in manchen afrikanischen Kolonien des Reiches gab. Vielmehr waren die Einheimischen froh über die „Pax Germanica“, welche die ewigen blutigen Stammeskonflikte beendet hatte. Die einzige nennenswerte Rebellion namens Mau a Pule ereignete sich 1908/09 und war auch nicht grundsätzlich gegen die deutsche Herrschaft gerichtet. Vielmehr wollten die Aufrührer unter der Führung von Lauaki Namulauulu Mamoe lediglich die Absetzung des Oberhäuptlings Mata'afa Josefo zugunsten des zu ihrem Clan gehörenden Malietoa Tanumafili erzwingen. Der zu dieser Zeit in Deutschland weilende Solf entsandte zwar drei Kriegsschiffe nach Samoa, beendete den Konflikt dann aber letztlich ohne jedwede Gewalt durch Verhandlungen. Anschließend wurden Lauaki und einige von dessen Gefolgsleuten auf die Marianen-Insel Saipan verbannt.

FOTO: MAURITIUS IMAGES / HISTORY AND ART COLLECTION / ALAMY / ALAMY STOCK PHOTOS

Als Gouverneur von Samoa: Der spätere Staatssekretäre des Reichskolonialamtes, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Botschafter in Tokio Wilhelm Solf

Es bedurfte keiner Schutztruppe

Aufgrund der unproblematischen Sicherheitslage war auf Samoa keine kaiserliche Schutztruppe stationiert. Es existierte lediglich eine Inselpolizei unter der Leitung eines deutschen Polizeimeisters, dem rund 55 Einheimische unterstanden. 25 davon sorgten für Recht und Ordnung, der Rest übernahm vorrangig Botengänge oder repräsentative Aufgaben. Dass es stets genügend Freiwillige für den Polizeidienst gab, zeugt ebenfalls von der hohen Akzeptanz der deutschen Kolonialherrschaft auf Samoa.

Diese endete wenige Wochen nach Beginn des Ersten Weltkrieges mit der kampflosen Besetzung der Inseln durch rund 1500 neuseeländische Soldaten. Neuseeland erhielt dann auch nach dem Ersten Weltkrieg 1920 das Völkerbundmandat über das ehemalige Deutsch-Samoa. Wenig später entstand eine Protestbewegung unter den Einheimischen, die 1928 von der neuseeländischen Polizei blutig niedergeschlagen wurde. Ihre Unabhängigkeit erlangte die frühere deutsche Kolonie erst am 1. Januar 1962.

Heute erinnert auf Samoa immer noch vieles an die Deutschen, von denen die Einheimischen nach wie vor mit Respekt sprechen. Gleichzeitig wächst die Besorgnis angesichts des wachsenden Einflusses der Volksrepublik China. Ein für jedermann sichtbares Symbol desselben ist das neue chinesische Krankenhaus, das unlängst an der Stelle des abgerissenen deutschen Hospitals errichtet wurde.

WILHELM SOLF

Mehr als nur der erste Gouverneur von Deutsch-Samoa

Polynesien war nicht die letzte Station in der Karriere des Preußen, die bis weit in die Weimarer Zeit reichte

Wilhelm Solf entstammte einer bürgerlichen, aber wohlhabenden Familie. Das ermöglichte dem am 5. Oktober 1862 in Berlin geborenen Preußen eine akademische Ausbildung. Der Vater ist als langjähriger Stadtverordnete für die Deutsche Freisinnige Partei im Linksliberalismus zu verorten. Das gilt für den Sohn als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) ab 1919 ebenso. Der Junior hatte eine Schwäche für das Mutterland des Liberalismus, Großbritannien, und dessen wichtigste Kolonie, Indien. Nach dem Abitur studierte er Indologie in Berlin, Kiel, Halle und Göttingen. Dem Studium folgte ein Forschungsaufenthalt in der damaligen Welthauptstadt der Indien-Forschung, London. Dort fand er Gefallen an der Freiheit „von den vielen förmlichen Fatzkereien in unserer Heimat“.

Als Beziehungen ihm den Eintritt in den Auswärtigen Dienst ermöglichten, kehrte er nach Deutschland zurück. Sinnigerweise wurde der Indologe im Generalkonsulat in Kalkutta, der damaligen Hauptstadt Britisch-Indiens, eingesetzt. Solf musste jedoch die Erfahrung machen, dass ihm eine Karriere im Auswärtigen Dienst ohne Jurastudium nicht möglich war. Also holte Solf ein Jurastudium nach. Nach der erfolgten Ausbildung zum Volljuristen kehrte er in das Auswärtige Amt zurück. Da ihn neben den Indern auch andere Kolonialvölker interessierten, wählte er im Amt die Kolonialabteilung.

Im Jahre 1900 wurde Solf als Gouverneur der neuen deutschen Kolonie Deutsch-Samoa sein eigener kleiner König. Er entwickelte sein eigenes kleines Reich zur Musterkolonie. Er installierte ein Regime, an dem die Einheimischen beteiligt waren und das zu großen Teilen von diesen mitgetragen wurde. Gewinnendes Auftreten, hohe Kultursensibilität sowie die Bereitschaft und Fähigkeit, sich mit seinen Gegenüber in deren Sprache zu unterhalten, erleichterten ihm die Arbeit. So konnte Solf mit minimalem militärischen Aufwand für Ruhe und Ordnung sorgen. Das beeindruckte auch an allerhöchster Stelle. „Solf hat seine Sache vortrefflich gemacht“, schrieb Kaiser Wilhelm II.

Von daher und aufgrund der politischen Nähe der beiden Liberalen verwundert es nicht, dass die Wahl des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg auf Solf fiel, als 1911 die Stelle des Staatssekretärs des Reichskolonialamtes frei wurde. Entgegen der französischen Praxis, die auch in der Kolonialpolitik auf Zentralismus und Gleichheit baute, setzte Solf wie die Briten in ihrem Empire auf Indirect Rule (indirekte Herrschaft). Er setzte auf selbstständige Gouverneure, die wie weiland er selbst ihr Agieren der Lage und den Gegebenheiten in ihrem Gebiet anpassen. Um auch als Staatssekretär dieses Ideal weiterverfolgen zu können, unternahm er zu deren Kennenlernen ausgiebige Reisen in die Kolonien. Als einziger Staatssekretär des Kolonialamtes besuchte er alle vier deutschen Schutzgebiete in Afrika.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verlor der Leiter des Kolonialamtes den überwiegenden Teil seines Zuständigkeitsbereichs. Die Deutschen stellten sich auf den Standpunkt, dass die Kongoakte 1885 Afrika insoweit neutralisiert habe, als sie den Kolonialmächten verbiete, auf afrikanischem Boden Krieg gegeneinander zu führen. Folglich war die Schutztruppe in den deutschen Kolonien auch eher als Polizeitruppe zur Bekämpfung innerer Feinde denn zur Bekämpfung äußerer Feinde konzipiert. Diese deutsche Interpretation der Kongoakte hinderte die deutschen Kriegsgegner jedoch nicht daran, die weitgehend ungeschützten deutschen Schutzgebiete zu besetzen.

Das gab Solf die Möglichkeit, sich verstärkt der Außenpolitik zuzuwenden. Entschieden unterstützte er die Bemühungen seines Reichskanzlers Bethmann Hollweg um einen Verständigungsfrieden.

Nicht nur damit punktete Solf bei der SPD. Die Annäherung hatte schon vor dem Kriege angefangen. So hatte der spätere erste Reichswehrminister Gustav Noske Solf als einen gelobt, mit dem in die Kolonialpolitik „endlich ein verständiger Geist eingezogen“ sei, während Solf es später als sein Hauptverdienst bezeichnete, die SPD kolonialfreundlich gemacht zu haben.

Ganz im Sinne der Sozialdemokratie war auch Solfs schon frühzeitiges Bekenntnis zur Demokratie. Mit den Worten „Bis dat qui cito dat“ (Wer schnell gibt, gibt doppelt) drängte er Wilhelm II. zur Eile. Die sogenannte „Julibotschaft“, in welcher der Monarch 1917 zusagte, dass „die nächsten Wahlen nach dem neuen, gleichen Wahlrecht stattfinden können“, bezeichnete Solf als „vollen Sieg der Idee des sozialen Kaisertums“.

Da war der von der Obersten Heeresleitung (OHL) erzwungene Rücktritt Bethmann Hollwegs ein schwerer Rückschlag. Als Nachfolger von dessen kurzzeitigem Nachfolger Georg Michaelis wurde nun maßgeblich von der SPD Solf ins Spiel gebracht. Mit diesem Vorschlag konnten sich die SPD-Reichstagsabgeordneten Albert Südekum und Wolfgang Heine sowie Friedrich von Payer von der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) nicht durchsetzen, aber im Kabinett des Reichskanzlers Max von Baden war Solf immerhin Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten. Das blieb er auch, als der Prinz den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert zu seinem Nachfolger machte. In dieser Eigenschaft war Solf maßgeblich an den Waffenstillstandsverhandlungen beteiligt. Am 13. Dezember 1918 trat der ebenfalls parteilose Ulrich von Brockdorff-Rantzau seine Nachfolge im Kabinett an.

Solfs politische Karriere war beendet. Anschließend machte er sich bis 1926 im Auswärtigen Amt in bewährter Manier kultursensibel und sprachenbegabt als Botschafter beim ehemaligen Kriegsgegner Japan um die bilateralen Beziehungen verdient. Wilhelm Solf starb am 6. Februar 1936 in seiner Geburtsstadt. *Manuel Ruoff*

Sensibler Lebensraum in Gefahr: Windkraftpark in der Nordsee *Bild: action press*

„ERNEUERBARE ENERGIEN“

Wie Windräder das Meer vergiften

Von den Rotorblättern rieseln toxische Chemikalien in riesigen Mengen ins Wasser, wo sie die Meeresfauna beträchtlich schädigen – Die schwerwiegenden Folgen werden kaum zu beheben sein

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Meere sind ein stilles Opfer der subventionierten Geschäfte mit dem umweltschädlichen „Klimaschutz“. Bis Anfang 2023 wurden 1566 Offshore-Windkraftanlagen (OWA) in der Nord- und der Ostsee errichtet. Durch die Untersuchung von Viktoria Schmitt „Plastik in der Offshore-Windbranche – Eintragspotenziale in der deutschen Nordsee“ (Europa Regional, 26.2018/4) wurde bekannt, dass in der gesamten Wertschöpfungskette der Offshore-Windenergie (OWE) von der Fertigung bis zum Rückbau Plastik, also fossilbasierter Kunststoff, involviert ist. Bisphenol-A-haltiges Expozidharz gelangt durch den Mikroplastikabrieb insbesondere aus den Verbundstoffen der Rotorblätter in das Meer.

Ein großes Problem ist auch die Freisetzung von Chemikalien aus den Oberflächenbeschichtungen. Bei dem Verbleib der Seekabel am Meeresboden treten zudem chemische Umweltgifte aus. Der Eintrag von Makroplastik erfolgt vor allem bei der Errichtung der Windparks auf See und bei den Transporten. Von der zunehmenden Belastung der Meeresökosysteme durch Chemikalien ist am Ende der Nahrungskette auch der Mensch betroffen. Eine große Windkraftanlage an Land mit bis zu 90 Meter langen Rotorblättern verschleudert laut dem Anwalt für Umweltrecht, Thomas Mock, jährlich mindestens 100 Kilogramm Mikroplastikpartikel in die Umgebung. Für Offshore-Anlagen liegen keine Angaben vor, doch dürfte die Menge aufgrund der Wetterbedingungen auf See noch deutlich größer sein.

Habecks schillernde Rolle

Erstmals wird zurzeit in dem europäischen Gemeinschaftsprojekt ANEMOI die Beeinträchtigung der Meeresumwelt durch OWA untersucht. Die Schadstoffe aus den Verbundmaterialien GFK und CFK (Glas- und Carbonfaser-Mischmaterialien) und aus den Beschichtungen für den Korrosionsschutz sollen identifiziert und quantifiziert werden. Das Projekt wird von der EU über das Förderprogramm „Interreg für die Nordsee“ finanziert.

In sämtlichen Verbundstoffen und Korrosionsschutzsystemen sind umweltschädliche synthetische Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) enthalten, welche die EU-Kommission im vergangenen Jahr eigentlich komplett verbieten wollte. An Land ist die Entsorgung von PFAS-haltigem Abfall auf Mülldeponien verboten, weil das Material ohne zu verrotten liegen bleibt. Gegen ein Verbot der sogenannten Ewigkeitschemikalien setzte sich vor einem Jahr, für viele überraschend, Noch-Energieminister Habeck ein. Verwundern sollte das aber nicht. Verschiedene PFAS-Klassen und -Formen sind neben Beton und den Erzen als dritte Säule der „erneuerbaren“ Energien unverzichtbar, während die Emissionen und Folgen gegenüber der breiten Öffentlichkeit totgeschwiegen werden.

Am Großprojekt ANEMOI sind die TU Braunschweig, das Helmholtz-Zentrum Hereon (Geesthacht) und das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) beteiligt. Im Internetauftritt bekennen sich die Forscher zur OWE, die wesentlich für die Transformation zur „erneuerbaren Energie“ sei – ein obligatorisches Bekenntnis, wenn Staaten oder die EU die Mittel vergeben, was die Regel ist.

Ziel der Untersuchung sei es, die Einträge chemischer Emissionen zu reduzieren (nicht: zu beenden) und eine internationale Regulierung zum Schutz der Meeresumwelt für die Offshore-Industrie zu erarbeiten, ferner die Belastung von Fischen und Meeresfrüchten zu ermitteln. Das Ergebnis wird jahrelang auf sich warten lassen. Unterdessen geht der Ausbau der OWE weiter. Aktuell hat das BSH die nächsten Flächen für zwei OWE-Projektentwicklungen in der Nordsee freigegeben: Mit 151 und 31 Quadratkilometern sollen die Areale neuen Raum für zwei Gigawatt (GW) und 500 Megawatt (MW) Erzeugungskapazität bieten.

Im Fachmagazin „Science of the Total Environment“ veröffentlichten Wissenschaftler des AWI im Dezember das Ergebnis eines Laborexperiments, womit die Anreicherung von Metallen aus den Beschichtungen von OWA im Gewebe von Miesmuscheln belegt werden konnte. Die Forscher betonen, dass die Polymerpartikel-Emissionen durch Degradation und Oberflächenerosion aus den Beschichtungen und Kernmaterialien der Rotorblätter nicht zu unterschätzen seien: „Muschelbänke sind Lebensraum und Brutstätte für eine Vielzahl von Meerestieren. Sie sind wichtig für die Biodiversität und tragen als Filtrierer zum Erhalt der Wasserqualität bei. Die Ergebnisse zeigen, dass Offshore-Windparks neue anthropogene (menschengemachte) Belastungen für die Meeresumwelt mit sich bringen.“

Im Hinblick auf die Mehrfachnutzung in Offshore-Windparks zur Muschelzucht für den menschlichen Verzehr müssten umfassende Untersuchungen durchgeführt werden, um mögliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sicher ausschließen zu können. Notwendig sei eine Abschätzung der Gefahr für die marine Umwelt, bevor die Pläne zum weiteren Ausbau der OWE „im Zuge der EU-weiten Transformation“ konkretisiert würden – dieser Satz steht allerdings nur in der englischsprachigen Zusammenfassung.

„Den Meeren geht es schlecht“

„Eine von der Politik kontrollierte Forschungsförderung finanziert nur solche Projekte, die der Politik dienlich sind“, kritisiert der deutsch-amerikanische Professor Gerhard Kramm, einer der profiliertesten Atmosphärenphysiker und Meteorologen weltweit. Kramm prangert die in den USA praktizierte Einschränkung der freien Forschung an. Dieselbe Situation bietet sich in Deutschland. Die bisherigen Bundesregierungen zeigten kein Interesse an grundlegenden Untersuchungen über das Ausmaß der schleichenden Umweltkatastrophe an Land und im Meer infolge des laufend vorangetriebenen Ausbaus der Wind- und Solarindustrie, weil diese infolgedessen mit einem Moratorium belegt werden müssten. So hat die Ampelregierung vor einem Jahr bei dem Haushaltskompromiss die für 2024 geplante Aufstockung der Forschungsfördermittel kassiert. Laut WWF wurde beschlossen, dass „über 785 Millionen Euro aus Auktionserlösen für Offshore-Windkraft-Lizenzen nicht wie geplant eingesetzt werden, um die negativen Auswirkungen des Offshore-Windkraftausbaus auf die Meeresumwelt abzumildern und die Fischerei umweltverträglicher zu machen“.

Zusätzliche Offshore-Windenergie verursache aber über die nächsten Jahrzehnte Schäden an der Meeresumwelt. „Nord- und Ostsee sind Lebensräume für unzählige Arten und als natürliche Kohlenstoffsenken entscheidend im Kampf gegen die Klimakrise. Doch den Meeren geht es schlecht.“ Die Gelder seien zwingend erforderlich, um den geplanten Ausbau der Windanlagen mit dem Meeresschutz „zu vereinbaren“. Fatal dabei ist, dass man zerstörte Lebensräume im Meer nicht säubern und renaturieren kann wie manch eine geschundene Landschaft.

UMWELTSCHUTZ

Die Politik stellt sich taub

Einschlägige Untersuchungen warnen eindringlich vor den verheerenden Wirkungen der Offshore-Anlagen

2021 veröffentlichte das Deutsche Geoforschungszentrum (GFZ) am Helmholtz-Zentrum Potsdam einen Aufsatz von Christine Eschenbach mit dem Titel „Korrosionsschutz für Offshore-Windkraft – Problem für die Umwelt?“ Die Autorin stellte fest, dass die Windenergieanlagen (WEA) ständig chemische Stoffe ins Meer und die sie umgebenden Sedimente freisetzen: Aluminium, Zink und zahlreiche andere, potentiell giftige Schwermetalle, die vorwiegend aus dem Korrosionsschutz der Anlagen stammen.

Noch aber steht die Erforschung von chemischen Freisetzungen und deren Wirkungen auf die Ökosysteme im nahen und entfernteren Umfeld von Windparks am Anfang. Allein aus den sogenannten Opferanoden, Elektroden aus unedlem Metall zum Schutz von anderen Metallen (auch in Stahlbeton) vor elektrochemischer Korrosion, würden ständig „nicht unerhebliche“ Mengen an Schwermetallen in die Umgebung freigesetzt – mehr als 80 Kilogramm Legierung pro Anlage und Jahr.

Die Autorin bezieht sich dabei auf eine Studie von Reese et al. aus dem Jahr 2020, die erstmalig bei einer umfassenden Untersuchung der anorganischen Bestandteile von verschiedenen Opferanoden 40 verschiedene Elemente festgestellt hat. Die Ergebnisse dienen als Grundlage, um zukünftig Stofffreisetzungen aus Windkraftanlagen in die Meeresumwelt nachverfolgen zu können. Im Rahmen des von 2017 bis 2023 angelegten Projekts OffChEm am Helmholtz-Zentrum Geesthacht sind die Probeentnahmen, Analysemethoden, Aus- und Bewertungsansätze weiterentwickelt worden.

„Eine bekannte Tatsache“

Dadurch soll es möglich werden, „den chemischen Eingriff, den der Ausbau der Offshore-Windenenergie auch bedeutet, besser verstehen und bewerten zu können“. Jedoch deute schon die große Anzahl der gefundenen Stoffe darauf hin, dass diese Analysen aufwendig sind, auch wegen der schwierigen Bewertung. Hinzu kommen noch die verschiedenen organischen Stoffe, die in den Beschichtungssystemen enthalten sind und über die es noch keine Informationen gibt.

Wie immer zeigen sich die politischen Entscheidungsträger von den beunruhigenden Erkenntnissen unbeeindruckt – „die Karawane zieht weiter“. Zu Hilfe eilen ihnen die regierungstreuen Medien, indem sie mit einem Dauer-Hype die Klima-Angst in der Bevölkerung wachhalten.

Eine Art Wind- und Wetteratlas für Skandinavien und Finnland hat kürzlich ein norwegisch-dänisches Autorenteam unter dem Titel „Regen-Erosionsatlas, Rotorblätter betreffend, ... für Skandinavien“ (frei übersetzt aus dem Englischen) veröffentlich. In der Studie wurden die Niederschlagsintensität und Windgeschwindigkeiten an Orten mit Windparks im Meer und an Land über fünf Jahre modelliert. „Die Erosion der Flügelenden von WEA speziell in Regionen mit hohen Windgeschwindigkeiten und hohen Niederschlagsmengen ist eine bekannte Tatsache“, liest man.

Ergebnis: „Die Zunahme der Schäden ist abhängig von beiden Faktoren.“ Mit ihrer Handreichung für die Windbranche leistet die Wissenschaft erneut einen Beitrag zur Kapitalisierung und Ausbeutung der Natur, während das Ende mit Schrecken bereits über dem Horizont aufgetaucht ist. *D.J.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 7 · 14. Februar 2025

KÖNIGSBERG

Was kommt nach dem „Roboterkopf“?

Russischer Park, Hochhäuser oder modernes Stadtzentrum – Bei der Entscheidung sollen Bürger mitwirken

VON CARSTEN KALLWEIT

Das Königsberger Haus der Räte wurde im August 2024 bis auf die Erdoberfläche abgebaut. Die erste Arbeitsphase wurde somit abgeschlossen, die zweite umfasst den Abriss des Fundaments, die dritte den Abbau der Springbrunnen-Kaskade. Die größte Schwierigkeit für das Abrissunternehmen bestand in den fünf unteren Stockwerken aus solidem Stahlbeton. Der oberirdische Teil des bedeutenden und langwierigen Bauprojekts und eines der wohl bekanntesten Wahrzeichen der Stadt wurde in weniger als anderthalb Jahren abgebaut. Die Errichtung des Gebäudes hingegen dauerte mehr als 20 Jahre.

Ursprünglich sollte das Haus der Räte einem von Stalins Hochhäusern in Moskau ähneln und die wichtigste architektonische Dominante von Königsberg – das majestätische Königsschloss, das 1968 gesprengt wurde, ersetzen. In den späten 1960er Jahren schlug der damalige Chefarchitekt der Stadt ein Konzept vor, wonach im Bereich des abgerissenen Schlosses ein zentraler Platz entstehen sollte, gekrönt von einem 21-stöckigen, zweitürmigen, rechteckigen Hochhaus. Das Konzept wurde genehmigt und die Behörden beauftragten ein Moskauer Architekteninstitut, dessen Mitarbeiter damals Standardprojekte für Großplattenbauten entwickelten, mit der Planung der Anlage.

Nur noch Fundamente, wo bis vor Kurzem das Haus der Räte stand: Baustelle in Königsberg. Einer der in einer Ausstellung vorgestellten Vorschläge für die künftige Verwendung (kleines Bild) *Bilder: andreystolmachev/VK; Kaliningrad*

Ein Stadtsymbol?

Das Hauptargument für den Bau des Hauses der Räte war die angebliche Ungeeignetheit des Gebäudes des ehemaligen Landesfinanzamtes (1928 vom bedeutenden Königsberger Architekten Friedrich Lahrs gebaut) für repräsentative Zwecke einer regionalen Machtzentrale. Übrigens wird dieses Backsteingebäude bis heute von der Gebietsregierung als Hauptsitz genutzt.

Damals wollte man das Regionalkomitee der KPdSU und die Regionalregierung, das Stadtparteikomitee und die Stadtverwaltung sowie das Komsomol-Komitee in das neue Rätehaus verlegen. Der Bau des Gebäudes im Stil der sowjetischen Moderne – im Volksmund „Roboterkopf“ genannt – nach dem Entwurf des Moskauer Architekten Julian Schwarzbreim begann im Jahr 1970. Das Haus wurde jedoch nie fertiggestellt und in Betrieb genommen. Ende 2020 kündigten die regionalen Behörden an, das Gebäude abreißen zu wollen.

Die damals beauftragten Bauexperten kamen zu dem Schluss, dass der technische Zustand der Gebäudestrukturen „in ihrer Funktionalität eingeschränkt“ sei und viele Bauelemente Mängel und Schäden aufwiesen und es daher notwendig sei, Sanierungsarbeiten „in erheblichem Umfang“ durchzuführen. Die Sachverständigen führten die Hauptursachen für die Schäden unter anderem auf langfristige Witterungseinflüsse auf das leerstehende Gebäude durch das feuchte Klima, Vandalismus und die Folgen von gescheiterten Wiederaufbauversuchen zurück.

Darüber hinaus waren die architektonischen Planungslösungen des Rätehauses aus heutiger Sicht veraltet. Die Flure und Fluchtwege waren zu eng, die Decken zu niedrig, der Einbau einer modernen Lüftung wäre nicht möglich und die meisten Innenräume waren ohnehin recht klein.

Im März 2023 unterzeichnete die Königsberger Gebietsregierung einen Vertrag zum Rückbau mit einem örtlichen Bauunternehmen. Die mehrmonatige Demontage verlief nicht ohne Probleme, es gab sogar einen Todesfall, als ein junger Bauarbeiter an seinem ersten Arbeitstag im Juni vergangenen Jahres verunglückte.

Beim Abriss wurden ganze Gebäudeteile von Liebhabern zum Andenken ergattert – ähnlich wie bei der Berliner Mauer. Lokale Handwerker in Gumbinnen verkaufen beispielsweise aus Teilen des Rätehauses gefertigte Erinnerungsstücke. Die regionale Wirtschaftsfördergesellschaft hat das Bild des Rätehauses im Jahr 2023 als Marke registriert. Auf dieser Grundlage wurden Verträge über kommerzielle Nutzungsrechte abgeschlossen. Die Gesellschaft hat inzwischen rund 12.000 Etiketten verkauft, welche die Urheberrechte mit dem Bild des Rätehauses bestätigen. Diese silbernen Aufkleber werden derzeit aktiv von Künstlern und Handwerkern gekauft, die Postkarten, Kühlschrankmagnete, T-Shirts, Kerzen und verschiedene Druckerzeugnisse mit dem ehemaligen Stadtsymbol herstellen.

Die markanten tonnenschweren Paneele mit Fensteröffnungen sind nach dem Abbau ebenfalls begehrt. Alexander Bytschenko (Inhaber der Privatmuseen „Altes Haus“ und „Haus des Walfängers“) hat drei davon käuflich erworben und zunächst eingelagert. Anschließend organisierte er einen Designer-Wettbewerb darüber, wie man mit diesen Bauelementen eine Erinnerungsstätte für das Rätehaus als „Teil des kulturellen Codes der Stadt“ gestalten kann. Die Ergebnisse wurden kürzlich in einem Ausstellungsraum öffentlich präsentiert.

Zukunftsmusik

Mit dem Verschwinden des Hauses der Räte entstand auch ein städtebauliches Vakuum. Womit wird es gefüllt? Das Hauptkonzept bleibt derzeit der nicht genau definierte „Russische Park“, der einst vom damaligen Gouverneur Anton Alichanow angekündigt wurde. Die Errichtung eines Parks wäre für den ehemaligen Stadtarchitekten Alexander Baschin allerdings ein Ausweichen vor dem Problem. Er plädiert für eine Bebauung im Baustil einer modernen europäischen Stadt. Dies sei immerhin das historische Stadtzentrum, und es sei unumgänglich, hier urbane Strukturen zu schaffen. In der gegenwärtigen politischen Lage sieht er allerdings keinen Sinn, über die Wiederherstellung „der abendländischen Symbolik“ zu diskutieren.

Die Architekturhistorikerin Irina Belinzewa befürchtet dagegen, dass an die Stelle des sowjetischen Symbols ein „kapitalistisches“ treten wird – zum Beispiel in Form eines mehrstöckigen „menschlichen Ameisenhaufens“.

Die heutige Gebietsregierung verspricht, man werde die künftige Nutzung dieses Areals aktiv mit der Bevölkerung diskutieren. Ob es öffentliche Debatten geben wird oder ob die Gebietsregierung einen Wettbewerb für den besten städtebaulichen Entwurf ausschreibt, ist noch nicht entschieden.

ALLENSTEIN

Rekordergebnis beim Großen Orchester der Weihnachtshilfe

Mittel gehen zugunsten der Krebshilfe – Zahlreiche Veranstaltungen brachten gute Erlöse und Spenden ein

Am 26. Januar wurde das Ergebnis des 33. Finales des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe bekannt, das sich als rekordbrechend erwies, sowohl in Bezug auf den gesammelten Betrag als auch auf die Teilnehmerzahl. Die diesjährige Ausgabe des Finales von Wohltätigkeitsaktionen war der Unterstützung der pädiatrischen Onkologie und Hämatologie gewidmet – die gesammelten Gelder werden für moderne Geräte zur Diagnose und Behandlung der kleinsten Patienten verwendet.

In der gesamten Republik Polen wurden umgerechnet gut 42 Millionen Euro gesammelt, was einen neuen Rekord darstellt. Damit werden 18 onkologische und hämatologische Stationen und 17 Kinderhospize mit modernen Geräten ausgestattet.

Nach dem Regierungswechsel in Polen im Jahr 2023 fand das 33. Finale des Großen Orchesters der Weihnachtsspendenaktion erneut eine außergewöhnliche Unterstützung durch Regierungsvertreter. Viele Minister, Parlamentarier und Politiker der Koalitionsregierung von Ministerpräsident Tusk beteiligten sich aktiv an den Sammlungen. Auch Polizei, Feuerwehr und Armee nahmen am diesjährigen Großen Orchester der Weihnachtshilfe teil, was in den Vorjahren aufgrund der von der Vorgängerregierung auferlegten Beschränkungen nicht der Fall war.

Einer der Höhepunkte der Veranstaltungen zugunsten der Krebshilfe in Allenstein: Oldtimer-Fahrten in der Altstadt

Bild: D.K.

PiS-Vertreter riefen zum Boykott auf

Diejenigen Medien, die mit der vorherigen Regierungsmannschaft verbunden sind, äußerten sich negativ über die Wohltätigkeitsorganisation und den Stiftungsvorsitzenden Jurek Owsiak. Der Fernsehsender „Telewizja Republika“, der als Sprachrohr der Partei Recht-und-Gerechtigkeit (PiS) gilt, äußerte sich abfällig über Owsiak und rief zu einem Boykott der Veranstaltungen auf. Trotz dieser Angriffe erfreute sich das Große Orchester der Weihnachtshilfe eines sehr großen Interesses und öffentlicher Unterstützung, was dafür spricht, dass die Mehrheit der Polen sich nicht durch die negative Kritik im Fernsehen beeinflussen.

Allenstein und die Woiwodschaft Ermland-Masuren waren ebenfalls sehr engagiert. Die größten Veranstaltungen fanden in der Altstadt, an der Uni Ermland-Masuren, am Okullsee und in Einkaufszentren statt. Die Einwohner konnten an Trommelstunden, Erste-Hilfe-Kursen, Tauchvorführungen und einem Konzert in der Altstadt teilnehmen, bei dem lokale Künstler und polnische Musikstars auftraten. Außerdem gab es Fahrten in Oldtimern und Winterbaden im eiskalten Wasser des Okullsees.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die traditionelle Illumination in der Altstadt, die als „Lichter zum Himmel“ bezeichnet wird und zahlreiche Einwohner anlockte. Während der Wohltätigkeitsveranstaltungen sammelte der Allensteiner Freiwilligenstab umgerechnet fast 135.000 Euro, und im gesamten südlichen Ostpreußen kamen beinahe 280.000 Euro zusammen. *Dawid Kazański*

Wir gratulieren …

ZUM 99. GEBURTSTAG

Borowy, **Siegfried**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Sommer, **Hildegard**, geb. **Lossau**, aus Lyck, am 20. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kallien, **Günter**, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrungen, am 19. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Knapp, **Klara**, geb. **Bendzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 15. Februar
Lübbe, **Helga**, geb. **Baumeister**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 19. Februar
Sawischlewski, **Gertrud**, geb. **Bergholz**, aus Skupien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Burdinski, **Heinrich**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 15. Februar
Krzewitzki, **Gilda**, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. Februar
Lojewski, **Gisela**, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. Februar
Redepening, **Gerda**, geb. **Horn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Scheffler, **Hildegard**, geb. **Borawski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 19. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brigel, **Eveline**, geb. **Blattner**, aus Neidenburg, am 19. Februar
Gerlitz, **Bernhard**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 18. Februar
Masuch, **Anna**, geb. **Dulisch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Meynert, **Erna**, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Okuniek, **Heinz**, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Sander, **Eva**, geb. **Heyer**, aus Treuburg, am 16. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Büsgen, **Irmgard**, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Klauke, **Käthe**, geb. **Raschpichler**, aus Lyck, am 20. Februar
Kudritzki, **Gerhard**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Februar
Meiritz, **Irene**, geb. **Gutt**, aus Auer, Kreis Mohrungen, am 15. Februar
Ruttkowski, **Helmut**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 17. Februar
Strojek, **Heinz**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 18. Februar
Tietz, **Gerhard**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Zepik, **Paul**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 14. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Galla, **Kurt**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Gilka, **Hans-Georg**, aus Lyck, am 18. Februar
Scholl, **Bruno**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
Warias, **Horst**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bollnow, **Irmgard**, geb. **Maschlinski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 20. Februar
Lindt, **Alfred**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. Februar
Oelmann, **Sabine**, geb. **Schulz-Kalau**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. Februar
Paura, **Christel**, geb. **Sonnenfeld**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Plebuch, **Horst**, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Februar
Prawda, **Alfred**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Murach, **Gustav**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
Syska, **Gerhard**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Biesalski, **Kurt**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Dolassek, **Rudolf**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 14. Februar
Glaubitz, **Kurt**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Jopp, **Helmut**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 16. Februar
Nakaten, **Irmgard**, geb. **Grigo**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 15. Februar
Oprotkowitz, **Arnold**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Plaga, **Elfriede**, geb. **Krossa**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Februar
Tröck, **Arnold**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 20. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Kraschewski, **Ingrid**, geb. **Cyrkel**, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Materna, **Edelgard**, geb. **Beckmann**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Mühlhausen, **Walter**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 15. Februar
Rogge, **Manfred**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Rogge, **Ulrich**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Schink, **Hanna**, geb. **Schulz**, aus Althof, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Februar
Schumacher, **Elfrieda**, geb. **Gäbert**, aus Powayen, Kreis Fischhausen, am 18. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Schesny, **Detlev**, Vorfahren aus Kreis Johannisberg, am 20. Februar
Schulze, **Helga**, geb. **Nadolny**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 17. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Lumma, **Dietger**, Vorfahren aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar

Zusendungen für die Ausgabe 9/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 9/2025 (Erstverkaufstag 28. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 18. Februar**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 26. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,– Euro: **Das radikal Böse und das banal Böse. Kant, Arendt und der Eichmann-Prozess, Vortrag von Prof. Christoph Schulte**, Universität Potsdam.

Die Frage nach dem Bösen ist eine Grundfrage der Philosophie. Schulte stellt zwei moderne Antworten vor. Immanuel Kant verwendet als erster den Begriff des radikal Bösen. Der Mensch kann sich als freies Wesen bewusst gegen das Gute entscheiden, das Böse bezeichnet eine fundamentale Verkehrung der Gesinnung und des moralischen Urteilsvermögens. Hannah Arendt übernimmt zunächst Kants Rede vom radikal Bösen und kennzeichnet damit den industrialisierten Massenmord in den Vernichtungslagern der Shoah als einzigartiges und unverzeihliches Menschheitsverbrechen. Später etabliert sie mit ihrem Buch „Eichmann in Jerusalem“ von 1963 auch den Begriff der „Banalität des Bösen“. Dieser beschreibt die letztlich banale moralische Gedankenlosigkeit, die niederen Motive und die opportunistische Beflissenheit von Schreibtischverbrechern wie Adolf Eichmann. Wie kann der Begriff des Bösen die Verbrechen der Moderne erklären? Christoph Schulte ist Professor für Philosophie und Jüdische Studien an der Universität Potsdam.

Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38,
21335 Lüneburg,
Internet: **www.ostpreussisches-landesmuseum.de**

Immanuel Kant, 1822 *Bild: OL / Leihgabe Stiftung Königsberg*

ANZEIGE

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen,
Buchtstraße 4,
22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de
Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Ehrungen

Hof – Vorsitzender Christian Joachim ehrte sieben Mitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit zur Kreisgruppe Hof. In seiner Dankesrede bemerkte er, dass die meisten der Geehrten bereits viel länger zur Hofer Gruppe gehören. In den Anfangsjahren gab es Familienmitgliedschaften und Ehefrauen und Kinder wurden nicht einzeln erfasst. Mit einer Ehrenurkunde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern, wurde für 45 Jahre Mitgliedschaft Christl Starosta ausgezeichnet. Urkunden für 25 Jahre erhielten Bernd Hüttner und Gert Oehler. Seit 20 Jahren sind Erika Kizina und Ursula Marx Mitglieder der Ostpreußischen Familie. Das Ehepaar Elisabeth und Peter von Lossow beteiligt sich seit 15 Jahren an den Aktivitäten der Gruppe. Joachim dankte allen für ihre Treue und wünschte noch viele schöne Jahre im Kreise der ostpreußischen Familie. *Jutta Starosta*

BILD: JUTTA STAROSTA

Vorsitzender Christian Joachim (links) ehrt in Hof: (v. l.) Christl Starosta, Erika Kizina, Bernd Hüttner, Elisabeth und Peter von Lossow

Treffen

Nürnberg – Dienstag, 25. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Langwasser, U1 Ende gegenüber: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie Pommern.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel,
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Jahresempfang

Hamburg – Freitag, 21. Februar, 12 Uhr, Haus der Heimat (HdH), Teilfeld 8: Jahresempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg. Das HdH ist unweit der Kirchengemeinde St. Michaelis (Michel) gelegen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln von den Haltestellen U3, Baumwall; S1, S3, Landungsbrücken; Buslinie 16 oder 17, Michaeliskirche fußläufig in wenigen Minuten zu erreichen. Gäste sind herzlich willkommen.

Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Bericht

Wetzlar – Der weihnachtliche Jahresausklang, zu dem der Kreisverband Wetzlar des Bundes der Vertriebenen e. V. (BdV) seit vielen Jahren in die zentral gelegene Stadthalle Aßlar Mitglieder und Gäste einlädt, erfreut sich großer Beliebtheit. Beleg hierfür ist die Zahl der Teilnehmer, in diesem Jahr rund 80, darunter etliche Ehrengäste, namentlich der Landrat des Lahn-Dill-Kreises, Carsten Braun, der Vorsitzende des Kreistages Lahn-Dill, Johannes Volkmann, und Stadträtin Bärbel Keiner als Vertreterin des Magistrats und in ihrer Funktion als Vorsitzende des VdK-Kreisverbandes Wetzlar. Dazu Ingeborg Koster, Ortsvorsteherin des Wetzlarer Stadtteils Garbenheim, und Hannelore Briegel, Vorsitzende des VdK-Ortsverbandes Garbenheim.

Michael Hundertmark (Nauborn), stellvertretender Vorsitzender des BdV-Kreisverbandes, begrüßte alle Anwesenden namens des BdV-Kreisvorsitzenden Manfred Hüber (Leun), des Weiteren Stellvertreters Roland Jankofsky (Kleinlinden) sowie des Veranstaltungsorganisators und Vorstandsmitgliedes Kuno Kutz (Volpertshausen) und seines Teams von Helfern.

Sie alle genossen die zwei ruhigen Stunden in adventlich-weihnachtlicher Ruhe, bestehend aus besinnlichen Beiträgen von Monika Scheiter und Ingeborg Storm, bei Kaffee und Kuchen sowie der Musik des „Busecker Trios“ Ilona und Hartmut Zacharski und des Sängers Klaus-Jürgen Grün.

In ihren Grußworten klangen auch die nicht so beruhigenden Wirklichkeiten der Gegenwart an, denen die Menschen tagtäglich ausgesetzt sind, ohne wirklich Einfluss auf den Lauf der Dinge zu haben. Angesichts dessen hob Volkmann das Selbstverständnis und den Auftrag des BdVs auf allen seinen Ebenen hervor, für Frieden zu stehen, sich für Frieden einzusetzen, wissend, dass Frieden für viele Menschen ein Wunsch bleibe, aktuell zu sehen und auch als Beobachter zu erleiden an den Beispielen Ukraine und Syrien, aber nicht nur dort.

„Wir stehen in Zeiten großer Herausforderungen“, machte auch Braun deutlich. Dass Deutschland in den letzten Jahrzehnten eine vergleichsweise gute und erfolgreiche Entwicklung genommen habe, sei nicht zuletzt auch den Millionen Heimatvertriebenen zu verdanken, die nach dem gewaltsamen Verlust ihrer angestammten Heimat in den Gebieten des Ostens maßgeblich zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hätten. „Der BdV steht für das, was einmal war und verloren gegangen ist, und vor allem für das, was im Sinne einer friedvollen Zukunft werden soll.“

Man könne nicht darüber abstimmen, ob Weihnachten in diesem Jahr stattfinden solle oder nicht, leitete Keiner ihr Grußwort ein, um dann festzustellen, dass Weihnachten eine wunderbare Tatsache ist. Dieses Fest biete die ebenso sinnvolle wie notwendige Gelegenheit, die Gedanken über den Horizont des oft schwierigen Alltages auf wirklich Wichtiges zu lenken, und über die Unsicherheiten in der der Welt und im eigenen Land hinauszublicken. Die Menschen sollten sich, so Keiners Wunsch, mehr über das positive im Leben Gedanken zu machen und nicht nur das Negative in den Vordergrund zu stellen. Angesichts der in der Tat vorhandenen Probleme sei es die falsche Reaktion, darüber in Resignation zu verfallen. Zu versuchen, die Probleme zu lösen, das sei der richtige Ansatz.

Jankofsky entließ Gäste und Teilnehmer nach angenehmen Stunden mit dem Hinweis, dass die BdV-Weihnachtsfeier im Jahr 2025 nicht wie bisher am 1., sondern am 2. Adventssonntag an gleicher Stelle in der Stadthalle Aßlar terminiert sei. *K. K.*

Agnes-Miegel-Gesellschaft

Einladung zur **Agnes-Miegel-Tagung „Agnes Miegel und Theodor Fontane. Literarisches und Biografisches von Agnes Miegel“**, Sonnabend, 22. März, ab 9 bis 18 Uhr, Haus Kassel, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf mit folgendem Programm:

9.15 Uhr: Mitgliederversammlung,
10.30 Uhr: Agnes Miegel – Wort und Mythos. Vorstellung des neuen Buches von Dr. Walter T. Rix,
11.15 Uhr: Christian Salchegger spricht über Filzmoos,
12 Uhr: Mittagspause (in Eigenverantwortung),
13.45 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab,
14.30 Uhr: „Weshalb gibt es keinen Fontane für Ostpreußen...“, Theodor Fontanes Einfluss auf Agnes Miegels dichterisches Schaffen, Vortrag von Dr. Marianne Kopp,
anschließend Kaffeepause,
16.15 Uhr: Gedichte und Balladen von Agnes Miegel und Theodor Fontane vorgetragen von Annemete v. Vogel, Sabine Crone und Dr. Marianne Kopp. Wir freuen uns auf interessierte Tagungsgäste.

Änderungen vorbehalten, Teilnehmerbeitrag: 10,– Euro pro Person, verbindliche schriftliche Anmeldung bis Mittwoch, 12. März, an Annemete v. Vogel, Mozartstraße 3, 31515 Wunstorf oder per E-Mail: Annemete.v.Vogel@gmx.de unter Angabe von Name, Adresse, E-Mail, Telefon. Bei Rückfragen: Telefon (05033) 2222. Sie erhalten keine Bestätigung. Überweisen Sie bitte den Tagungsbeitrag bis zum 12. März auf das Konto der Agnes-Miegel-Gesellschaft, IBAN: DE 50 2555 1480 0550 2293 71, BIC: NOLADE21SHG. Geben Sie dabei bitte unbedingt Ihren Namen und das Stichwort „AMG-Tagung 2025“ an.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Trakehner

Dresden – Dienstag, 18. Februar, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Historie der Trakehner.

Edith Wellnitz

Mitgliederversammlung

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 22. Februar, 14 bis 16.30 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3,

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

H.-Mauersberger Raum: Mitgliederversammlung mit Kurzprogramm und Beitragskassierung für das laufende Jahr.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Jahreshauptversammlung

Burg auf Fehmarn – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Brigitte Christensen

Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Gedenken

Die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein gedenkt der ostpreußischen Landsleute, die nach der Besetzung Bartensteins durch die Rote Armee am 4. Februar 1945 in der Stadt und im Landkreis verblieben sind, weil sie nicht mehr rechtzeitig fliehen konnten oder sich freiwillig zum Bleiben entschieden hatten. Die Kreisgemeinschaft erinnert besonders an Dr. Herbert Foethke, den langjährigen Chefarzt des Kreis-Johanniter-Krankenhauses in Bartenstein, der

Hier wirkte der Arzt Herbert Foethke: Kreis-Johanniter-Krankenhaus in Bartenstein auf einer Postkarte um 1930 *Bild: Bildarchiv Ostpreußen*

mit mehreren Krankenschwestern seinen Patienten bis zum Schluss beigestanden hat und in der Heimat am 1. Januar 1946 an Typhus verstorben ist. Sein Schicksal steht beispielhaft für alle Opfer von Flucht und Vertreibung, denen die Kreisgemeinschaft auch nach achtzig Jahren weiter ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Martin Wormit

BILD: HANS-GERHARD STEINKE

Am 16. Mai 2009 eingeweiht: Die Gedenkstätte in Maxkeim, nur wenige Kilometer von Bartenstein entfernt, erinnert daran, dass das Krankenhaus Bartenstein nach Kriegsende dorthin ausgelagert worden ist, nachdem die Zahl der Typhus-Patienten stark zugenommen hatte. Mehrere Hundert Patienten und ärztliches Personal sind dort verstorben. Das Heimatblatt „Unser Bartenstein“ im Jahr 2009 enthält einen ausführlichen Bericht über die Einweihung

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Sommerreise

Vom 16. bis zum 23. Juli fährt die Kreisgemeinschaft Goldap in Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Reiseunternehmen nach Danzig, Marienburg, Goldap und Thorn. Neben einem interessanten Reiseprogramm haben die Goldaper Reiseteilnehmer Gelegenheit, ihre Familien-Heimatorte im Kreis Goldap und/oder den Nachbarkreisen zu besuchen. Der Besuch des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft im Garten des „Haus der Heimat“ in Goldap wird ein fester Programmpunkt sein.

Geplant ist, dass das Ehepaar Trucewitz den Bus in Goldap erwartet und in Goldap für die Reisegruppe als Ansprechpartner und als Busbegleitung vor Ort ist.

Start: Lehrte mit Zusteigemöglichkeiten in Potsdam (Hauptbahnhof) und mit Absprache des Reiseunternehmens entlang der Fahrtroute. Übernachtungen: In Danzig, Allenstein, Goldap und Thorn in guten Mittelklassehotels, alle Übernachtungen sind mit Frühstück und Halbpension. Im Preis, bitte bei Annelies Trucewitz anfragen, inbegriffen sind Stadtführungen, Besichtigungen, Masurenrundfahrt, Rundfahrt Kreis Goldap/Rominter Heide, Kloster Wigry, Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal und vieles mehr. Sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung zu allen Programmpunkten.

Die Reise wird in dieser Form bei einer Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen stattfinden, eine Reiserücktrittversicherung wird empfohlen und kann mit gebucht werden. Anmeldungen und weitere Auskünfte zu Preisen, Fahrtrouten und Erkundigungsfahrten im Kreis Goldap bei: Annelies Trucewitz, stellvertretende Kreisvertreterin, Telefon (04142) 3552.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Sonnabend, 15. Februar, 10 bis 14 Uhr, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Kosten: 59,– Euro: **Entdecke deine Bärenkraft**, Selbstbehauptung und Resilienztraining für Kinder von sechs bis elf Jahre. Der nächste Termin wird stattfinden, Sonnabend, 15. März, 10 bis 14 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89710 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de

Dienstag, 4. März, 19 bis 21 Uhr: Ostpreußische **Graue Erbsen** mit Schnaps und Nachtisch, 20 Euro pro Person. Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89710 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Sonnabend, 8 März, 19 bis 21 Uhr, Eintritt: 15,– Euro: **Konzert zum Weltfrauentag** im Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“. Coco und Co. Weltbewegende Weiblichkeit. Ein Konzert für Eva und Adam, Musik: Katharina, Marija und PETRA, Text und Moderation: Sibylle. Informationen und Karten unter Telefon (04121) 89710 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Freitag, 14. März, 19 bis 21 Uhr, Karten: 25,- Euro: Premiere des historischen Schauspiels von Raimar Neufeld **„Der Grafenmord zu Rantzau“**. Karten und weitere Informationen unter Telefon (04121) 89710.

Rätsel

Dauerbezug (Kurzwort)		munter, lebhaft		Verhältniswort	Abteilung eines Verlages	Hofsitte, Hofzeremoniell	die Ackerkrume lockern		Uferstreifen zum Baden		Insekt mit Stachel		längeres schmales Lederband	Getränkemischer		Gebirge zwischen Europa u. Asien	amerik. Schriftsteller (William)	griechische Siegesgöttin		Hafenstadt in Jemen	
Sehhilfe	▶						Zaun; Reithindernis	▶						aufsteigender Luftstrom	▶						
▶					Abschnitt der Woche	▶			ungeschickt, unbeholfen		spanisch: Gebirgskette	▶						Abkürzung für senior		blassroter Farbton	
unartig; schlecht	Schallumwandler (Kurzform)		japanischer Farbkarpfen	▶			Teilstrecke	▶						das Federkleid wechseln	▶						
gehacktes Schweinefleisch	▶				mehrstimmiges Lied	▶					glasartiger Schmelzüberzug	▶							Greisin		regelmäßige Abfolge
deutlich		Anerkennung	Ausruf der Bestürzung	▶			Erstürmung, Eroberung	Stadt in den Niederlanden	▶		erwischen, überraschen			Arbeitsgruppe; Mannschaft		Gefängnis (ugs.)	▶				
je, für (lateinisch)	▶				Stück vom Ganzen	▶				Altersruhegeld	▶					Sondervergütung		mäßig warm	▶		
▶			Vorsilbe: gegen (griech.)	▶				Partner von Patachon	▶		furchtsam, besorgt	Nachlassempfänger	▶					trocken; mager		amerik. Viehzuchtbetrieb	
Früchte	▶				Platzmangel, Raumnot	▶				schwed. Poplegende	▶				eine Ware bestellen	▶					
plötzlich, unerwartet		Kfz-Zeichen Kreis Lippe	▶				Gebetsschlusswort	▶							Teigware			chem. Zeichen für Gold			
▶					Kegel beim Bowling	▶							Schicksal, Geschick	verschiedener Ansicht, Meinung	▶						
festliche Veranstaltung		Mühsal, Qual			Inselgruppe im Atlantik		Zucker-, Schokoladenüberzug	▶										Verbund dt. TV-Sender (Abk.)			Klang, Laut
▶								Greifvogel, Aasfresser						Senke im Gelände	Metallstrang, -faden	▶					
Burg in der Eifel	▶					kaltes Erfrischungsgetränk	▶										abgeschaltet, nicht an			Widerhall	
Fußpfad	Sieger, Bester		Koseform für Großmutter	▶				Spaß; Unfug	ein Planet				befrachten, bepacken	▶							
▶			Laubbaum mit weißer Rinde			selten, knapp		erhöhen, auszeichnen							grober Holzklotz			Hautsalbe			niedersächsischer Hafen
Weinstock	▶					kleines marderartiges Raubtier	▶							Zunge am Schuh	▶						
eigensinnig, hartnäckig		Fluss zur Donau	▶				kaufmännisch: heute	▶								Kurort	italienische Hauptstadt	▶			
▶					gerade jetzt	▶								eine Spielkarte	▶					Zeichen für Milliliter	
französischer Weichkäse		Heilverfahren; Heilurlaub	▶				Vergrößerungsglas	▶							Frau, die ein fremdes Kind stillt						
▶					Aufschlag für geliehenes Geld	▶								kahl werden (Tannen)	▶						

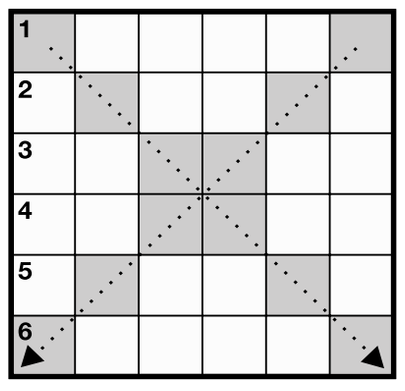
PAZ25_06

Sudoku

2								4
		3	8	7	9	1		
		1	2		4	6		
	2	4				8	5	
9								2
	8	6				4	9	
		7	4		2	3		
		2	1	6	7	5		
4								7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



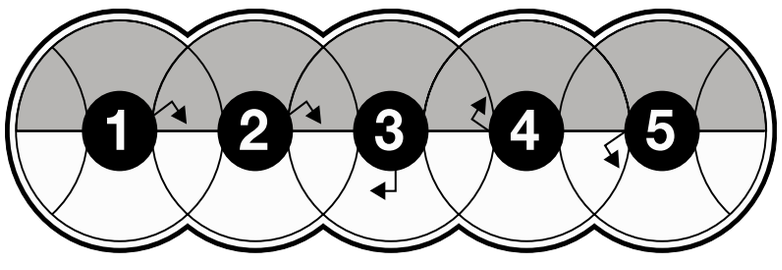
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bindeworte.

1 Haarbüschel
2 entleihen
3 verbleibend, restlich
4 Gewürzständer
5 Nachsicht, Langmut
6 Höchstleistung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Gasthaus an der Autobahn.

1 Gebirgskette (spanisch), **2** Einzelsänger, -spieler, **3** Stadt in der Herzegowina, **4** Narkosemittel, **5** ehrenhaft, anständig



Sudoku:

2	7	8	6	5	1	9	3	4
6	4	3	8	7	9	1	2	5
5	9	1	2	3	4	6	8	7
7	2	4	9	1	6	8	5	3
9	1	5	3	4	8	7	6	2
3	8	6	5	7	2	4	9	1
1	5	7	4	9	2	3	8	6
8	3	2	1	6	7	5	4	9
4	6	9	5	8	3	2	1	7

Kreiskette: 1. Sierra, 2. Solist, 3. Mostar, 4. Aether, 5. honett – Kastaette

Diagonalrätsel: 1. Schopf, 2. borgen, 3. uebrig, 4. Menage, 5. Geduld, 6. Rekord – sobald, ferner

So ist's richtig:

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

OMV ist jetzt UdVA

Am 29. Januar fand im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin die außerordentliche Bundesdelegiertentagung der Ost und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge statt. Unter dem Leitgedanken „Eine Union. Für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten“ haben die Delegierten über die politische Ausrichtung, die zukünftige Arbeit und den Wahlkampf zur bevorstehenden Bundestagswahl beraten.

Ein zentrales Thema war die Namensänderung der Parteivereinigung in „Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der CDU und CSU (UdVA)“, die mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Damit werde ein klares Zeichen für die Sichtbarkeit der Zielgruppen innerhalb der Union und die enge Zusammenarbeit mit CDU und CSU gesetzt, betonte der Bundesvorsitzende, Egon Primas, und ergänzte: „Manchmal ist für den Weg in die Zukunft auch eine neue Marke nötig“. Zuspruch gab es vom Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Friedrich Merz MdB, der aufgrund einer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag nicht teilnehmen konnte. Dafür hatte er am frühen Morgen eine Video-Grußbotschaft aufgenommen und erklärte darin, der Namenswechsel sei für den Einsatz der Vereinigung wichtig. „Und es braucht Ihren Einsatz. Wir brauchen Sie!“, so der CDU-Kanzlerkandidat.

Weitere inhaltsreiche Grußworte kamen von Christoph de Vries MdB, dem Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Bernd Fabritius, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, und Bernard Gaida, dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN.

Im Anschluss fand die hybride Auftaktveranstaltung des Netzwerks „Deutsche aus Russland und Aussiedler“ statt, das auf Initiative und mit Unterstützung der CDU unter der Leitung der stellvertretenden UdVA-Bundesvorsitzenden Albina Nazarenus-Vetter nunmehr als Arbeitskreis innerhalb der UdVA seine Arbeit fortsetzen wird.

In einem lebendigen Austausch wurde über die beabsichtigte politische Arbeit, die laufende Wahlkampf-Kampagne und die nächsten Arbeitsschritte gesprochen. Besonders erfreulich war die aktive Beteiligung der online Zugeschalteten. Albina Nazarenus-Vetter erklärte, sie freue sich auf die gemeinsamen Aktivitäten und den Dialog: „Lasst uns die Kräfte bündeln und dafür sorgen, dass unsere Anliegen im Wahlkampf, aber auch darüber hinaus Gehör finden!“ *Iris Schumann, UdVA*

Spricht vor dem neuen Logo der UdVA, ehemals OMV: Christoph de Vries MdB *Foto: UdVA*

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Fragen beantwortet Heidi Mader, per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,
E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Gerhard Toffel

Ein Leben für Ostpreußen und die Kreisgemeinschaft Neidenburg.

Gerhard Toffel wurde am 30. Mai 1928 in Kleinkosel, Kreis Neidenburg, Ostpreußen geboren. Er absolvierte eine Lehre als Verwaltungsfachmann, und zwar noch in seiner Heimat Ostpreußen. Dann kam die Flucht in den Westen, genauer ins Ruhrgebiet.

Schon sehr früh, in jungen Jahren, brachte er sich in verschiedenen Aufgaben für die Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. ein. Von 1985 bis 1993 führte er das Amt des Schriftleiters aus. Mit den beiden Bildbänden „Der Kreis Neidenburg/Ostpreußen im Bild“ hat er sich als Mitherausgeber ein ewiges Denkmal geschaffen. Nachfolgende Generationen profitieren von diesen Werken.

Die Neidenburger Heimatstuben lagen ihm besonders am Herzen. Man kann sagen, dass sie ein Lebenswerk von ihm sind. Bis zu seiner Krankheit betreute er mit seiner Frau Hilde dieses kleine Museum in Bochum-Werne.

1986 erhielt Toffel für seinen Einsatz für Ostpreußen die silberne Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen. Im Jahre 1996 folgte, in Anerkennung seiner Leistungen, die goldene Ehrennadel.

Am 19. September 2005 wählte ihn die Kreisgemeinschaft zum Kreisältesten auf Lebzeit.

Auf eine ganz besondere Ehrung der Patenstadt Bochum muss hingewiesen werden. Am 13. Oktober 2013 erhielt Toffel von der damaligen Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz, die Ehrenplakette der Stadt Bochum. Der Wert dieser Ehrung zeigt sich darin, dass sie nur alle fünf Jahre verliehen wird.

Am 22. Januar 2025 schloss er in seinem erreichten, hohen Alter für immer die Augen. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gelten seiner Ehefrau Hilde und den Angehörigen.

Wir von der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. sind Gerhard Toffel für seine geleistete Arbeit zu großem Dank verpflichtet. Der Dank kann eigentlich nicht groß genug sein, denn seine Arbeit im Hintergrund war unerschöpflich. Das Leben ist vergänglich, doch die Spuren seines Lebens, seiner Arbeit und seines Werkes, werden stets für uns lebendig sein.

Wir werden Gerhard Toffel ein ehrendes Andenken bewahren.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

Die fünfte Jahreszeit – Schacktarp

Schacktarpzeiten waren schwere Zeiten, da sie jeden Verkehr der Menschen untereinander unterbanden. Trat ein Notstand ein, musste man ausharren.

Wenn im Spätherbst die Weststürme über das Haff brausten, drückten sie das Wasser des Haffs weit hinein über das Land. Setzte ein leichter Frost ein und überzog die Wassermassen mit einer dünnen Eisdecke, die keinen Menschen trug, aber auch zu stark war, um mit dem Kahn leicht durchbrochen zu werden, dann herrschte der Schacktarp, dann saßen die Menschen gefangen in ihren Häusern, jede Verbindung zur Außenwelt war abgeschnitten. Im Frühling traten ähnliche Zustände ein. Im Quellgebiet der Memel begann die Schneeschmelze etwa 14 Tage früher als in ihrem Mündungsraum. Die Schmelzwasser füllten die Bäche, Flüsse und strömten die Memel hinab, dem Kurischen Haff entgegen. In den Mündungsarmen der Memel stand noch das Wintereis in alter Lage, wurde aber durch die vermehrte Wassermenge des Stromes gehoben, kam in Bewegung, brach und schob sich übereinander. Der Flusslauf war nicht mehr zu Fuß zu überqueren, der Kahn konnte zwischen den sich bewegenden Schollen noch nicht gebraucht werden. Auch auf den Wiesen am Haff und in den Erlenwäldern trat der Schacktarp seine Herrschaft an. Das geschah, wenn das Eis durch die Strahlen der Frühlingssonne tagsüber so mürbe wurde, dass man es nicht betreten konnte, und leichte Nachtfröste es wieder zusammenzogen, dass es nicht gänzlich wegtaute.

Aus dem LO-Arbeitsbrief: *„Im Land der Elche“*

Die gefürchtete Jahreszeit: Schaktarp oder auch Schacktarp am Kurischen Haff um 1924 *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

ANZEIGEN

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V.

Mit Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Gerhard Toffel

* 30. Mai 1928 in Kleinkosel/Ostpr.
† 22. Januar 2025 in Leer/Ostfriesland

Der Verstorbene war in vielen Tätigkeiten in der Kreisgemeinschaft aktiv. Seit 2005 war er Kreisältester auf Lebenszeit.

Für sein unermüdliches, langjähriges Arrangement, erhielt er die silberne und die goldene Ehrennadel der „LO“ verliehen. Eine besondere Ehrung, war die Verleihung der Ehrenplakette der Patenstadt Bochum, die nur alle fünf Jahre verliehen wird.

Wir „Neidenburger“ sind dankbar und werden Herrn Gerhard Toffel, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ulrich Pokraka Kreisvertreter
Ute Kondritz Stellvert. Kreisvertreterin

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Gerhard Toffel

* 30. Mai 1928 in Kleinkosel, Kreis Neidenburg
† 22. Januar 2025 in Leer

Der Verstorbene war Kreisältester der Kreisgemeinschaft Neidenburg, von 1985 bis 1993 Schriftleiter des Neidenburger Heimatbriefs und langjähriger Betreuer der Neidenburger Heimatstuben.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Gerhard Toffel im Jahre 1996 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese, Stellv. Sprecher
Stephan Grigat, Sprecher
Friedrich-Wilhelm Böld, Schatzmeister

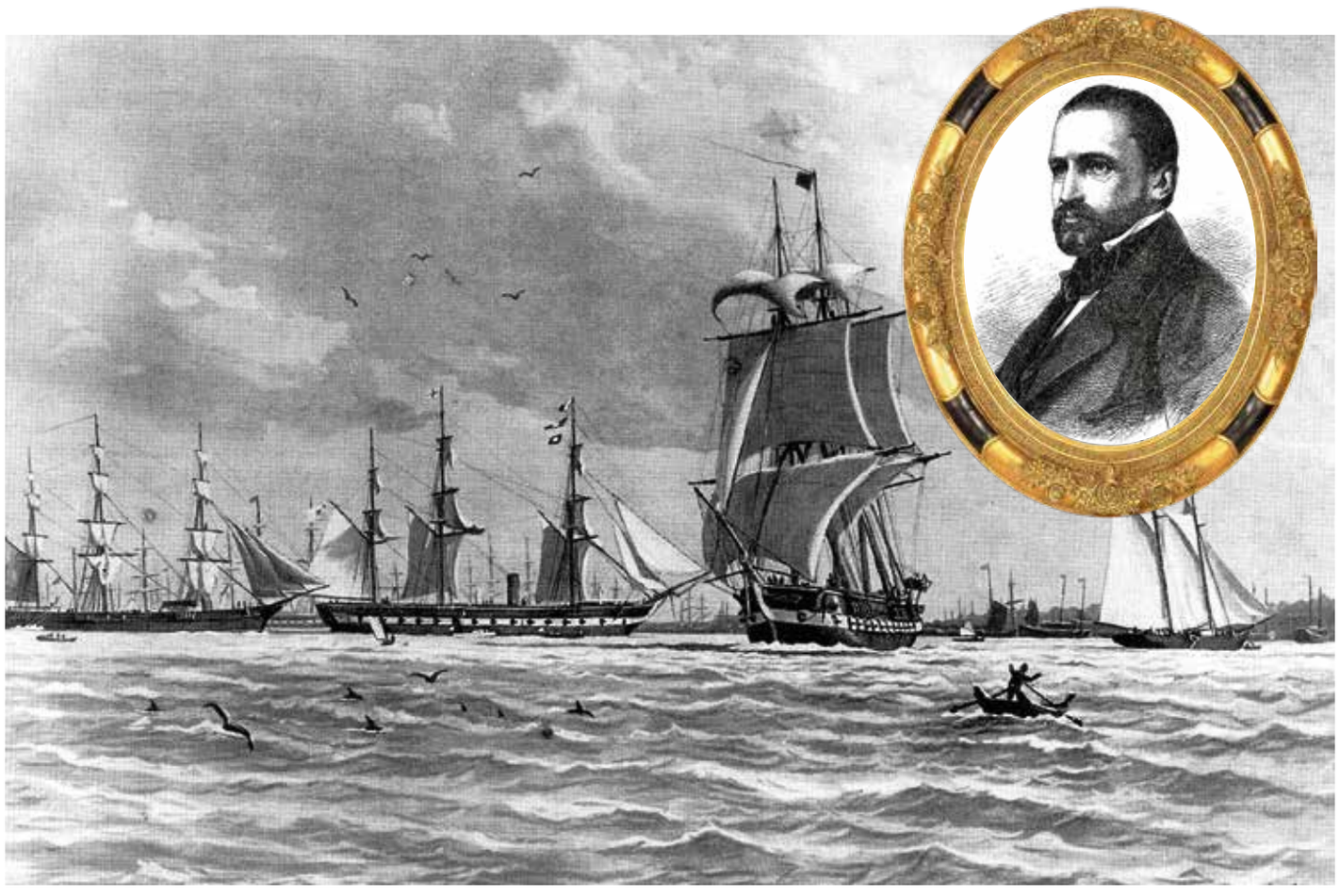
GESCHICKTER VERHANDLUNGSFÜHRER

Graf zu Eulenburg als Preußens Weltmacht-Ikone

Mit seiner Ostasien-Expedition untermauerte er den Führungsanspruch Preußens in Deutschland und in der Welt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ab 1842 gelang es den Großmächten USA, Frankreich, Großbritannien und Russland nach und nach, Japan und China die sogenannten Ungleichen Verträge aufzuzwingen und dadurch wirtschaftliche Privilegien zu erlangen. Dann schickte 1857 auch das Kaisertum Österreich Emissäre nach Ostasien. Daraufhin sah sich Preußen veranlasst, ebenfalls eine Expedition auszusenden, um seine Führungsrolle in Deutschland zu demonstrieren und im Namen aller Staaten des Deutschen Zollvereins, der Hansestädte und beider Mecklenburgs handelspolitische Abkommen mit China, Japan und Siam abzuschließen.



Die Preußische Ostasienexpeditionsflotte brach im Dezember 1889 auf. Die Gesamtleitung hatte der außerordentliche Gesandte und Minister Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg *Bild: Wikimedia; mauritius images/ Sunny Celeste/imageBROKER*

Idealbesetzung für heiklen Posten

Die Preußische Ostasienexpedition begann im Dezember 1859 mit dem Auslaufen der Dampfkorvette „Arcona“, der Segelfregatte „Thetis“, des Zweimastschoners „Frauenlob“ und des Transportschiffes „Elbe“ aus Danzig. Das militärische Kommando über das kleine Geschwader hatte der aus Schweden stammende Kapitän zur See Henrik Ludvig Sundevall inne, während die Gesamtleitung bei dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg lag. Dieser sollte sich als die Idealbesetzung für den heiklen Posten erweisen.

Der am 29. Juni 1815 in Königsberg geborene zu Eulenburg entstammte einem uralten Adelsgeschlecht. Einer seiner Lehrer, der spätere Reichsgerichtspräsident Eduard von Simson, bezeichnete den Ostpreußen als den „begabtesten Menschen“, der ihm je begegnet sei. Insofern war es nur natürlich, dass der Graf nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften zunächst zum Vortragenden Rat im preußischen Innenministerium avancierte und danach ab 1852 auch im diplomatischen Dienst reüssierte. Im Jahr 1859 sollte zu Eulenburg dann als Generalkonsul nach Warschau gehen, wurde aber letztlich aufgrund seines immer wieder unter Beweis gestellten Verhandlungsgeschicks zu guter Letzt mit der Ostasienmission betraut.

Harakiri wegen Brüskierung

Diese machte zuerst in der japanischen Hauptstadt Station, welche damals noch Edo hieß. Dort stießen die „langnasigen Teufel“ aus Preußen auf eine ausgesprochen fremdenfeindliche Bevölkerung. Schließlich wurde am 15. Januar 1861 der Gesandtschaftsdolmetscher Hendrick Heusken von mehreren herrenlosen Samurai ermordet. Dennoch gelang es zu Eulenburg am 24. Januar 1861, einen Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Japan abzuschließen. Hierdurch erhielt Preußen die gleichen Vorrechte wie die anderen westlichen Mächte. Jedoch galten die gewährten Privilegien nicht für die übrigen deutschen Staaten, weil diese keine eigenen Beauftragten nach Edo geschickt hatten. Einer der japanischen Unterhändler war über diese „Brüskierung“ so verstört, dass er Harakiri beging.

In China hatte zu Eulenburg nach siebenmonatigen zermürbenden Verhandlungen mehr Glück. Der Ungleiche Vertrag mit dem Reich der Mitte vom 2. September 1861 räumte nicht nur Preußen besondere Vorrechte ein, sondern allen Mitgliedern des Deutschen Zollvereins.

Während des Aufenthalts in Schanghai hatte zu Eulenburg den Auftrag aus Berlin erhalten, die Insel Formosa, also das heutigen Taiwan, zu annektieren. Dies verweigerte er jedoch unter Verweis auf das angeblich mörderische Klima dort und die militärische Schwäche seines Geschwaders, welches alles in allem nur 72 kleinere Geschütze mitführte.

Großer Erfolg in Siam

Die letzte Station der Reise war Bangkok, wo die Mission am 22. September 1861 eintraf. Der siamesische König Mongkut fürchtete damals vor allem die kolonialen Ambitionen der Franzosen und wollte Preußen als Verbündeten gewinnen. Daraus resultierte die Unterzeichnung des Vertrages zwischen Siam und Preußen inklusive des Zollvereins und der Mecklenburgs am 7. Februar 1862, der es den Deutschen sogar ermöglichte, Land in Siam zu erwerben.

Karriere trotz Verluste

Die Preußische Ostasien-Expedition endete im Sommer 1862 mit der Rückkehr der „Arcona“, „Thetis“ und „Elbe“ nach Danzig. Die „Frauenlob“ ruhte dahingegen schon seit dem 2. September 1860 mit allen 47 Besatzungsmitgliedern auf dem Grund der Bucht von Tokio. Dort hatte ein Taifun für den ersten Totalverlust eines Schiffes der preußischen Marine gesorgt. Darüber hinaus zählte man während der Mission auch 31 Todesfälle auf der „Arcona“. Zudem desertierten 14 der einfachen Matrosen, bei denen es sich in der Regel vielfach um zwangsrekrutierte wehrpflichtige ostpreußische Bauernsöhne handelte.

Andererseits wiederum machten 25 der beteiligten 64 Seeoffiziere und -kadetten später noch groß Karriere in der Marine: Sie erreichten entweder den Admiralsrang oder avancierten sogar zum Marineminister. Insofern legte das preußische Ostasien-Abenteuer den Grundstein für den Aufbau der Reichsmarine. Darüber hinaus hatte Preußen durch zu Eulenburgs gekonntes Wirken seinen Weltmachtstatus und seine Führungsrolle in Deutschland auf eindrucksvolle Weise untermauert.

Der Graf stieg daher aufgrund seiner Verdienste am 8. Dezember 1862 zum preußischen Innenminister auf, trat dann aber im März 1878 wegen der Kritik an seinen Verwaltungsreformen zurück. Am 2. Juni 1881 starb Friedrich Albrecht zu Eulenburg in Schöneberg bei Berlin, wonach er im nordbrandenburgischen Liebenberg zur letzten Ruhe gebettet wurde.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Sorben und Deutsche vor ihrer Vogelhochzeit

Traditionssymbiose, um gemeinsame Minderheiteninteressen zu fördern, liegt im Trend

Verkleidete Kinder, süße Überraschungen, Gesang und bunte Umzüge – das alles ist kein Karneval, sondern die Vogelhochzeit. Während dieses Fest in den sorbischen Gemeinden Sachsens und Brandenburgs traditionell am 25. Januar gefeiert wird und damit passé ist, wird der Brauch in Oberschlesien gerade entdeckt. In Stubendorf [Izbicko], etwa 40 Kilometer von Oppeln [Opole] entfernt, gehört die Vogelhochzeit in den Winterferien seit einigen Jahren zum festen Freizeitangebot für Kinder der deutschen Volksgruppe. Eingeführt hatte den Brauch Emilia Wójcik, die viele Jahre als Grundschullehrerin in der Oberlausitz gearbeitet hatte und dort die Tradition kennenlernte. Zurück in ihrer oberschlesischen Heimat engagiert sich Wójcik in der Dorfgemeinschaft, die sich zum Großteil aus Mitgliedern der deutschen Volksgruppe zusammensetzt. Und weil in die Winterferienzeit auch der internationale Tag der Muttersprachen fällt, erinnerte sie sich an den sorbischen Brauch und an das beide Volksgruppen verbindende Element.

Dieses Kinderlied ist der Ausgangspunkt in Wójciks Vogelhochzeitsprojekt, das aus mehreren Stationen besteht. In diesen Stationen, also kleineren Gruppen, lernen die Kinder neben dem Lied und den dazugehörenden Bewegungen auch etwas über Vogelarten, die in unseren Breitengraden überwintern, backen Kekse in Vogelformen, bereiten Vogelfutter zu und erfahren etwas über die sorbische Minderheit in Deutschland im Vergleich zu den Deutschen in Oberschlesien.

Wójcik ist es ein Anliegen, den Kindern mit auf den Weg zu geben, „dass die Sorben, die das Fest feiern, eine Minderheit in Deutschland sind. „Es ist wichtig den Kindern zu zeigen, dass eine Minderheit zu sein vor allem kulturelle Werte in sich trägt, die unsere Bevölkerung hier auch bereichern. So wirkt sich das in Sachsen und in Brandenburg, wo die Sorben leben, aus. Ich würde mich freuen, wenn wir das in Oberschlesien genauso verstehen würden.“

Zu ihrem Projekt lädt Wójcik auch Lehrer und Multiplikatoren aus benachbarten Ortschaften ein, die gerne das eine oder andere aus Stubendorf übernehmen, zum Beispiel, wie man das Thema Minderheit mit Kleinkindern erarbeiten kann. Gründe genug wird es dafür geben, denn 2025 jährt sich die Verabschiedung des Minderheitenschutzgesetzes in Polen zum 20. Mal. Dies biete also besonderen Anlass, das Thema Minderheiten im Unterricht zu behandeln.

Sie hat die Minderheiten im Visier: Emilia Wójcik führt mit großem Engagement einen sorbischen Brauch in Oberschlesien ein. *Bild: Wagner*

So hatten sich auch Parlamentarier dem Thema stellen müssen. Am 4. Februar wurde im polnischen Parlament eine Konferenz organisiert, die deutlich machte, dass neben den 13 bereits anerkannten nationalen und ethnischen Minderheiten, also den Deutschen, Weißrussen, Tschechen, Litauern, Armenier, Russen, Slowaken, Ukrainern, Juden, Karaimen, Lemken, Roma und Tataren, noch eine Reihe weiterer auf ihre Anerkennung warte. Die links-feministische Abgeordnete Wanda Nowicka ist Vorsitzende des Minderheitenausschusses im Sejm. Sie arbeitet seit der vergangenen Legislaturperiode an der Anerkennung der Griechen als Minderheit. Auch die Wilmesauer, eine Volksgruppe, deren Name vom Städtchen Wilmesau [Wymysoü/Wilamowice] in Kleinpolen direkt an der Grenze zu Oberschlesien, herrührt, ist darunter. „Wie lange warten die Wilmesauer schon darauf, dass ihre Sprache anerkannt wird. Schließlich könnte diese Sprache im Handumdrehen aussterben, denn diese kleine Minderheit ist sehr überaltert und schrumpft rasant“, sagte Nowicka in Warschau.

Das Wilmesauische hat sich aus einer mittelalterlichen deutschen Sprachinselsituation eigenständig fortentwickelt. Auch die National-Oberschlesier mit slawischem Idiom stehen um die Anerkennung ihrer Ethnie und Sprache an. Für sie hatte während der Warschauer Konferenz Henryk Kroll, der einstige Abgeordnete der Deutschen Minderheit, Partei ergriffen. „Das halte ich für ein wichtiges Unterfangen dieses Parlaments: die Anerkennung der (ober-)schlesischen Sprache. Die polnischen Regierungen, die vergangenen wie die gegenwärtigen, haben diese Sprache zerstört“, monierte er und forderte neben dem bereits anerkannten Kaschubisch nun endlich auch das (Ober-) Schlesische zu fördern.

Chris W. Wagner

WIRTSCHAFT

Der Tourismus und (k)eine Fata Morgana

Werden sich Erholung, Natur und Energiegewinnung vor Pommerns schönster Küste vereinbaren lassen?

VON ERWIN ROSENTHAL

Auf der Seebrücke in Ahlbeck: Schemenhaft wie eine Fata Morgana taucht die Bohrinsel am Horizont auf *Foto: Rosenthal*

Bedrohlich ragt sie am Horizont auf, zehn Kilometer vor den pommerschen Ostseebädern Heringsdorf, Swinemünde und Misdroy: die 70 Meter lange und 68 Meter breite dänische Bohrinsel „Noble Resolve“. Die US-Firma Noble Corporation, die von einem kanadischen Unternehmen beauftragt wurde, in der Ostsee Erkundungsbohrungen vorzunehmen, hat sie gechartert. Anderthalb Monate soll sie dauern, die Suche nach Erdgas, eine kommerzielle Gasförderung könnte nach polnischen Medienberichten hingegen erst nach 2027 beginnen.

Begründet wird die Wahl des Standortes der Bohrplattform mit der bereits vorhandenen Infrastruktur Swinemündes, insbesondere mit dem dortigen LNG-Umschlagterminal. Zudem würde das Ende des polnischen Gasliefervertrags mit Gazprom nahelegen, dass eine stärkere heimische Gasversorgung für das Land insgesamt sowie die Wollin-Region im Besonderen von großem Nutzen wäre, heißt es auf der Internetseite des Unternehmens.

Energie im Wandel

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Erkundungsbohrungen erfolgreich verlaufen werden. Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass die bei Touristen beliebte vorpommersche Insel Usedom reich an Bodenschätzen ist. Bereits im Jahre 1965 wurde man bei einer Bohrung auf der Halbinsel Gnitz, westlich des Ostseebades Zinnowitz gelegen, fündig. 100 Tonnen Reinöl wurden dort pro Tag gefördert. Schließlich erwuchs in den Folgejahren die Erdöllagerstätte Lütow, aus der bis heute mehr als 1,3 Millionen Tonnen Erdöl gewonnen werden konnten.

Etwas später, im Jahre 1981 entdeckten Geologen eine Gaskondensat-Lagerstätte in Heringsdorf. Wie das Erdöl in Lütow ist das Heringsdorfer Gas an die Speichergesteine des Staßfurtkarbonats im Zechstein gebunden. Die Bohrung wurde seinerzeit unmittelbar neben der Strandpromenade des Seebades Heringsdorf, auf dem dortigen Sportplatz, niedergebracht. Um den Tourismus so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, erfolgten die Bohrarbeiten außerhalb der Hauptsaison, von September 1983 bis Februar 1984.

Die Einwohner Heringsdorfs fühlten sich während der Testarbeiten durch den im gesamten Ort wabernden penetranten Geruch nach Schwefelwasserstoff, vorbeugende Evakuierungen, weithin sichtbare Flammen auf einem Hochfackelmast und eine definierte Sicherheitszone stark beeinträchtigt. Sie waren überzeugt, dass Erdgasförderung und Tourismus unvereinbar sind. Zur Förderung des Heringsdorfer Erdgases kam es glücklicherweise nicht. Der DDR fehlten die finanziellen Mittel, um Aufbereitungsanlagen für das aggressive, schwefelwasserstoffhaltige Erdgas zu beschaffen.

Nach der friedlichen Revolution in den Jahren 1989/1990 wurde durch den Eigentümer des Bergwerksfeldes, die Erdöl-Erdgas Gommern GmbH, hiernach die Erdgas Erdöl GmbH im Eigentum der Gaz de France erneut der Versuch unternommen, die Ausbeutung der Heringsdorfer Lagerstätte vorzunehmen. Das Erdgas sollte nach seiner Reinigung „bohrlochsnah“ in einem Kraftwerk verstromt werden. Mit dem erzeugten Strom wollte man eine Meerwasserentsalzungsanlage betreiben und auf diese Weise die Skeptiker des Projekts umstimmen. Das sehenswerte Erdölmuseum im vorpommerschen Reinkenhagen dokumentiert die Pläne sehr ausführlich.

Bürgerproteste

Die ablehnende Haltung der Bewohner, insbesondere aber jener, die vom Tourismus profitieren, verhinderte das Vorhaben. Es wurde im Jahr 2002 im Zuge eines Raumordnungsverfahrens abgelehnt. Gegenwärtig ist Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus verärgert über die neuen Probebohrungen, denn die deutschen Behörden wurden nicht im Voraus über das Projekt informiert, obwohl es eine entsprechende Vereinbarung gibt. „Es ist mir wichtig, dass wir umfassend über die Bohrungen aufgeklärt werden“, so Backhaus im Landtag in Schwerin. Zudem schließt der Minister nachteilige grenzüberschreitende Auswirkungen der Erkundung und eine mögliche Förderung des Gases nicht aus.

Beobachtungen in der Gemeinde Heringsdorf würden nahelegen, dass dort durch die Bohraktivitäten Lärm- und Vibrationsbelastungen entstehen könnten. Zudem könne nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass die Erkundungsbohrungen und dabei gegebenenfalls austretende Stoffe Auswirkungen auf die Fauna und Flora im Küstenmeer von Mecklenburg-Vorpommern haben. Mit Sicherheit würden aber auch die beliebten polnischen Ostseebäder Misdroy und Swinemünde in Mitleidenschaft gezogen.

Sorge macht den benachbarten deutschen Ostseebädern und den Betreibern des Rostocker Überseehafens auch der östlich der Swine auf der Insel Wollin geplante sehr große Containerhafen.

Im Stadtparlament und in der Stadtverwaltung von Swinemünde gibt es offenbar zwei „Fraktionen“. Während die eine vor allem die See- und Hafenwirtschaft sowie die Energieversorgung im Fokus hat, favorisiert die andere den Tourismus.

Die Zukunft wird zeigen, ob sich die weitere Industrialisierung Swinemündes und der Tourismus auf den Inseln Usedom und Wollin vereinbaren lassen.

MELDUNGEN

Ordensburg, Walrosse und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Vom 1. bis 19. März findet das 10. Stettiner Jazz-Festival statt. Zu den eingeladenen Gästen zählen Dianne Reeves und Anna Maria Jopek. Jazz-Fans können sich zudem auf eine bunte Mischung von Konzerten, musikalischen Workshops und Jam-Sessions freuen. *TS*

Anklam – Nachdem die Stadt ein Grundstück verkaufte, deren Erwerb sie nicht nachweisen konnte, forderte der Bund dessen Erlös von 100.000 Euro ein, da der Bund automatisch Eigentümer wäre. Nun fand sich ein Nachweis von 1990: Der Bund zahlte die 100.000 Euro zurück. *TS*

Bütow – Für zwei Millionen Euro sollen Bau- und Sanierungsarbeiten an der Ordensburg des Deutschen Ritterordens in Bütow vorgenommen werden. Dabei sollen unter anderem die Kellergewölbe ihre Ursprünglichkeit zurückerhalten. Auch die Darstellung der Geschichte des historischen Gebäudes soll verbessert werden. *TS*

Pasewalk – Nachdem in der Stadt auf Initiative des Chronisten Egon Krüger an 78 jüdische Bürger mit sogenannten Stolpersteinen erinnert wurde, erfolgt am 12. Februar die Verlegung einer Stolperschwelle am Gleis 4 des Pasewalker Bahnhofs, von dem aus 13 Juden deportiert wurden. *TS*

Groß Möllen – Am vergangenen Wochenende war es wieder soweit: Sonntag um 12 Uhr stürzten sich – wie in jedem Jahr – tausende Badelustige in die noch kalten Fluten der Ostsee. Bekannt ist es als „Walrossbaden“, das auch in Kolberg jedes Jahr stattfindet. Derzeit beträgt die Wassertemperatur etwa drei Grad Celsius. Zum Aufwärmen gab es Speisen und Getränke. *TS*

Vor 80 Jahren 1945, Schneidemühl
Am 10. Februar begann der Angriff der Roten Armee mit der 2. Weißrussischen Front. Schneidemühl, Ende Januar eingeschlossen, kapitulierte am 14. Februar. Die deutsche 32. Infanterie-Division musste Firchau und Schlochau aufgeben, Deutsch-Briesen fiel am 16. Februar. *TS*

BRAUCHTUM

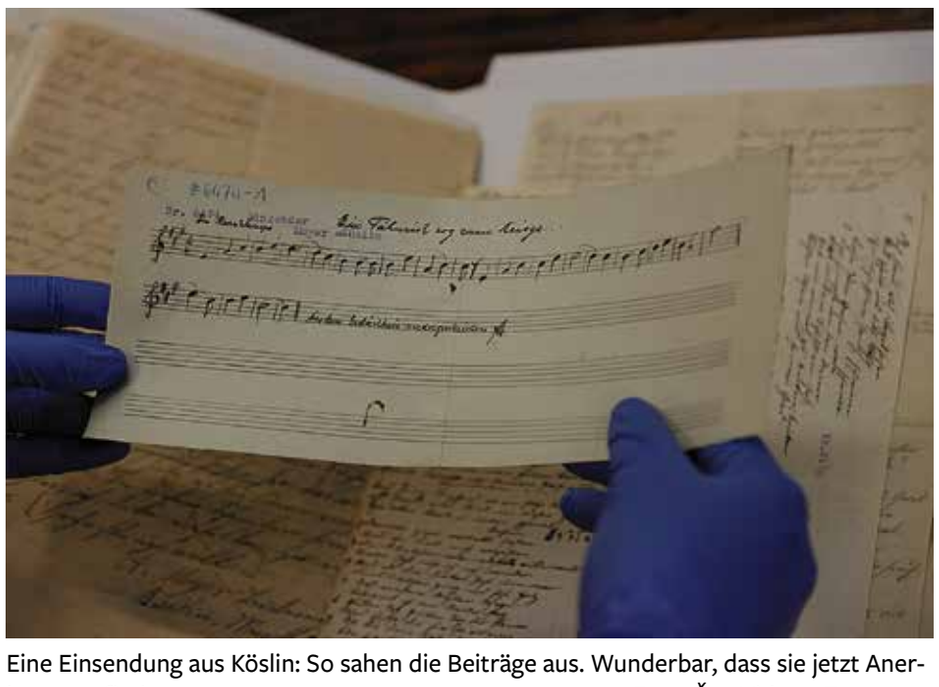
Dem Vergessen entrissen

Pommersches Volksliedarchiv erzählt von dem Leben „im Land am Meer“

Die Sensation liegt bereits etwas zurück. 2014, also vor über zehn Jahren, wurde das Pommersches Volksliedarchiv auf einem Dachboden geborgen. Der damals gehobene Schatz umfasst nach dessen Aufarbeitung und Registrierung etwa 14.000 Volks- und Tanzlieder aus Vor- und Hinterpommern. In Kisten verpackt, mit handschriftliche Notizen versehen war es ein unglaublicher Fund pommersches Kulturerbes. So auch aus dem größten Dorf im Kreis Naugard, in Hackenwalde.

Zu der heutigen Sammlung steuerte der Lehrer Martin Wege im Jahr 1935 drei Texte bei: „Fastelabend, Fastelabend up'n witten Schimmel“ sowie „Hippel den bippel“ und „Ich bin der kleine König“. Wege, der einst als junger Soldat das Grauen des Ersten Weltkrieges erlebte und davor warnte, starb in den ersten Wochen des Zweiten Weltkrieges.

Doch wie kam es überhaupt zu der Sammlung? 1926 begann unter dem Initiator und wissenschaftlichen Mentor Lutz Mackensen das Pommersche Volksliedarchiv mit der systematischen Sammlung des regionalen Liedgutes. Durch die dafür gegründete Arbeitsgruppe wurden zirka 16.000 pommersche Volkslieder aus etwa 450 Orten zusammengetragen – aufgerufen dazu wurde in Zeitungen – und die Resonanz war großartig.

Diese kulturelle Sammeltätigkeit endete im Jahr 1938. Und ab 1945, durch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Teilen von Vor- und Hinterpommern und der sich anschließenden Teilung Pommerns, wurden nicht nur Landesname, sondern auch pommersches Kulturerbe aus dem Alltag ausradiert, um es vergessen zu machen. Auch die jahrhundertealten gewachsenen und bedeutungsvollen Ortsnamen jenseits der Oder sollten verschwinden.

Eine Einsendung aus Köslin: So sahen die Beiträge aus. Wunderbar, dass sie jetzt Anerkennung finden *Foto: Žan Vidmar Zorc, 2025*

Seit 1950 galt das Volksliederarchiv als „verschollen“. Darum ist das Wiederauffinden 2014 durch den Leiter des Universitätsarchivs Dirk Alvermann ein wahrer Glücksfall, wobei sich auch einige Lücken zeigten. Die Sammlung spiegelt humorvoll, spielerisch und manchmal bissig den Alltag und die Sehnsüchte der Pommern wider, denn Volkslieder entstanden zumeist aus bestimmten Lebenssituationen heraus.

Die Universität Greifswald digitalisiert die Bestände des Pommerschen Volksliedarchivs – in Zukunft werden sie vollständig online abrufbar sein. Bereits jetzt lassen sich einige Lieder im Original anhören. *Torsten Seegert*

pommersches-volksliedarchiv.de

„Wahrheit und Wirklichkeit der Abwärtsspirale“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Der Autor bringt auf den Punkt, was in der Medienlandschaft sich niemand zu sagen/schreiben getraut: Wahrheit und Wirklichkeit der Abwärtsspirale seit 20 Jahren“

Wolf Wilhelmi, Stutensee
zum Essay: Zwänge einer Zeitenwende (Nr. 5)

Ausgabe Nr. 5

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN ERFOLG DER CDU/CSU

ZU: ZWÄNGE EINER ZEITENWENDE (NR. 5)

Was so aussieht, als hätte das grünlinke Mainstream-, Parteien- und Medienkonsortium mit der Abstimmung über das „Zustrombegrenzungsgesetz“ gesiegt, stellt eigentlich einen Erfolg der CDU/CSU dar. Immerhin hat jene Abstimmung am 31. Januar gezeigt, welche der Parteien tatsächlich für eine Lösung des unbegrenzten Asylantenzustroms und damit auch für mehr innere Sicherheit in Deutschland sind und welche der Parteien nur aus Sprechblasen und ideologischem Irrsinn bestehen.

Insofern ist eben jene Abstimmung am 31. Januar schon ein Erfolg der CDU/CSU gewesen. Die Wähler sollten das deutlich am 23. Februar im Auge behalten. Ich kann nur hoffen, dass sie das auch so interpretieren. *Manfred Kristen, Freital*

BÖSE VERSCHLUCKT

ZU: ZWÄNGE EINER ZEITENWENDE (NR. 5)

Eine Zeitenwende hat die CDU/CSU erst in Angriff genommen, als der Druck immer größer wurde. Die hätte auch schon eingeläutet werden können, als die ehemalige Bundeskanzlerin noch im Amt war. Jetzt gibt es zwar ein Programm, aber wie soll die Umsetzung erfolgen und mit welchen Parteien? Friedrich Merz wird Kompromisse eingehen müssen, und das mit SPD und/oder Grünen?

Dann bleibt alles beim Alten. AfD, FDP will er auch nicht. Außerdem darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass uns die CDU/CSU mit Angela Merkel nicht nur die fatale Migrationspolitik hinterlassen hat, sondern auch das völlig vor die Wand gefahrene Bildungs- und Gesundheitswesen. Das will Merz alles ändern. Er wird sich möglicherweise mit der AfD auseinandersetzen müssen. Merz sollte daran denken, dass man sich bei zu vollem Mund auch ganz böse verschlucken kann. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

POLENS „DANK“

ZU: „WIR WOLLEN UNS WEITERHIN GESTALTEND EINBRINGEN“ (NR. 4)

Gerade der Bund der Vertriebenen (BdV) und die *PAZ* sollten nicht durch Nennung im gleichen Atemzug den Eindruck erwecken, die Verbrechen von 1945 gegen die ostdeutsche Bevölkerung seien eben eine Antwort auf vom NS-System bewirkte Untaten gewesen. Was damals an Deutschfeindlichkeit ablief, war vielmehr lange zuvor von polnischen Nationalisten eingefädelt worden. Deren heutigen Erben sollte keine Vorlage zur Rechtfertigung einstiger Gewalttaten und für weitere Forderungen hingeschoben werden.

Die Ideologie einer Polonisierung der Gebiete östlich von Oder und Neiße verbreitete schon 1848 der Panslawische Kongress in Prag. Die Gelegenheit zur Umsetzung gab die deutsche Regierung 1916, unter Missachtung von Bismarcks dunkler Vorahnung, einen polnischen Staat zu gründen und auf dessen Dankbarkeit zu setzen. Statt derer begannen Ende 1918 Wojciech Korfanty und ein von ihm angestachelter Mob, mit Mord, Raub von Eigentum und Land sowie einer Reihe von Lagern für Deutsche und religiöse Minderheiten die Prager Vorgaben durchzusetzen.

Die förmliche Abtrennung Westpreußens, Posens und Ostoberschlesiens im Versailler Vertrag bereitete wiederum das Grauen vor, das 1945 mit dem Überfall auf Stettin die Oder sogar noch überschritt. In diesem Schatten wirkt eigenwillig, dass danach deutsche Regierungen Moskaus mehrmaliges Angebot ablehnten, mit verordneter Zustimmung Polens die deutschen Ostgebiete zurückzugeben. Und dass diese sich heute so entschieden für die Rückkehr der ukrainischen Ostgebiete einsetzen. *Hans Lindenmeyer, Heidenheim*

IDEEN GEGEN HITZE UND FEUER

ZU: DAS TÖDLICHE VERSAGEN VON LOS ANGELES (NR. 4)

Ein Teil der kürzlich verbrannten Häuser in Los Angeles wäre wohl zu retten gewesen, gäbe es dort das, was hier in Europa mein Vater schon vor dreißig Jahren zu etablieren versuchte: solide Fassaden aus dick verputzter Mineralwolle gegen Hitze. Ein paar Prototypfassaden überzeugen bis heute – seit 25 Jahren sogar an einem Weltkulturerbe-Bau in Alfeld nahe Hannover.

Unzählige Ideen und Innovationen, welche dem Menschen, dem Klima oder dem Arbeitsmarkt dienlich wären, schlummern in den Schubläden kleiner europäischer Betriebe. Diese aber brauchen mehr Unterstützung und nicht mehr Bürokratie! Das Engagement der Politik bleibt offensichtlich nur den Großen vorbehalten. *Thomas Eggert, Salzburg*

VERBRECHERISCHES REGIME?

ZU: VOM FREUND UND PARTNER ZUM GESCHMÄHTEN DIKTATOR (NR. 3)

Kein Zweifel: Russland wurde mit seinem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine durch den Mann im Moskauer Kreml von einer Autokratie in eine Diktatur gestürzt. Mit allen einhergehenden Zivilisations-, Kulturbrüchen, der damit verbundenen imperialistischen Ignoranz und Paranoia, die Schuld an unvorstellbarem Leid, an hunderttausenden toten Menschen, auf sich geladen hat.

Voraussetzung waren: Beseitigung von Recht, Gesetz, brutale Unterdrückung von gesellschaftlichem Widerstand durch einen omnipräsenten Staatsterror, Ende freier Meinungsäußerung wie Protest gegen den Krieg, Zerschlagung unabhängiger Medien (Internet, Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen), Dominanz einer alle Lebensbereiche umfassenden Staatspropaganda. Im Land besteht wie zu Sowjetzeiten ein Klima von Einschüchterung, Denunziantentum, Angst.

Ein Ausblick: Wirtschaftspolitische Auswirkungen werden das System kollabieren lassen. Die ruinösen Ausgaben für den russischen Militärhaushalt betragen im Jahr 2025 etwa 300 Milliarden Euro, also zirka neun bis zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Weitere Schwierigkeiten für die Wirtschaft Russlands können sich ergeben aus der Demographie, aus einer grassierenden Kerninflationsrate, einer sich abzeichnenden Stagflation, das heißt hohe Inflation bei wirtschaftlicher Stagnation, sinkenden Einnahmen allgemein sowie aus Export, hohen Zinsraten. Eine Ausweitung der Sanktionen würde eine Beschleunigung dieses Szenarios bedeuten.

Kein Zweifel: Jedem humanistisch und freiheitlich-demokratisch gesinnten Menschen ist es unmöglich, auf Dauer in einem derartigen Unrechtssystem zu leben. Über kurz oder lang wird dieses deshalb von der Bildfläche verschwinden.

Josef Draxinger, Vohburg/Donau

SPÄTE RACHE

ZU: DAS ERSTE DOKUMENTIERTE TÖDLICHE ATTENTAT MIT EINER FEUERWAFFE (NR. 3)

Zur Ehrenrettung Maria Stuarts, die in der kurzen Szene nicht besonders günstig dargestellt wird:

Maria Stuart sah damals in dem Earl of Bothwell einen Vertrauten, der im Gegensatz zu ihrem Halbbruder, dem Earl of Moray, auf ihrer Seite zu stehen schien. Doch dies war weit gefehlt. Bothwell wollte weitaus mehr. Er entführte die Königin, vergewaltigte sie und wusste nun, um die Ehre der Königin wieder herzustellen, blieb ihr nur übrig, ihn zu heiraten. Bothwell war zu dieser Zeit selbst noch verheiratet und beförderte nun seine Scheidung. Am Tag der Hochzeit mit Maria Stuart war sie selbst so traurig, dass sie nur weinen konnte.

Eine glückliche Braut? Wohl kaum. Das Attentat auf den Earl of Moray war in der Tat minutiös geplant. Dabei sei erwähnt, dass jener ein schrecklicher Intrigant war, der immer nur seinen eigenen Vorteil suchte. Er war in Schottland nicht beliebt, und sein Attentäter entfloh nach Frankreich und wurde nie zur Rechenschaft gezogen.

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

FERNSEHDRAMA

Ein bekannter Entführungsfall

Parallelen zum Vermisstenfall Madeleine McCann vor 18 Jahren in Portugal – Der ZDF-Zweiteiler „Lillys Verschwinden“

VON ANNE MARTIN

Suchen ihr vermisstes Kind: Heino Ferch und Jessica Schwarz als das Elternpaar Robert und Anna Bischoff *Bild: ZDF/Pep Bonet*

Es ist der Albtraum jeder Mutter, jedes Vaters: Nach einem unbeschwerten Abend mit Freunden kommen sie zurück nach Hause, öffnen einen spaltbreit die Tür ins Kinderzimmer, um sich zu vergewissern, dass ihre kleine Tochter fest schläft – aber das Bett ist leer. Das Kind ist verschwunden.

Genau das passiert Anna und Robert Bischoff, gespielt von Jessica Schwarz und Heino Ferch, die auf einer Mittelmeerinsel zusammen mit der Kollegin des Mannes und deren Kindern Urlaub machen. Die kleine Tochter Lilly ist verschwunden, und sie wird in der Ferienanlage auch nicht gefunden, egal, wie intensiv alle suchen. Was Regisseur Thomas Berger in „Lillys Verschwinden“ (17. und 19. Februar, 20.15 Uhr, ZDF) entwirft, ist ein Szenario, in dem jeder der Beteiligten ein Geheimnis verbirgt.

Was hat es mit dem seltsamen Kauz auf sich, der das Appartementhaus der Urlauber von seiner Finca aus stets im Blick hat? Warum dauert es so lange, bis Anna Bischoff an jenem verhängnisvollen Abend von ihrem Kontrollgang zu den schlafenden Kindern zurückkommt? Wieso bricht Roberts Geschäftspartnerin Johanna (Natalia Wörner) abrupt den Urlaub ab, um zu Hause in Hamburg die gemeinsame Arztpraxis Investoren anzubieten? Und was genau treibt die so hilfsbereiten Zufallsbekannten Sara und Niklas Grothe an, bei denen sich herausstellt, dass der Mann (Felix Klare) einen Flirt mit Anna Bischoff begonnen hatte?

Und dann ist da noch der Sohn der Bischoffs, der sich die Schuld am Verschwinden der kleinen Schwester gibt. Wer ist wie in den Fall verwickelt? Wer ist den verzweifelten Eltern aufrichtig verbunden? Wer kocht nur sein eigenes Süppchen?

Großaufgebot an deutschen Stars

Das Thema des TV-Dramas ähnelt bis ins Detail dem Fall Madeleine McCann, der im Jahr 2007 Schlagzeilen machte und bis heute im kollektiven Gedächtnis verankert ist. Die damals knapp Vierjährige verschwand in Portugal aus dem Appartement der Familie, als die Eltern mit Freunden in einer nahegelegenen Tapasbar aßen. Das britische Arzt-Ehepaar strengte die größte mediale Suchaktion an, die es bis dahin gegeben hatte.

Das Foto des kleinen Mädchens mit den blauen Augen und dem charakteristischen Fleck in der rechten Iris wurde in fast allen in- wie ausländischen Zeitungen gedruckt. Prominente von David Beckham bis Joanne Rowling unterstützten die Suchaktion. Unter der immer noch aktiven Website „findmadeleine.com“ gibt es bearbeitete Fotos, die die Zeit fortschreiben und eine junge Frau von 21 Jahren zeigen, denn so alt wäre Maddie heute, würde sie noch leben.

Immer wieder gab es Hinweise, zuletzt wurde ein inhaftierter Deutscher verhört, dem zwar sexueller Missbrauch von Kindern nachgewiesen werden konnte, aber eben nicht die Entführung. Während der Suchaktionen richtete sich der Verdacht sogar gegen die Eltern. Keine ungewöhnliche Wendung, denn das persönliche Umfeld des vermissten Kindes ist stets Bestand der Ermittlungen.

Wie das Ehepaar McCann wenden sich auch die Eltern Bischoff im Film an die Presse, allerdings nur an die lokale. Nur hier vor Ort würden die Leute die Schlagzeilen lesen, rät ihnen die Reporterin Bo Eilers (Regula Grauwiller). Tatsächlich? Oder will sich die Journalistin nur auf ihre Kosten profilieren?

Heino Ferch und Jessica Schwarz werfen sich mit aller vorstellbaren Intensität in ihre Rollen. Immer wieder hetzen sie über die Insel, immer panischer suchen sie nach Verdachtsmomenten bis hin zur Verdächtigung des Zimmermädchens. Irgendwann wendet sich das Blatt auch noch gegen sie: Die spanischen Polizisten arbeiten plötzlich gegeneinander. Die Ermittlerin ist davon überzeugt, dass die Mutter lügt. Könnte es sein, dass Anna Bischoff ihrer Tochter starke Beruhigungsmittel gegeben hat, um ungestört zu sein? Dass es zu einer Überdosierung kam und sie die Leiche des Kindes heimlich verschwinden ließ?

Auch ihr Kollege weiß nicht, was er von den Eltern halten soll, von denen bekannt wird, dass sie massive Eheprobleme haben. Als Sara und Niklas den beiden anbieten, die Insel mit ihrem Mietwagen per Fähre zu verlassen, schlagen sie sofort ein. Aber das Katz-und-Maus-Spiel ist damit nicht zu Ende.

Dass manch Wendung der Handlung allzu konstruiert gerät, dass der Regisseur das Netz aus Beschuldigungen und Verdachtsmomenten immer fester zieht, ist wohl dem Spannungsbogen geschuldet, den heutige Sehgewohnheiten einfordern. Was aber hängenbleibt, ist das Gefühl großer Hilflosigkeit bei den Ermittlern wie bei den Eltern.

Der Albtraum eines vermissten Kindes ist dabei gar nicht so selten: In Deutschland wurden am 1. Januar letzten Jahres 9832 Personen vermisst, etwa die Hälfte davon Kinder und Jugendliche. 50 Prozent der Vermissten tauchen erfahrungsgemäß innerhalb der ersten Woche wieder auf, nur drei Prozent der Fälle bleiben länger als ein Jahr ungelöst. Nur in Ausnahmefällen bleiben sie im Gedächtnis so wie der Fall der zehnjährigen Hilal, die 1999 in einem Hamburger Einkaufszentrum Kaugummi kaufen wollte und niemals zu ihren Eltern zurückkehrte.

Eine private Initiative erteilt auf ihrer Website Verhaltensregeln für verzweifelte Eltern (www.initiative-vermisste-Kinder.de). Prioritäten: Im Umfeld suchen, die Polizei einschalten, eine genaue Beschreibung abgeben, die europaweit einheitliche Notrufnummer 116000 wählen. Warten und hoffen …

Im Film scheint gegen Ende ein Hoffnungsschimmer aufzuflackern: Ausgerechnet die zwielichtige Reporterin bringt die Eltern auf eine neue Spur. Sie habe eine Frau in einem Supermarkt beobachtet, die einen randvoll mit Spielsachen und Kinderkleidung gefüllten Einkaufswagen schob. Es sehe aus wie eine Erstausstattung, teilt sie den aufgelösten Eltern mit. Die kehren heimlich auf die Insel zurück, schütteln die Polizei ab, verfolgen auf eigene Faust ihre allerletzte Hoffnung.

Von Madelaine McCann, dem offensichtlichen Vorbild des Zweiteilers, gibt es bis heute keinerlei Spur. Fast ein Wunder, dass die schwer geprüfte Familie auf ihrer Website nichts als versöhnliche Worte findet. „We have to believe, that one day we will know“, schreibt die Mutter Kate. „Wir müssen einfach daran glauben, dass wir eines Tages Gewissheit haben werden.“

MILCH UND KRABBEN AN DER NORDSEEKÜSTE

Hier muss man einfach anhalten!

Mit dem Start in die Grüne Saison öffnen Niedersachsens Melkhüs, so der Plural von Melkhus, wieder regelmäßig ihre Türen

Die kleinen grünen Melkhüs mit dem roten Dach empfangen seit knapp 25 Jahren Radfahrer und Wanderer auf ihren Touren im norddeutschen Flachland. Wie die Almen im Gebirge laden die gemütlichen Milchhäuschen zwischen Wiesen und Feldern zu Einkehr und Stärkung ein.

Nach Meinung der inzwischen verstorbenen Landwirtin Friedel Schumacher sollte man in einer Region, in der rund 7570 landwirtschaftliche Betriebe mit rund 783.800 Milchkühen alljährlich annähernd 7,6 Millionen Tonnen Milch erzeugen, dieses Produkt auch an Ort und Stelle genießen können. Ihre Idee trug Früchte. Heute verteilen sich die typischen Melkhüs samt Hofläden mit unterschiedlichem Sortiment über ganz Niedersachsen.

Im Ort Cappel an der Wurster Nordseeküste empfängt Bianca Holst persönlich ihre Gäste. Beliefert wird sie von der genossenschaftlichen Molkerei Hasenfleet (Wingst), die als eine der letzten „Milchmanufakturen“ ihre Produkte seit über einhundert Jahren nach traditionellen Rezepturen in geduldiger Handarbeit herstellt. Dazu gehört auch das Buttern im Butterfass nach klassischem Sauerrahm-Rezept.

Kleine Kuchen, Kaffee, Tee, Kakao oder Erfrischungsgetränke bekommt man neben Milchprodukten ebenfalls im Melkhus vom Biolandhof Fischer in Arensch direkt am Wernerwald am südlichen Stadtrand von Cuxhaven. Dabei grunzen einem auf dem auf alte Nutztierrassen spezialisierten Hof Angler Sattelschweine aus ihrem Auslauf entgegen. Ihr Fleisch und das der Rinderrasse Deutsch Angus sowie weitere Bioland-Produkte kann man vom Hofladen direkt mitnehmen.

Während die Milch reichlich fließt, gehen den Fischern immer weniger Krabben ins Netz. Dennoch gehören Krabben zum kulinarischen Programm an der Küste. Die Schalentiere werden sofort nach dem Fang noch an Bord der Kutter gekocht. Von ihrem Panzer befreien muss man sie aber an Land. Bis in die 1970er Jahre wurden die Krabben an der Küste in Heimarbeit gepult.

1972 begann der Krabbenhändler Alwin Kocken aus Spieka-Neufeld an der Wurster Nordseeküste eine Krabbenschälmaschine zu entwickeln. Die Tüftelei dauerte Jahre. Von diversen Rückschlägen begleitet führte sie 1986 schließlich zum patentierten Erfolg. Das Prinzip der Maschine ist, die Krabben durch Vakuum schonend zu fixieren und anschließend ihr Fleisch durch Druckluft auszublasen. Danach wird es nochmals per Hand nachverlesen. Damit machte die Regionalzeitung den Erfinder Kocken zum „Panzerknacker vom Nordseedeich“. Mit etwas Glück kann man das einmalige Stück in Aktion sehen. Denn Nachfolger hat die Maschine bisher nicht gefunden.

Zeit für den Frühling: Ein grünes Melkhus bei Cuxhaven *Bild: pa/Sina Schuldt*

Während mittlerweile 95 Prozent aller Nordseekrabben zum Schälen die Reise nach Marokko und zurück antreten, werden bei Kocken die Krabben unmittelbar nach dem Anladen sortiert, maschinell „gepult“ und nebenan im Ladengeschäft verkauft. Frischer kann ein Krabbenbrötchen nicht sein. Fangsaison für Krabben ist von Anfang März bis Ende Juli und von Mitte September bis kurz vor Weihnachten. *Helga Schnehagen*

● **www.milchland.de; www.kocken-krabben.de**

FÜR SIE GELESEN

Paris mit dem Rad entdecken

Radfahren in einer Millionenmetropole wie Paris – ist das überhaupt möglich? Felicitas Schwarz Grammon beweist mit ihrem Reiseführer „Paris mit dem Rad“, dass es aufgrund der guten Infrastruktur mit Reparatur- und Luftpumpstationen entlang der Radwege nicht nur möglich, sondern auch ein ganz besonderes Erlebnis ist.

Zur Einführung gibt es allgemeine Tipps – etwa zu Anreisemöglichkeiten und Vorsichtsmaßnahmen – bevor 14 Touren unterschiedlicher Länge beschrieben werden. Tour 1 führt einmal quer durch die Stadt entlang der touristischen Höhepunkte wie Eiffelturm, Triumphbogen, Louvre, Notre-Dame bis hin zur Sacré-Cœur. Mit knapp 17 Kilometern ist die Tour kurz genug, um an den jeweiligen Sehenswürdigkeiten ausreichend Zeit für die Besichtigung zur Verfügung zu haben. Die weiteren, bis zu zirka 20 Kilometer lange Touren sind jeweils einem Thema gewidmet, wie „Klassiker und versteckte Ecken“, „An den Kanälen entlang“ oder „Street-Art-Tour“.

Zahlreiche Fotos, Streckenverläufe mit Kartenausschnitten und die dazugehörigen ausführlichen Informationen machen Lust darauf, selbst einmal eine Radreise durch Paris zu wagen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

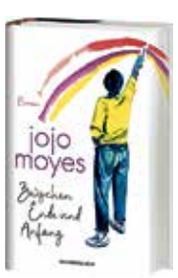
Felicitas Schwarz Grammon: „City radeln. Paris mit dem Rad. Die Stadt vom Fahrrad aus erleben“, DuMont Verlag, Ostfildern 2024, broschiert, 172 Seiten, 14,95 Euro

Sorgen einer Schriftstellerin

Die erfolgreiche Schriftstellerin Lila kann gerade ihren Bestseller, einen Ratgeber für Frauen über eine perfekt geführte Ehe, feiern, als ihr Mann ihr eröffnet, dass er sich von ihr trennen will.

Lila stürzt in ein Tief, besonders, als ein weiterer Schicksalsschlag sie trifft. Mehr schlecht als recht kümmert sie sich um die beiden Töchter. Ihr Stiefvater ist bei ihr eingezogen und kümmert sich mit um die verzweifelten Mädchen. Als eines Tages Lilas leiblicher Vater vor der Tür steht, ist das Fass der Sorgen bis zum Rand gefüllt. Jahrzehnte hatte der in Los Angeles lebende alternde Schauspieler keinen Kontakt gepflegt doch nun, am Ende seiner Karriere, sucht er die Nähe seiner verloren gegangenen Familie.

Jojo Moyes ist bekannt für ihre einfühlsamen Romane über Frauenschicksale. Ihr neuer Titel „Zwischen Ende und Anfang“ fesselt bis zum Schluss, auch wenn er zeitweilig banal wirkt. Doch dann schildert die Autorin wieder einfühlsam und wortgewandt bekannte Sorgen, die den Leser mitfühlen und -leiden lassen. Moyes ist durch den Roman „Ein ganzes halbes Jahr“ bekannt geworden, der auch erfolgreich verfilmt wurde. *Angela Selke*



Jojo Moyes: „Zwischen Ende und Anfang“, Wunderlich Verlag, Hamburg 2024, gebunden, 527 Seiten, 26 Euro

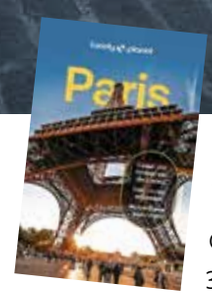
REISEFÜHRER DER WOCHE

Paris erkunden

Unterwegs mit dem neuen Band aus der Reihe „lonely planet“ in Frankreichs pulsierender Hauptstadt

BILD: MAURITIUS IMAGES/ROBERTHARDING

Frisch und spannend bleibt die Hauptstadt der Franzosen trotz der ständigen Veränderungen. Einen aktuellen Überblick über die Reiseplanung, Ziele und praktische Hinweise gibt der neue Reiseführer „Paris“ eines Autorenteams, bestehend aus Journalisten, Künstlern, und Fotografen. Das Kapitel „ Storybook“ mit interessanten Artikeln rund um die „Stadt der Liebe“ sowie ein herausnehmbarer Stadtplan runden das Buch ab. *MRK*



„Lonely Planet Paris“, MairDumont Verlag, Ostfildern 2024, broschiert, 328 Seiten, 21,95 Euro

MEDIZIN

Über den Umgang mit Pandemien

Der Virologe Christian Drosten und der ehemalige „Spiegel“-Chefredakteur Georg Mascolo ziehen Bilanz nach den umstrittenen Corona-Maßnahmen

VON DIRK KLOSE

Während der Corona-Pandemie war der Berliner Virologe Christian Drosten einer der meistbefragten und -beachteten Wissenschaftler. Angela Merkel hatte ihn um Beratung gebeten, sein Podcast im NDR fand Tausende Zuhörer. Jetzt lässt er sie im Gespräch mit dem früheren „Spiegel“-Chefredakteur Georg Mascolo noch einmal Revue passieren.

Das längste Kapitel gilt dem Rückblick auf die Jahre 2020 und 2021. Eine Pandemie wie Corona könne alles zerstören, sagt Drosten, „aber es geschieht eben langsam“, weshalb die Reaktionen in Staat und Gesellschaft auch so langsam gewesen seien. Eingriffe wie Beschränkungen der Bewegungsfreiheit oder Versammlungsverbote hielt er für unumgänglich, andernfalls „hätten wir in Deutschland wohl eine Katastrophe erlebt“. Da Deutschland im Frühjahr 2020 vergleichsweise gut durch die erste Welle gekommen war, sei man leichtsinnig geworden: „Diese Stimmung verschaffte dann freie Bahn für die tödliche Winterwelle 2020/21“, was Merkel überlegen ließ, ein rigoroses Bundesgesetz, ein „Corona-Wellenbrecher-Gesetz“ durchzudrücken. Die bald verfügbaren Impfstoffe halfen dann über die bedrohliche Situation hinweg.

Drosten und Mascolo diskutieren auch die Rolle der Wissenschaft und der Medien. Einzelne Bevölkerungsgruppen, Alte etwa oder Schüler, zu bevorzugen, sei falsch. Zu seiner eigenen Rolle sagt Drosten, der zeitweise stark angefeindet war, er würde sich in vergleichbarer Situation wieder der Verantwortung stellen.

Das vielleicht wichtigste, leider etwas kurze Kapitel geht um die Frage, wie eine nächste Pandemie verhindert werden oder wie man sich besser vorbereiten könne. Die Autoren gehen eine Horrorliste heutiger Gefahren durch: Vogelgrippe H5N1, das Norovirus (Magen-Darm), das Middle East Respiratory Syndrome MERS (Lungeninfektion), das Affenpocken-Virus oder tropische Viren wie die Tigermücke. Problematisch sei die Impfskepsis in der Bevölkerung. Pandemien seien letztlich nur durch Impfungen zu beherrschen.

Drosten und Mascolo sensibilisieren den Leser ebenso einfühlsam wie eindringlich für die Gefährlichkeit von jederzeit möglichen Seuchen. Zumal bei Drosten wirkt sympathisch seine Haltung gegenüber andersdenkenden Kollegen und seine an den Fakten bleibende Argumentation. Ein lesenswertes Buch, aktuell über den Tag hinaus.

Christian Drosten/Georg Mascolo: „Alles überstanden? Ein überfälliges Gespräch zu einer Pandemie, die nicht die letzte gewesen sein wird“, Ullstein Buchverlage, Berlin 2024, gebunden, 272 Seiten, 24,99 Euro

BIOGRAPHIE

„Mehr Schröder als Merkel“

Volker Resing porträtiert Friedrich Merz und räumt mit Zerrbildern auf, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben

VON ANSGAR LANGE

Viele mit der heißen Nadel geschriebene Politiker-Bücher landen nach kurzer Zeit auf dem Grabbeltisch. Wird die Friedrich-Merz-Biographie aus der Feder von Volker Resing auch dort landen? Das lässt sich nie vorhersagen. Aber die rund 200 Seiten schmale Schrift wirkt deutlich solider und besser recherchiert als vergleichbare Werke. Sehr viele Journalisten sind grün angehaucht und sehen über die offensichtlichen fachlichen Defizite eines Robert Habeck hinweg. Zu gern würde man den Macher des Heizungsgesetzes am Küchentisch anschmachten. Bei Merz sieht das schon anders aus. Teile der Presse entwerfen nur allzu gern Zerrbilder von ihm, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben.

Resing stellt hier eine angenehme Ausnahme von der journalistischen Regel dar. Er kommt aus dem katholischen publizistischen Milieu („Herder Korrespondenz“, „Katholische Nachrichten-Agentur“) und verantwortet seit 2022 das Innenpolitik-Ressort der liberal-konservativen Monatszeitschrift „Cicero“. Der ein oder andere Leser wird bei der Lektüre vielleicht bemängeln, dass der Biograph uns den Menschen Merz nicht näherbringt. Da finden sich eher nur Andeutungen. Das Familienleben ist dem CDU-Politiker wichtig, er ist für sein Alter sehr fit und treibt viel Sport. Vielleicht liegt dies aber auch daran, dass Merz ein eher distanzierter Mensch ist, der andere durchaus auf Abstand hält. So geht er auch mit seinem persönlichen Glauben nicht hausieren. Trotzdem spielen religiöse Fragen beim Ehepaar Merz eine gewichtige Rolle.

Merz’ Karriere ist in der politischen Landschaft der Bundesrepublik recht einzigartig. Er ist schon sehr lang dabei, verfügte aber lange Zeit nicht über die Netzwerke, die seine Kollegen schon seit ihrer Zeit in der „Jungen Union“ pflegen. Zwischendurch war er mehrere Jahre raus und hat als Wirtschaftsanwalt viel Geld verdient. Dass der Politiker aus dem Sauerland es auch ohne politische Protektion und staatliche Alimentierung zu etwas gebracht hat, können ihm seine linken Neider nicht verzeihen. Überspitzt könnte man sagen: Ein richtiger Politiker hat in der privaten Wirtschaft gefälligst zu scheitern.

Merz ist ein begnadeter Rhetoriker und viel emotionaler, als viele wahrhaben wollen. Er ist kein kühler Machtpolitiker. Resing bringt es auf den Punkt: Letztlich ähnelt er in seiner Art deutlich mehr Gerhard Schröder als Angela Merkel. Wenn man die wirtschaftspolitischen Erfolge Schröders („Agenda 2010“) gegen Merkels schwere Versäumnisse und Fehler aufwiegt, muss dies ja nicht schlecht sein.

Volker Resing: „Friedrich Merz. Sein Weg zur Macht“, Herder Verlag, Freiburg 2025, gebunden, 223 Seiten, 22 Euro

VON TILSIT BIS NACH SOLLAU

Quer durchs nördliche Ostpreußen

Der zweite Teil des persönlichen Reiseberichts führt zurück in die Vergangenheit und entdeckt dabei zugleich das Heute

VON HELENE HAUPT & UTE POEPPEL

Ein Panoramablick über die Dächer von Cranz *Bild: mauritius images/Denis Gavrilov/Alamy Stock Photos*

Der vierte Tag führte uns weiter im Kreis Labiau – zugleich war es ein vergeblicher Versuch, von Waldwinkel aus über die Waldseite nach Alt-Heidendorf zu gelangen. Die über die Jahre immer mal wieder ausgebesserte Straße hatte letztlich den Kampf gegen die Kies- und Sandlaster verloren. Mit einem Umweg von zwei Stunden gelangten wir dann entlang des idyllisch zugewachsenen Ufers des Großen Friedrichgrabens zur ehemaligen Schule von Juwendt. Dieser Treffpunkt war mit einem lieben alten Bekannten aus Alt-Heidendorf ausgemacht, der dann mit einem kleinen Boot über den Großen Friedrichsgraben zu uns herüber ruderte. Anschließend begaben wir uns auf den Weg in Richtung Tilsit mit einem Abstecher über Szargillen und Luknojen.

Angekommen in Tilsit wurden wir bei einem Spaziergang über die gepflegte neue Promenade am Memelufer vor der Königin-Luise-Brücke mit einem wundervollen Sonnenuntergang belohnt.

Emotionales Wechselbad

Am fünften Tag stand unsere Exkursion in der Elchniederung auf dem Programm. Zunächst ging es, ausgestattet mit den erforderlichen Passierscheinen, ab der Sköpener Brücke ins Sperrgebiet der Elchniederung. Auch hier überkam uns wieder ein Wechselbad der Gefühle. Durchaus noch malerisch anmutende Fischerdörfchen wie Karkeln und Schakendorf mit ihren Fischereisowchosen und auf der anderen Seite große Enttäuschung in dem ehemals schmucken Marktflecken Kuckerneese. Dort scheint die Sanierung der eingerüsteten Kirche zum Stillstand gekommen zu sein. Die Fassaden der ehemals schönen Gebäude am Marktplatz sind sichtbar weiter dem Verfall überlassen.

Ähnliches im außerhalb des Sperrgebietes gelegenem Seckenburg. Geblieben ist der weite Blick über die vorgelagerten Gilgewiesen zum Fluss hinunter, verschwunden aber das stattliche Holzhaus, das hier noch vor Jahren auf der Anhöhe zum Gilgedamm stand. Die Kirche verschlossen und mit kleinen Tannenbäumchen, die aus den Mauern lugten.

Ein kleiner Lichtblick war dann der Abstecher nach Rauterskirch, wo sich ein Verein liebevoll um die idyllische kleine Anlage um die Ruine der ehemaligen Oktagon-Kirche kümmert. Es tat einfach gut, über die Wiese zu schlendern und bei den einzelnen Gedenksteinen zu Menschen, die hier einmal gelebt haben, zu verweilen. Aber uns fiel auf, dass sehr viel weniger Storchennester als in früheren Jahren an diesem als Storchenkolonie bekannten Ort zu sehen waren.

Entlang der Memel nach Trakehnen

Von Tilsit sollte es über Ragnit nach Kraupischken – Insterburg – Gumbinnen – Angerapp und schließlich nach Trakehnen gehen. Im nahegelegenen Ragnit galt unser erster Stopp der am Memelufer gelegenen ehemaligen Ordensburg. Seit einigen Jahren findet hier im Rahmen eines Kulturprojektes eine Sanierung der weitläufigen Anlage mit einem integrierten Hotelkomplex innerhalb der mächtigen Mauern statt.

Dann stand ein sehr persönlicher Besuch auf unserem Programm. In Breitenstein statteten wir dem Direktor des Heimatmuseums Kraupischken, Juri Uzerzow, einen Besuch ab. Für einige unserer Reiseteilnehmer inzwischen schon ein guter Bekannter von früheren Begegnungen. Zum Abschluss unseres Rundgangs durch dieses sehenswerte Museum mit seinen vielen Informationen und Fundstücken noch aus urdeutscher Zeit gab es dann eine kleine Stärkung nebst den dazugehörigen „Wässerchen“.

Am Ende dieses langen Tages mit vielen Eindrücken, die uns alle sehr berührt haben, erreichten wir dann müde und erschöpft unser Domizil in Cranz [Selenogradsk]. Unser Quartier für die letzten drei Übernachtungen auf unserer Reise war hier eine moderne Ferienwohnung im achten Stock in einem der zahlreichen neueren Hochhaus-Komplexe, von wo aus wir einen grandiosen Rundblick über die neue Welt dieser Wohn-Komplexe, aber auch zur Ostsee hin genießen konnten.

Sollau ist umgeben von grünen Wiesen und Feldern *Foto: unbekannt*

Auf nach Cranz

Für diese Ortschaft lassen wir an dieser Stelle einfach einmal den jüngsten Teilnehmer unserer Reisegruppe, Marvin, sprechen: „Besonders im Gedächtnis geblieben ist mir die Küstenstadt Cranz, etwa 20 Kilometer nördlich von Königsberg. Auf Schritt und Tritt wird man hier auf der Flaniermeile von streunenden, aber zutraulichen und gepflegten Katzen begleitet, die sogar ihre eigenen kleinen Häuschen besitzen. Aber nicht nur von der Straße, auch von den Fassaden der Häuser schauen einen hier Katzen an, was dem Städtchen zweifellos seinen eigenen Charme verleiht. Passend dazu begegnet einem beim weiteren Schlendern durch die Fußgängerzone, vorbei an Souvenirläden und Bekleidungsgeschäften, direkt vor einem Restaurant eine schneeweiße Statue Lenins, der bekanntermaßen ein großer Katzenliebhaber war …“

Letzter Tag im Königsberger Gebiet

Von der Tagesfahrt entlang des Pasmar bis nach Preussisch-Eylau weiß Ute Poeppel folgendes zu berichten: „Meine Familie mütterlicherseits stammt aus Natangen, aus verschiedenen kleinen Orten am Flüßchen Pasmar (Reka Mayskaya), der sich zum frischen Haff hin schlängelt. Vorbereitet hatte ich meine Reiseziele auch mit Hilfe von Christine Bilke-Krause von der Kreisgemeinschaft Preußisch-Eylau, die mir dankenswerterweise einiges an Information sowie handgezeichnete Ortspläne von Cavern und Sollau zur Verfügung gestellt hat. Meine Ziele waren 1. Cavern (der Ort gilt als erloschen), 2. Sollau [Krasnoarmeiskoje], 3. Althof [Orechowo], Abbau außerhalb des Örtchens, 4. Preußisch-Eylau [Bagrationowsk].

Und los ging es. Unser kleines Grüppchen von drei Deutschen startete zusammen mit unserem russischen Freund und Reiseführer Eduard Politikoen in Cranz mit dem Kleinbus vom Adebar-Reiseteam und erreichte über Königsberg kommend zunächst Kreuzburg [Slawskoje]. Dort machten wir einen kleinen Stopp bei der Kirchenruine.

Weiter ging es Richtung Cavern, meinem ersten persönlichen Ziel heute. Maria Kluschke, meine Urgroßmutter großmütterlicherseits besaß in Cavern einen Hof, der Urgroßvater war früh gestorben. Noch nie hier gewesen, möchte ich schauen, ob ich noch Spuren des erloschenen Örtchens finde. Wie vermutet, neben der Landstraße nichts außer Ackerland, Brachland, Gebüsch und Bäume. Mit Google-maps-Karten und den handgezeichneten Ortsplänen ausgestattet, halten wir auf der Landstraße an einer Stelle, an der wir das ehemalige Dorf vermuten. Eduard, unser Begleiter, ist ein guter Pfadfinder. An einem Waldrand steige ich ins Feld und habe das Glück, das ein größeres Gefährt eine Schneise im hohen Gestrüpp hinterlassen hat. So kann ich einen Weg durchs vermeintliche Dorf gehen. Und tatsächlich, ich finde minimale Spuren roter Backstein-Fragmente auf meinem Weg. Hier bin ich also richtig. Ich folge dem vorgegebenen Schneisenweg und gelange nach einer Weile an eine sehr große alte Eiche umringt von bewohnten Bienenkästen sowie zu einem verwilderten Apfelbaum. Dies also sind die Reste von Cavern. Ich bin traurig und glücklich zugleich. Immerhin habe ich das Dorf gefunden und noch ein paar wenige Reliquien. Es wäre bestimmt lohnenswert, im Winter ohne Vegetation die Spurensuche noch einmal aufzunehmen. Auf meinem Rückweg kommt mir ein junger Bauer mit dem Traktor entgegen. Er hält, steigt aus und kommt verwundert auf mich zu. Er kann ein bisschen Englisch und ich erkläre ihm meinen ungewöhnlichen Aufenthalt im struppigen Niemandsland. Er erzählt mir, dass er nicht weit von hier einen Hof hat, den man in der Ferne erblicken kann. Auf dem Rückweg nehme ich etwas von dem zerborstenen roten Ziegel und etwas Erde mit auf meine weitere Reise …

Nächste Station Sollau

Von Cavern aus geht es nach Sollau [Krasnoarmeiskoje]. Das idyllische Dörfchen liegt, von Kreuzburg aus gesehen, versteckt rechts neben der Landstraße Richtung Preußisch-Eylau. Eine alte Birkenallee führt über Pflastersteine ins Dorf. Hier ist die Zeit fast stehen geblieben. Der Hof meiner Urgroßeltern steht noch zum Teil. Das Wohnhaus ist bewohnt. Die Nebengebäude existieren als Grundmauern und Fundamente. Leider lässt uns der Russe, der nun den Hof mit seiner Familie bewohnt, nicht auf das Anwesen, welches mit vielen alten Autowracks bestückt ist. Vor Jahren erlaubte mir der Sohn dieser Familie eine Begehung und schenkte mir sogar ein altes Hufeisen, welches an der Häuserwand hing. Dies konnte ich damals meiner Mutter als heimatlichen Glücksbringer mitbringen.

Hier in Sollau machen wir ein romantisches Picknick auf der Brücke über den Pasmar mit Käse, Wurst, Brot, Tomaten und Obst. Eduard hat uns etwas ganz Besonderes mitgebracht: ein kleines Fläschchen Meschkinnes (Bärenfang). Ein Bekannter von ihm stellt diesen 50-prozentigen Trank in der Nähe von Ragnit her. Ein wirklich feiner Tropfen.

Während die anderen ausgiebig schlemmen, zieht es mich, die Gegend weiter zu erkunden. Ich folge verschiedenen Wegen beidseitig des Pasmar und suche vor allem den Sollauer Friedhof. Dank der handschriftlichen Pläne und google maps kann ich ihn gut finden, komme allerdings nicht bis an ihn heran, da private Grundstücke den Weg versperren. An einem alten Häuschen mit Garten direkt vor dem Friedhof kommt mir eine aufgeregte laut maunzende Katze entgegen. Vom Besitzer keine Spur. Wie wir später erfuhren, war der Mann am vorherigen Tag mit Schlaganfall ins Krankenhaus gekommen.

Ein Haus weiter haben wir Glück. Hinter einem neuen Gartenzaun fragt Eduard einen alten Mann, der vor seinem kleinen Häuschen hinter dem Wasserbrunnen rumwerkelt. Er lässt uns ein und begleitet uns zwischen Kartoffeln und anderen bewirtschafteten Flächen bis zum ehemaligen Friedhof. Dieser ist vollkommen zugewuchert und unbegehbar. Der Mann war vor vielen Jahren zuletzt auf dem Friedhof gewesen und hatte noch alte Grabsteine gesehen. Ich sah im Gestrüpp des Außenbereichs eine Art Eisenzaun, vielleicht die äußere Umgarnung des Friedhofes. Auch hier wäre eine Besichtigung im Winter vielleicht sinnvoll.

> „Ja, wenn der Krieg nicht gewesen wäre, dann hätten Ihre Leute hierbleiben können“
>
> **Alter Einwohner, der 1948 als Dreijähriger nach Sollau kam**

Der alte Mann erzählt uns, dass der Friedhof nach dem Krieg verwüstet worden sei. Es hieß damals, dort lägen alles Faschisten. Der Alte war 1948 als dreijähriges Kind mit seiner Mutter nach Sollau gekommen und wohnt seit vielen Jahren allein in dem kleinen bescheidenen Häuschen. Er berichtet, dass sie damals in das ärmste Haus des Ortes eingezogen seien, es gab sehr unterschiedliche Häuser, einfache und auch wohlhabende. Am Ende unserer Begegnung, sagt er zu mir: „Ja, wenn der Krieg nicht gewesen wäre, dann hätten Ihre Leute hier bleiben können.“ Er sagt dies verständnisvoll und ganz einfach, aber mit der Weisheit und Erfahrung eines alten Menschen, der die Wirklichkeit des Lebens neben der Propaganda und den Erzählungen der Herrschenden kennt. Das war sehr versöhnlich und eine berührende Begegnung. Wir nehmen Abschied und verlassen Sollau.

● **Nächste Woche:** *Der dritte und letzte Teil der Reise durchs heutige Ostpreußen, bei dem es nach Preußisch-Eylau geht.*

AUFGESCHNAPPT

Überwältigende 89 Prozent der befragten Polen äußerten sich bei einer Umfrage des Pew Research Centers im Jahr 2022 positiv über die EU. Aktuell dürfte die Zustimmung vermutlich etwas nachgelassen haben. Die EU-Richtlinie 2018/851 zwingt die Mitgliedsländer der Union seit Jahresbeginn, ein System zur getrennten Sammlung von Textilien einzuführen. Schuhe, Kleidung und andere Textilien sollen nicht mehr im Hausmüll landen, so die Idee. In Polen scheuen viele Kommunen aus Kostengründen allerdings das Aufstellen von Sammelcontainern. Wertstoffhöfe liegen nur in den seltenste Fällen gleich um die Ecke. Als Folge wird mittlerweile in polnischen Facebook-Gruppen diskutiert, wie sich unter Vermeidung von Bußgeldern Putzlappen oder ein Paar alter Socken weiterhin ohne großen Aufwand entsorgen lassen. Die Tipps reichen vom Spenden beschädigter Textilien an das Rote Kreuz bis hin zum gezielten Verschmutzen von Kleidung, um diese weiterhin in den Hausmüll schmeißen zu können. *H.M.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Unsere Gesinnungsindustrie

Wo Deutschland noch richtig spitze ist, und warum selbst Karin Prien sich nicht retten wird

VON HANS HECKEL

Es dauert alles zu lange in Deutschland, lautet ein oft gehörter Stoßseufzer. Wer beispielsweise eine staatliche Baustelle in der Nähe hat, der seufzt aus voller Brust mit. Auch das Hauptthema des laufenden Wahlkampfs, die Asyl- und Einwanderungspolitik, quält uns seit Jahren, ja Jahrzehnten durch eine Endlosdebatte ohne spürbare Resultate. Egal, wie offensichtlich die Fehlentwicklungen sind und wie sogar tödlich die Folgen – alles bleibt wie festgefroren.

Da war es doch erfrischend zu erleben, dass Deutschland auch mal ganz schnell reagieren kann, ohne zu fackeln. Und das mit einer Dynamik und Durchschlagskraft, die wir uns gar nicht mehr zugetraut haben: Seit Ende Januar hält eine Protestbewegung unser Land in Atem, die quasi über Nacht gezündet werden konnte. Ganz spontan gingen Bürger zu Hunderttausenden auf die Straße, kaum dass die Union ihr Zustrombegrenzungsgesetz in den Bundestag gebracht hatte. Es fühlt sich an wie früher, als die deutsche Industrie noch blitzschnell auf jede neue Herausforderung auf dem Weltmarkt reagiert hat und so ihre Spitzenstellung stets aufs neue verteidigen konnte.

Hinkt der Vergleich? Keineswegs, denn tatsächlich wurde rasch sichtbar, dass auch hinter der neuen deutschen Dynamik eine gut geölte Industrie steckt. Dort produziert man nur eben keine Autos, Maschinen, Haushaltsgeräte oder die besten Panzer der Welt. Die Produktpalette umfasst stattdessen linke Gesinnung, Brandmarkung der Opposition, Gewalt und Fanatismus.

Da es sich um eine linke Industrie handelt, erwirbt sie ihre Finanzmittel natürlich nicht auf dem freien Markt, wo die Kunden selbst entscheiden, ob sie das Angebot so attraktiv finden. Diese neue Industrie lebt von Staatsgeldern, die man den Bürgern zwangsweise abknöpft.

Als „Player“, wie man heute sagt, in diesem wuchernden Wirtschaftszweig treten die sogenannten Nichtregierungsorganisationen auf, englisches Kürzel NGO. Und die werden in einem Maße staatlich finanziert, dass man das „N“ für „Nicht-“ oder „Non-“ getrost streichen kann. Bei „Nius“ bringt es Björn Harms auf den Punkt, als er feststellt, dass sich hier „eine Art zweiter öffentlicher Dienst gebildet“ habe. Und weil der Dienst unter der Obhut rot-grüner Ministerien gefördert wird, stehen die Begünstigten bei ihren Gönnern in der Schuld. Daher ihr blitzschnelles Engagement im Wahlkampf.

Auch geht es gerade ja nicht um irgendein Randthema. Zahlreiche „NGOs“ verdienen ihr Geld in der staatlich gezüchteten Asylindustrie. Konsequenter Grenzschutz gegen illegale Einwanderer ginge diesen Vereinen also direkt an die Existenzgrundlage. Da kann man schon mal dynamisch werden.

Aber ist die Furcht überhaupt gerechtfertigt? Kaum. Natürlich wäre es im Sinne der Erfinder, wenn die Demos „gegen Rechts“ und Attacken auf Büros und Wahlkämpfer von AfD, Union und FDP dazu führten, dass die Deutschen eine rot-rot-grüne Bundesregierung an die Macht wählten. Doch selbst wenn sie das nicht tun, und danach sieht es aus, ist längst nicht aller Tage Abend.

Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm nämlich versprochen, das Programm „Demokratie leben“ der grünen Familienministerin Lisa Paus, ein Füllhorn für „NGOs“, auch nach einem schwarzen Wahlsieg weiter zu finanzieren. Und warum? Karin Prien, Bildungsministerin in Kiel und Bundesvizechefin der CDU, sagt, dass „Antifaschismus in der DNA der CDU“ liege. Darum.

Widerspruch wird nicht geduldet

Die Sache hat allerdings einen Haken: „Antifaschismus“ ist ein bolschewistisches Bündniskonzept, das in den 1920er Jahren von den Kommunisten ausgebrütet wurde, um nach und nach alle anderen Parteien zu vernichten. Die Sozialdemokraten der Weimarer Zeit firmierten in der „antifaschistischen“ Propaganda als „Sozialfaschisten“.

Im Grunde müsste Frau Prien es selber merken, dass dieses Ranwanzen an den linken Rand ihr keine Gnade bei den Ultra-Genossen bringen wird. Sogar Robert Habeck bekam die Wut der Linksextremisten in seiner Partei zu spüren. Dabei hatte er, vom drohenden Machtverlust aufgeschreckt, nur ein paar umständliche Scheinlösungen für das Problem der illegalen Einwanderung präsentiert, um vom grünen Willen zum Nichtstun in dieser Frage abzulenken.

Doch es half nichts, die Antifa-Speerspitzen von der Grünen Jugend fielen sofort über ihn her. Denn „Antifaschismus“ bedeutet schließlich: Widerspruch wird nicht geduldet, nicht der kleinste, ja, nicht einmal einer, der wie bei Habeck nur vorgetäuscht ist.

> Wenn die Wahl für Links verloren geht, können die „NGOs“ immer noch auf die „DNA der CDU“ hoffen

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

Denn mit solch umständlichen Manövern ist die schlichte Psyche des Antifa-Kämpfers überfordert, ergo bellt er los.

Eine unwiderstehliche Anziehungskraft üben solche Fanatikertruppen stets auf die unterste moralische Stufe des Menschengeschlechts aus. Die finsteren Gestalten aus diesem miefigen Sumpf fühlen sich nämlich durch die Propaganda beflügelt, ihren niedersten Instinkten freien Lauf zu lassen, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Eine Gelegenheit, die sie sich nicht entgehen lassen. Dabei ist es egal, ob die Absolution für ihr Treiben in rotes oder braunes oder sonst wie gefärbtes Tuch gewickelt ist.

In Venezuela, lange Zeit ein neues Traumreich der internationalen radikalen Linken, hat man es mit dem „zweiten öffentlichen Dienst“ zur Perfektion gebracht. Dort nennen sich die marodierenden Antifaschisten „Colectivos“. Sie zeichnen für Mord und Totschlag an Oppositionellen verantwortlich, derweil die Polizei des sozialistischen Regimes treulich wegguckt. Venezuela im Jahr 2025 kommt heraus, wenn man die Antifa-Diktatur konsequent zu Ende denkt.

Daher bleiben wir lieber in Deutschland. Hier ist es laut Verfassung eigentlich strikt untersagt, dass regierende Parteien Steuergeld für ihre Parteipropaganda veruntreuen. Wer sich den heftigen Kampf der staatlich bezuschussten „NGOs“ gegen die Opposition anschaut, kommt ins Grübeln, ob dieses Verbot in der Bundesrepublik noch gilt. Wer aber sich den Passus im CDU-Programm zu „Demokratie leben“ anschaut oder Frau Prien lauscht, kann sich beruhigt wieder zurücklehnen. Denn da die CDU ja gern mithilft bei der Finanzierung des Kampfes gegen die CDU, kann man das Treiben durchaus wieder als „überparteilich“ verkaufen.

Trotzdem bleibt ein Beigeschmack. Und so hat es uns nicht gewundert, dass „Transparency International“ die Bundesrepublik Deutschland bei der internationalen Korruptions-Rangliste nach unten durchgereicht hat. „Transparency“ geißelt geradewegs dubiose Parteienfinanzierungen in Deutschland – nämlich jene der AfD und des BSW. Wie bitte? Ja, Sie haben richtig gelesen. Dagegen lesen wir kein Wort zum rot-grünen „NGO“-Netzwerk. Echt jetzt?

Laut „Wikipedia“ bezog „Transparency“ übrigens den Löwenanteil seiner Mittel im Jahr 2021 (neueste dort aufgeführte Zahl) von „staatlichen Organen“. Ach so.

STIMMEN ZUR ZEIT

Chaim Noll vergleicht Angela Merkel auf „Tichys Einblick“ (7.Februar) mit berühmten bösen Frauen aus Geschichte und Literatur, wobei er einen Unterschied festgestellt hat:

„Die Lady Macbeth von Berlin-Mitte übertrifft ihre Vorgängerinnen darin, dass sie keine ihrer Verfehlungen bereut, von keinem Gewissen angefochten ist. Eine Öde des Herzens, die selbst ein Kenner des Bösen wie Shakespeare sich nicht vorzustellen vermochte. Diese Frau spukt schon zu Lebzeiten, und das kann noch lange so gehen.“

Pauline Voss betrachtet bei „Nius“ (7. Februar) den Kern des zeitgenössischen linken Denkens:

„Wer – „umzingelt von Wirklichkeit“ (Robert Habeck) – seinen Glauben an das links-grüne Weltbild aufrechterhalten will, muss sich konsequent die Empathie abtrainieren, die eigenen Erfahrungen ausreden, die eigene Wahrnehmung verleugnen. Sonst funktionieren die großen linken Versprechen unserer Zeit nicht mehr.“

FDP-Vizechef Wolfgang Kubicki erklärt in der „Welt“ (9. Februar), woher die Mobilisierung auf der Straße „gegen Rechts“ kommt und für wie politisch bedeutend er die Aufmärsche erachtet:

„Das hat auch viel damit zu tun, dass wir seit Jahren mehrere 100 Millionen Euro Steuergelder in diese Gruppen geben … Aber wäre das die breite Masse der Bevölkerung, müssten wir einen Riesenausschlag sehen für die Grünen und die SPD in den Umfragen. Das ist nicht so … Nach dieser wunderbaren Fake-Geschichte von „Correctiv“ über ein Potsdamer Treffen der AfD zur sogenannten Remigration, waren auch Millionen Menschen auf der Straße. Es hat auf die folgenden Wahlen kaum Auswirkungen gehabt.“

Der 2020 aus der SPD ausgeschlossene Thilo Sarrazin sieht seine ehemalige Partei vor einer düsteren Zukunft. Auf „Achgut.com“ (10. Februar) schreibt er, warum:

„Die SPD hat mit ihrer ideologisch motivierten Position zu Einwanderungs- und Asylfragen faktisch den Anspruch aufgegeben, eine Volkspartei zu sein. Regional mag sie noch für einige Zeit Erfolge haben, aber bundesweit droht ihr Bedeutungslosigkeit. Illusionäre Gutmenschlichkeit können nämlich die Grünen weitaus besser vertreten als die SPD.“

WORT DER WOCHE

„Die SPD braucht wieder mehr Helmut Schmidt und weniger Rolf Mützenich. Wenn nicht, hat die AfD gute Chancen, bei der nächsten Wahl Kanzler-Partei zu werden.“

Robert Schneider warnt in der „Bild“-Zeitung am 9. Februar davor, dass sich in einer schwarz-roten Koalition linke Kräfte der SPD durchsetzen